

Antragsbuch

Außerordentliche Mitgliederversammlung 2023



JUSOS MÜNSTER

Inhaltsverzeichnis

A1 Awareness-Konzept der Jusos Münster	1
A2 Bezahlbarer Wohnraum für Studierende, Azubis und alle Anderen – sozialistische Wohnraumpolitik in Münster schaffen!	9
A1 We're Here, We're Queer And We're Going Nowhere! Zur Situation queerer Rechte weltweit	13
A4 Umweltpakt Münster – Die wegweisende Agenda für eine nachhaltige Stadtentwicklung!	19
A5 Menschenhandel und Zwangsprostitution in Europa und die kapitalistische Logik: Jungsozialistische Antworten	24
A6 Brick by Brick, Wall by Wall, Make the Fortress Europe Fall.....	30
A7 „Denk doch einer an die Kinder und Jugendlichen!“	34
A8 Gefängnisse und Kriminalitätserfassung feministisch umbauen! Transformative Gerechtigkeit stärken	42
A9 Gute Besserung an das Gesundheitssystem! – Für eine solidarische und faire „Revolution“ im Gesundheitswesen	52
A10 Keine Zugeständnisse, kein Hinterherrennen – Konsequenz antifaschistisch!.....	59
A11 Der trügerische Armutsbegriff und die Scheinlösung des Trickle-Down-Effekts im kapitalistischen System	64
A12 Münster, mach mobil! – Für eine Verkehrswende, die ihrem Namen wirklich gerecht wird	66
A13 Psychologie macht Schule – Für eine gestärkte Schulpsychologie	71
A14 Gegen antisemitische Hetze und palästinensischen Terror – Für ein Betätigungsverbot von Samidoun	76
A15 Wir bleiben alle LinX! 2.0.....	78

1 **A1 Awareness-Konzept der Jusos Münster**

2 **Antragssteller*innen:** Leonid Ormeloh, Marina Romić, Jan Malte Immink, Lucy Eggert, Adrian
3 Buchwald, Antonia Miersch, Carlos Apel

4 5 **Grundzüge**

6 Als Jusos ist der Kampf für die Gleichbehandlung und gegen die Unterdrückung aller
7 Menschen zentraler Bestandteil unserer Arbeit. Wir stellen uns gegen Diskriminierung jeglicher
8 Art und möchten ansprechbar für Betroffene sein – und auch offen dafür, interne
9 diskriminierende Strukturen aufzuarbeiten. Zudem möchten wir einen Raum schaffen, in dem
10 sich alle wohlfühlen und einen achtsamen Umgang miteinander pflegen.

11
12 Mit diskriminierenden Strukturen wollen wir uns auseinandersetzen, einen
13 diskriminierungssensiblen Bildungsauftrag formulieren und einen Beitrag dazu leisten, dass
14 sich jede*r sich wohlfühlt, sich bei den Jusos Münster einzubringen, ohne diskriminiert,
15 ausgegrenzt oder verurteilt zu werden. Juso-Räume verstehen wir als fehlerfreundliches
16 Lernumfeld, was bedeutet, dass wir erklären, was Awareness heißt und wie wir uns unser
17 Miteinander vorstellen. Dies umfasst ebenfalls den Umgang mit diskriminierendem Verhalten,
18 welches auf der Grundlage basiert, dass eine Person erstmal nicht böswillig diskriminierendes
19 Verhalten zeigt. Dementsprechend wird auf dieses Verhalten aufklärend durch die A-
20 Kom./Personen reagiert. Alle Teilnehmenden an Juso-Veranstaltungen sind dazu verpflichtet,
21 für einen Raum zu sorgen, der diskriminierungsfrei ist. Das Awareness Konzept wird als
22 ganzheitlicher Ansatz verstanden und soll nicht nur bei Veranstaltungen, sondern auch beim
23 informellen Zusammensein (u.a. Besuch des Plan B, Sommerfest, Weihnachtsfeier)
24 Anwendung finden und genauso eine grundlegende Umgangsweise für ein gutes Miteinander
25 darstellen. Ziel ist es auch, ein fehlerfreundliches Lernumfeld zu schaffen. Konkret bedeutet
26 das, dass wir immer wieder darüber sprechen, wie wir miteinander umgehen wollen und was
27 Awareness für uns bedeutet. Das Awareness-Konzept hat somit nicht nur das Ziel, konkrete
28 Fälle zu klären, sondern soll auch das Bewusstsein für diskriminierende Strukturen und
29 Herrschaftsverhältnisse erhöhen.

30
31 Der Begriff „Awareness“ (engl. Bewusstsein) bezeichnet die (Selbst-)Reflektion einer Person
32 oder Gruppe über ihre Umgebung, ihre Rolle darin sowie die sich daraus ergebenden
33 gebotenen Handlungen. Mit der Etablierung des Awareness-Konzepts bei den Jusos Münster
34 möchten wir uns Ungleichheiten bewusst machen und dementsprechend ein
35 diskriminierungssensibles Umfeld schaffen.

36

37 Dieses Awareness-Konzept folgt dem Selbstverständnis, dass die körperliche und psychische
38 Missachtung körperlicher und persönlicher Grenzen in unseren Räumen nicht toleriert wird.
39 Dieses grenzüberschreitende Verhalten kann sich beispielsweise in sexistischen,
40 rassistischen, homo- und trans*feindlichen, ableistischen oder vergleichbaren Übergriffen
41 äußern. Wir benennen dieses Verhalten, stellen uns entschlossen dagegen und wollen vor
42 allem Betroffene unterstützen.

43
44 Zentrale Begriffe, die dem Awareness-Konzept zu Grunde liegen und darüber hinaus, sind in
45 einem separaten Glossar gesammelt und werden u.a. auf der Webseite zur Verfügung gestellt.

46

47 **Die Awareness-Kommission**

48 **Selbstverständnis, Aufgaben und Machtbefugnisse**

49 Neben den allgemeinen Regeln, wie wir den politischen Raum bei den Jusos Münster
50 gestalten möchten, braucht es eine Institution, welche sich fokussiert der Awareness-Arbeit
51 annimmt, ohne gegen den allgemeinen Anspruch eines ganzheitlichen Awareness-Ansatzes
52 zu widersprechen. Die zentrale Institution des Awareness-Konzepts bildet die Awareness-
53 Kommission (im folgenden A-Kommission genannt). Sie bildet das ständige Gremium der
54 Awareness-Arbeit der Jusos Münster und sieht sich als wichtiges, aber auch ergänzendes
55 Element in der verbandsinternen Awareness-Arbeit (im folgenden A-Arbeit genannt), bleibt
56 gleichzeitig gegenüber dieser aber kritisch und reflektierend. Daraus ergeben sich folgende
57 primäre Aufgaben:

58 Die A-Kommission soll eine vertrauliche und niedrigschwellige Anlaufstelle für sämtliche
59 Belange sein, die ein erlebtes Unwohlsein oder diskriminierendes Verhalten im Rahmen der
60 Jusos Münster betreffen. Damit soll ein einfacher, möglichst unkomplizierter und
61 hierarchiefreier Zugang geschaffen werden. Die A-Kommission soll in diesen Situationen im
62 Rahmen ihrer persönlichen Möglichkeiten zuhören, unterstützend tätig werden oder auch im
63 möglichen Konfliktfall einschreiten. Weiter unten ist die A-Arbeit an sich genauer beschrieben.
64 Insgesamt werden die geteilten Informationen, Gefühle und Gedanken streng vertraulich
65 behandelt.

66 Neben der Funktion der A-Kommission als Anlaufstelle soll diese Aufklärungs- und
67 Sensibilisierungsarbeit leisten. Die Jusos sind ein vielfältiger Verband mit unterschiedlichen
68 Wissensbeständen, deshalb kann diskriminierendes Verhalten in manchen Fällen
69 unbeabsichtigt entstehen. Einerseits vor dem Hintergrund einen möglichst
70 diskriminierungsfreien bzw. sicheren Raum zu gestalten und andererseits gleichzeitig ein
71 fehlerfreundliches Lernumfeld zu schaffen, soll die A-Kommission bspw. in Situationen die
72 bereits genannte Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit übernehmen.

73 Zusätzlich soll die A-Kommission den Vorstand der Jusos Münster in der A-Arbeit grds.
74 unterstützen und kritisch begleiten. Dazu berichtet die A-Kommission im Rahmen der
75 Mitgliederversammlungen über die Arbeit (anonymisiert) der A-Kommission, macht auf
76 bestehende Missstände aufmerksam und kann Vorschläge zu Verbesserungen machen. Der
77 Vorstand der Jusos Münster ist dazu angehalten, auf diese Berichte und eventuelle Vorschläge
78 mit entsprechenden Maßnahmen zu reagieren und verpflichtet sich, in seinem
79 Rechenschaftsbericht darauf einzugehen.

80 **Zusammensetzung der A-Kommission**

81 Insgesamt soll die A-Kommission eine **Größe** von zwei bis drei Personen bestehen, welche
82 durch ein Mitglied des Vorstandes der Jusos Münster ergänzt wird. Dabei handelt es sich um
83 die Awareness-Beauftragung. Diese wird aufgrund der Funktionstätigkeit lediglich beratend
84 und ohne Stimmrecht tätig sein und gleichzeitig eine Anbindung an den Vorstand der Jusos
85 Münster gewährleisten.

86 Eine **Quotierung** der A-Kommission ist zwingend erforderlich, um eine entsprechende
87 Ansprechbarkeit zu gewährleisten bzw. die Hürden dafür so niedrig wie möglich zu halten und
88 eine entsprechende Sensibilität gegenüber Betroffenen zu ermöglichen. Die Quotierung
89 umfasst hierbei alle Mitglieder der A-Kommission. Die A-Kommission soll min. in 50% durch
90 FINTA* besetzt sein. Dazu sollte min. eine BIPoC-Person Teil der A-Kommission sein, um auch
91 hier eine gewisse Sensibilität und Ansprechbarkeit zu gewährleisten. Aufgrund des geringen
92 aktiven Anteils von BIPoCs bei den Jusos Münster kann dies nicht immer garantiert werden
93 und daher auch aktuell nicht fest beschließbar sein. Der Vorstand verpflichtet sich in seiner
94 Tätigkeit u.a. durch eine verstärkte antirassistische Arbeit und Reflexion eigener Strukturen
95 und Arbeitsweise mehr Diversität zu schaffen. Zudem wird angestrebt, auch queere Personen
96 in die A-Kommission zu wählen. Gleichzeitig ist bei der Quotierung zu beachten, dass auch
97 Menschen ohne eine Betroffenheit struktureller Diskriminierung Teil der A-Kommission
98 werden, damit auch sie Care-Arbeit wahrnehmen können.

99 Die **Zusammensetzung** der A-Kommission zielt auf eine Mischung an Personen ab, die
100 bereits Erfahrung in der A-Kommission oder vergleichbaren Tätigkeiten sammeln konnten und
101 Personen, die an A-Arbeit herangeführt werden können, um eine stetige Wissensweitergabe
102 zu gewährleisten und Awareness-Arbeit und das Awareness-Konzept stetig weiter zu
103 etablieren und ggf. zu überarbeiten. Aus diesem Grund kann eine Person sich auch nur vier
104 mal hintereinander in die A-Kommission wählen lassen, bevor eine mindestens sechsmonatige
105 Pause eingelegt werden muss. Damit soll verhindert werden, dass die A-Kommission eine
106 eigene sich abschottende Struktur und Dynamik entwickelt und somit eine effektive A-Arbeit
107 erschwert.

108 **Bestimmung der Mitglieder der A-Kommission**

109 Die A-Kommission wird auf der ordentlichen und außerordentlichen Mitgliederversammlung
110 per Akklamation nominiert und anschließend vom amtierenden Vorstand ernannt. Die
111 Kandidat*innen für die Nominierung werden zwei Wochen vor der Mitgliederversammlung
112 bekannt gegeben, um die Möglichkeit für Einwände zu geben. Die Einwände können dem
113 amtierenden Vorstand, welcher die Mitgliederversammlung vorbereitet, bspw. über den
114 anonymen Feedback-Bogen mitgeteilt werden. Ausgeschlossen zur Nominierung in die A-
115 Kommission sind Mitglieder des Vorstandes der Jusos Münster und der höheren
116 Funktionsebene, sowie Funktions- und Mandatsträger*innen der SPD. Davon ausgenommen
117 ist eine Person des Vorstands der Jusos Münster, welche als Awareness-Beauftragung Teil
118 der A-Kommission wird. Der*die Sprecher*in darf dabei nicht die Aufgabe der Awareness-
119 Beauftragung wahrnehmen. Ehemalige Vorstandsmitglieder dürfen sich erst bei der ersten
120 Mitgliederversammlung ohne Funktion nach der Beendigung ihrer Vorstandstätigkeit zur
121 Nominierung aufstellen lassen. Weiter ausgeschlossen sind Personen, die Bestandteil von
122 Awareness-Fällen sind.

123 Bei einem Rücktritt oder einem Ausschluss auf Grund von gerechtfertigten Einwänden aus der
124 A-Kommission, wird schnellstmöglich innerhalb der Quotierung beim nächsten PoliTisch
125 Organisatorisches erneut nominiert. Diese Nominierung muss mindestens zwei Wochen
126 vorher über die Tagesordnung angekündigt werden.

127 **Einwände gegen aktive Mitglieder der A-Kommission**

128 Einwände und Bedenken gegen aktive Mitglieder der A-Kommission können entweder an die
129 weiteren Mitglieder der A-Kommission oder an ein Vorstandsmitglied weitergegeben werden.
130 Sollte dieser Fall eintreten, wird innerhalb des Vorstands in enger Abstimmung mit den
131 weiteren Mitgliedern der A-Kommission erörtert, wie die Folgen aussehen. Diese können u.a.
132 die Abberufung der betreffenden Person aus der A-Kommission durch den Vorstand sein, ein
133 freiwilliger Rücktritt aus der A-Kommission, sowie der Ausschluss zur erneuten Nominierung
134 für die A-Kommission.

135 **Awareness-Konzept bei Veranstaltung und tatsächliche Awareness-Arbeit**

136 Bei den Veranstaltungen der Jusos Münster soll zu Beginn der jeweiligen Veranstaltung das
137 veranstaltungsbezogene Awareness-Konzept erklärt werden, sowie die für den jeweiligen
138 Zeitraum zuständigen Awareness-Personen (A-Personen), die das Awareness-Team (A-
139 Team) bilden, vorgestellt werden. Diese Vorstellung soll während der Veranstaltung
140 regelmäßig wiederholt werden. Bei der Erklärung des Awareness-Konzepts soll insbesondere
141 der Umgang miteinander betont werden, sowie die Erreichbarkeit durch eine Telefonnummer.
142 Zusätzlich werden die A-Personen für die bessere Erkennbarkeit mit Patches oder anderen

143 eindeutigen Erkennungszeichen ausgestattet. An geeigneten Orten, wie auf Toiletten, am
144 Eingang, Türen zu Veranstaltungsräumen, werden Flyer mit den Grundzügen des Awareness-
145 Konzepts und der Telefonnummer ausgehängt.

146 Darüber hinaus soll, wenn es der Veranstaltungsort hergibt, ein Awareness-Raum fester
147 Bestandteil sein. Dieser sollte nur durch das A-Team zugänglich und vorher abgeschlossen
148 sein. Der Awareness-Raum ist deutlich ausgeschildert und mit Anzeigen ausgestattet, ob er
149 gerade belegt ist. Im Idealfall ist der Awareness-Raum wohnlich eingerichtet. Tools dafür
150 können Decken, Wärmflasche, Snacks, Tee etc. sein. Zum Idealfall gehört außerdem noch ein
151 weiterer Raum, der als allgemeiner, offener Rückzugsort fungieren kann. Die Organisation
152 dieser Räumlichkeiten obliegt den Verantwortlichen des Vorstands der Jusos Münster.

153

154 Der Aufgabenbereich des A-Teams besteht in seinen Grundzügen aus Beobachten, sich einen
155 Überblick verschaffen und Präsenz zeigen und verfolgt damit einen eher passiven Ansatz der
156 A-Arbeit. Dazu gehört jedoch auch, gegebenenfalls nach einer Situation zu einer vermeintlich
157 betroffenen Personen hinzugehen. Der Anspruch ist allerdings nicht, dass A-Personen dazu
158 verpflichtet sind, in aktive Streitsituationen einzugreifen. Die eigenen Kapazitäten, Grenzen
159 und vor allem der Eigenschutz sind stets zu beachten. Wichtig ist zusätzlich auch zu erwähnen,
160 dass von den A-Personen nicht verlangt werden kann, jede Situation korrekt zu lesen und
161 dementsprechend zu handeln.

162 Die A-Personen sind nicht für eine Konflikt- und Streitschlichtung oder psychologische
163 Beratung zuständig. A-Arbeit versteht sich für die Jusos Münster primär als Vor- und
164 Nachsorgearbeit. Das bedeutet, dass durch das ständige deutlich machen der Awareness
165 Grundzüge und Präsenz zeigen im Vorhinein verhindern werden soll, dass es zu
166 Zwischenfällen kommt. Sollte es zu einer Situation kommen, dann wird in Absprache mit der
167 betroffenen Person eine Umgangsweise ausgehandelt.

168

169 Auf Veranstaltungen wird vom A-Team konsequente Nüchternheit erwartet. Nüchternheit ist
170 aus verschiedenen Gründen existentiell für die Awareness-Arbeit. Zum einen, um sensibel und
171 entsprechend der Situation agieren zu können und zum anderen durch das eigene Verhalten
172 nicht abschreckend gegenüber möglichen Hilfesuchenden zu wirken. Auch nach der Schicht
173 wird den A-Personen ausdrücklich nahegelegt, die Nüchternheit beizubehalten. Dies soll die
174 allgemeine Ansprechbarkeit von A-Personen gewährleisten und den allgemeinen Safer-Space
175 nicht gefährden.

176

177 **Sonstiges**

178 **Schaffung von Safer-Spaces und Plena**

179 Als feministischer Verband ist es elementar, unsere Positionen und Werte nicht nur durch
180 politische Arbeit nach außen zu tragen, sondern auch in unseren eigenen Strukturen aktiv
181 umzusetzen. Es ist traurige Realität, dass Männerbünde immer noch das politische und
182 innerverbandliche Leben dominieren und diese Strukturen dazu führen, dass patriarchale
183 Ausgrenzung und andere strukturelle Diskriminierungen reproduziert werden. Um diese
184 aufzubrechen, ist die institutionalisierte Schaffung von sicheren Räumen oder Safer-Spaces
185 dringend notwendig. Zu solchen Räumen zählen u.a. Gender-Plena und
186 FINTA*-Vernetzungstreffen. Die Schaffung dieser Räume ist frühzeitig bei der Planung von
187 Veranstaltungen mitzudenken. Die Durchführung der Plena findet in räumlich voneinander
188 abgegrenzten Orten statt, die getrennt voneinander zugänglich sind. Wichtig ist, dass die
189 Plena zeitgleich beginnen und enden. Damit soll informelles Vernetzen im Männer-Plenum
190 oder Zwangsouting verhindert werden.

191

192 **Gender-Plenum und Vernetzungstreffen**

193 **FINTA*/Frauen-Plenum und Vernetzungstreffen**

194 Das FINTA*-Plenum ist für Frauen, intersex, nicht-binäre, trans* und agender Personen; (das
195 * soll auf weitere Geschlechtsidentitäten hinweisen) offen. Das Vernetzungstreffen und Plenum
196 gilt als Schutzraum. Dies bedeutet, dass alles gesagt werden kann und das Gesagte in diesem
197 Raum verbleibt. Dies sollte von der Moderation am Anfang deutlich gemacht werden. Die
198 Moderation übernimmt eine FINTA*-Person aus dem Vorstand oder der Awareness-
199 Kommission. Bei kleineren Plena kann zu Beginn eine Vorstellungsrunde und
200 Stimmungsabfrage erfolgen. Nach einer solchen Runde kann es in den freien Austausch
201 gehen, Teilnehmerinnen* können von sexistischen Erfahrungen in ihrem Alltag oder ihrem
202 politischen Engagement erzählen, Fragen stellen etc. Bei größeren Runden kann auch direkt
203 in einen freien Austausch gestartet werden. Wenn sich herauskristallisiert, dass es auf der
204 aktuellen oder vergangenen Veranstaltungen zu einem schwerwiegenden sexistischen Vorfall
205 gekommen ist, den die Teilnehmer*innen des Plenums ansprechen möchten, kann dies in
206 anonymisierter Form in der großen Runde oder in einem Gespräch mit den Betroffenen durch
207 die Moderation des Plenums, eines Mitglieds der Awareness-Kommission oder eines Mitglieds
208 aus der Runde geschehen. Wichtig ist hierbei, dass die Betroffene(n) diesem Verfahren
209 zustimmen müssen.

210 Wenn gewünscht, kann das FINTA*-Plenum durch eine Benachrichtigung über die Awareness-
211 Kommission Themen in das Männer-Plenum geben, welches dann verpflichtet ist, sich damit
212 zu beschäftigen. Dies können allgemeine Anmerkungen bis zu konkret individuellen Verhalten
213 sein. Mit der Übergabe an die Awareness-Kommission ins Männer-Plenum müssen Männer
214 ihrer Aufarbeitungs- und Reflexionsverantwortung gerecht werden. Bezugnehmend auf unser
215 feministisches Neumitgliederkonzept halten wir an den regelmäßig (zweiwöchig)

216 stattfindenden Frauen-Vernetzungstreffen in der Mensa fest. Zudem möchten wir bei Bedarf
217 Abständen über das Jahr verteilt entsprechend dem Wunsch der Statusgruppe besondere
218 Treffen bzw. Formate realisieren. Eine spezifische Ausgestaltung findet durch das auf der
219 ordentlichen Mitgliederversammlung beschlossene Arbeitsprogramm statt.

220

221 **Männer-Plenum**

222 Im Gegensatz zum FINTA*-Plenum dient das Männer-Plenum nicht zur Vernetzung und stellt
223 keinen Schutzraum dar. Es dient vielmehr zur Selbstreflexion und Auseinandersetzung mit
224 Männlichkeit, sexistischem Verhalten und Diskriminierungen. Es geht hier um aktive
225 antisexistische und feministische Bildungsarbeit. Das Männer-Plenum ist vorher
226 vorzubereiten, damit eine inhaltliche Auseinandersetzung gewährleistet wird. Die Leitung
227 übernimmt in der Regel ein männliches Vorstandsmitglied oder eine männliche Person aus
228 der Awareness-Kommission. Die Leitung übernimmt hier eine wichtige Moderationsrolle und
229 soll dabei sicherstellen, dass der Zweck intersektionaler feministischer Bildungsarbeit erreicht
230 wird und nicht durch zusammenhanglose Vernetzung von Männern vereitelt wird. Zudem soll
231 die Leitung wiederholt auf die bestehende feministische Beschlusslage hinweisen und dafür
232 sorgen, dass diese nicht in Frage gestellt oder diskutiert wird. Zur inhaltlichen Diskussion sind
233 andere öffentliche Räume vorgesehen, wie die Antragsberatung oder Workshops. Es gibt
234 keine Männer-Vernetzungstreffen. Für den Fall, dass das FINTA*-Plenum mehr als die
235 vorgesehene Zeit benötigt, obliegt es der Plenumsleitung, die feministische Bildungsarbeit
236 weiterzuführen. Dies sollte mit vorbereitet werden.

237

238 **Queer-Plenum**

239 Um Menschen der queeren Community einen Raum für Austausch und Vernetzung zu geben,
240 wollen wir auf unseren Wochenendseminaren die Möglichkeit für ein Queeres Plenum bieten.
241 Dafür wird bei den angemeldeten Teilnehmer*innen nach dem Bedarf abgefragt und je nach
242 Resonanz umgesetzt.

243

244 **BIPoC-Vernetzung und Critical Whiteness**

245 Die Jusos Münster verpflichten sich im besonderen Maße, einen sicheren Raum für BIPoCs
246 zu schaffen. Rassismus ist allgegenwärtig und findet sich auch in unserem Verband wieder.
247 Daher soll auf jedem Wochenendseminar eine BIPoC-Vernetzung stattfinden. Zur
248 antirassistischen Arbeit gehört ebenfalls das regelmäßige Reflektieren der Privilegien von
249 *weißen* Personen. Deshalb wird im Zeitraum der BIPoC-Vernetzung ein Critical Whiteness
250 Workshop stattfinden.

251

252 **Umgang mit Awarenessfällen**

253 Trotz aller Maßnahmen zur Prävention kommt es auch innerhalb von Juso-Strukturen leider
254 immer wieder zu Awarenessfällen. Solche Fälle stellen immer komplexe Situationen dar, die
255 es erfordern, zuzuhören und dann mit den betroffenen Personen zusammen zu entscheiden,
256 welche Konsequenzen sich aus einer solchen Situation ergeben sollen.

257 Für uns steht das Wohlbefinden der betroffenen Person(en) an erster Stelle. Wir nehmen
258 daher alle Betroffenen ernst und suchen den Kontakt in einer vertrauensvollen Atmosphäre,
259 um das weitere Vorgehen zu erörtern. Dabei gehört es ausdrücklich auch zu den
260 Handlungsmöglichkeiten, zunächst einmal nicht über das Geschehene sprechen zu wollen
261 und erst zu einem späteren Zeitpunkt eine Situation aufzuarbeiten. Wir respektieren außerdem
262 die Definitionsmacht der Betroffenen darüber, was für sie ein übergriffiges oder
263 unangemessenes Verhalten darstellt.

264

265 **Ablauf des Awareness-Verfahrens**

266 Wird in Übereinkunft mit dem*der Betroffenen entschieden, die weitere Klärung eines Vorfalls
267 zu anzustreben, etablieren wir ein vertrauliches Verfahren, welches es Betroffenen ermöglicht,
268 das Erfahrene zu verarbeiten und den beschuldigten Personen die Möglichkeit eröffnet, ihr
269 Verhalten zu reflektieren und entsprechende Konsequenzen innerhalb der uns als politischem
270 Jugendverband gesetzten Grenzen zu ziehen. Die Awareness-Kommission wird dabei
271 zunächst allein von der betroffenen Person oder einer von der betroffenen Person bestimmten
272 Vertrauensperson über einen Awareness-Vorfall unterrichtet. Die betroffene Person wird dabei
273 über die möglichen Handlungsoptionen aufgeklärt. Die Awareness-beauftragte Person im
274 Vorstand wird unter Wahrung der Vertraulichkeit des Falles über den Stand des Verfahrens
275 informiert.

276 Im Anschluss daran wird auch mit der/den beschuldigten Person(en) ein Gespräch gesucht
277 bzw. die Möglichkeit einer Stellungnahme zum Vorfall eingeräumt. Sofern es der Fall zulässt
278 und die betroffene Person dies wünscht, können daraufhin weitere Einzelgespräche sowie
279 Mediationsgespräche stattfinden. Sollte das Verhalten der beschuldigten Person(en) so
280 schwerwiegend sein, dass weitere Schritte von der betroffenen Person gewünscht sind,
281 können auch weitere verhältnismäßige Konsequenzen angestrebt werden. Diese sollen auch
282 eine Reflektion von unangemessenem Verhalten ermöglichen und Angebote zur
283 diskriminierenden Weiterbildung enthalten. Nicht möglich sind jedoch unter anderem
284 Parteiausschlussverfahren sowie Sanktionen, die die allgemeine Handlungsfreiheit von
285 Personen betreffen (z.B. Alkoholverbot, Besuch von öffentlichen Veranstaltungen). Gleichwohl
286 wird das Aussprechen dringender Handlungsempfehlungen vorbehalten. Auch eine
287 Weiterleitung von Fällen an die Landesebene ist bei unterbezirksinternen Fällen derzeit nicht
288 möglich.

289 **A2 Bezahlbarer Wohnraum für Studierende, Azubis und alle Anderen**
290 **– sozialistische Wohnraumpolitik in Münster schaffen!**

291 **Antragssteller*in: Jörg Reismann**

292 Leerstand bei gleichzeitiger Wohnungsnot, Gentrifizierung, Luxussanierung in der einen,
293 Renovierungsbedarf in der anderen Wohnung – die Probleme sind hinreichend bekannt. Die
294 Lage auf dem Wohnungsmarkt ist eine Katastrophe, die Mieten steigen drastisch und fressen
295 Einkommen, Kaufkraft und Wohlstand auf. Niemand spürt das Problem drastischer am
296 eigenen Leib als Menschen in Münster. In Behördendeutsch heißt das dann „eine
297 ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Mietwohnungen ist gefährdet“. Münster hat in
298 NRW bezüglich der Kosten sowie auch des Bedarfs an Mietwohnraum die höchste Niveaustufe
299 in NRW.

300 Wie dramatisch die Situation ist, zeigt sich vor allem bei den Studierenden. Beim Asta gibt es
301 Aktionen wie „Deine Couch für Erstis“, „Wohnen für Hilfe“ und Informationen zu
302 Notunterkünften für Studierende. Diese Aktionen sind natürlich alle positiv zu bewerten, zeigen
303 sie aber wie drastisch die Situation ist. So können Erstsemester gezwungen sein, die ersten
304 Wochen oder Monate auf einer fremden Couch ohne eigenem Zimmer zu verbringen oder in
305 Notunterkünfte zu ziehen, wo ihr persönlicher Bereich lediglich durch Sichtschutz von anderen
306 Bereichen abgegrenzt ist. Andere Notlösungen, die angewendet werden müssen sind Schlafen
307 im Hostel, Campingplatz oder Auto. Auf Wartelisten für Wohnheimplätze des
308 Studierendenwerks stehen auch nach Beginn des Semesters noch mehrere Tausend
309 Bewerber*innen.

310 Bei den Azubis ist die Lage nicht besser. Wirtschaftsvertreter bemängeln seit Jahren, dass die
311 schlechte Wohnsituation in Münster die Gewinnung von Fachkräften hemmt. Eine kommunale
312 Lösung, wie z.B. ein Azubiwohnheim gibt es nicht.
313 Wäre die Situation, keinen bezahlbaren Wohnraum für sich und ggf. seine Familie zu finden,
314 nicht schon dramatisch und frustrierend genug, kommen noch weitere Gefahren bei der
315 Wohnraumkrise hinzu. Betrüger machen sich diese Krise zu nutzen und versuchen
316 Notleidende durch z.B. falsche Wohnungsanzeigen schamlos auszunutzen. Die Wohnkrise
317 schafft und verschärft Abhängigkeiten durch die vor allem Frauen* betroffen sind, die sich z.B.
318 einer gewalttätigen Beziehung durch Partner oder Mitbewohner entziehen wollen. Die
319 Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt für BIPOC und andere Gruppen verschärft die
320 ohnehin schwierige Situation für diese Gruppen immens.

321 Ursache dieser Krise ist vor allem die jahrzehntelange Privatisierung von Wohnraum und
322 Grundstücken. Der Staat und somit auch die Kommunen haben sich größtenteils aus dem
323 Wohnungsmarkt zurückgezogen und diesen so dem freien Markt überlassen. Dadurch steht

324 die Gewinnmaximierung und nicht länger die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum im
325 Vordergrund.

326 Daher benötigen wir eine 180-Grad-Wende hin zu einer **sozialistischen Wohnraumpolitik**.
327 Die privatwirtschaftliche Organisation und Bereitstellung von Wohnraum soll langfristig nur
328 noch die Ausnahme sein. Gefördert werden muss der soziale Wohnungsbau durch kommunale
329 Wohnungsbaugesellschaften und gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen und
330 Genossenschaften. Wohngrundstücke sollen nur noch in Erbpacht vergeben werden, sodass
331 die Kommune das Eigentum behält.
332 Kurz- und mittelfristige Mittel sind unter anderem ein Mietpreisdeckel, eine Mietpreisbremse
333 sowie ein zeitlich befristetes Mietmoratorium.
334 Des Weiteren ist der **Leerstand** von Wohnraum so weit wie möglich zu begrenzen. Die in der
335 Stadt Münster gültige Wohnraumschutzsatzung schreibt eine Genehmigungspflicht bei
336 Leerstand über sechs Monaten vor. So eine Genehmigung wird dann nur erteilt, wenn ein
337 berechtigtes Interesse das Interesse an der Erhaltung des betroffenen Wohnraums überwiegt.
338 Diese Verordnung ist im Kampf gegen die Wohnungskrise zu begrüßen. Doch sie darf nicht
339 nur eine Willensbekundung auf Papier bleiben, sondern muss auch angewendet werden. Die
340 SPD Münster, die Münster Koalition bzw. die Stadt Münster müssen nachweisen, wie sie diese
341 Satzung kontrollieren werden und ggf. auch Sanktionen verhängen. Des Weiteren ist eine
342 Herabsetzung der genehmigungsfreien Leerstandszeit auf drei Monate zu prüfen.
343 In dieselbe Richtung geht eine zeitliche Begrenzung von **touristischer Nutzung von**
344 **Wohnungen**. Auch hier hat die Stadt Münster eine zu begrüßende Regelung.
345 Kurzzeitvermietung ist nur bis zu 90 Tagen (bei Studierenden bis zu 180 Tagen)
346 genehmigungsfrei. Kontrolliert wird dies über eine „Wohnraumidentitätsnummer“, die man bei
347 einschlägigen Portalen wie z.B. AirBnB angeben muss. Hier ist zu überprüfen, ob die Kontrolle
348 zufriedenstellend funktioniert. Zusätzlich sollte überprüft werden, wie viele Genehmigungen für
349 eine längerfristige Kurzzeitvermietung vergeben werden und ob hier bei der
350 Abwägungsprüfung, die Wohnraumkrise in Münster angemessen berücksichtigt wird. Eine
351 Herabsetzung der genehmigungsfreien Tage ist auch hier anzudenken und zu prüfen.
352 Des Weiteren muss verhindert werden, dass Wohnungen und Häuser von
353 Besserverdienenden angekauft oder -gemietet und z.B. in Aaseenähe als **Wochendhäuschen**
354 genutzt werden und den Rest der Woche leer stehen. Es kann nicht sein, dass viele Azubis,
355 Studierende und Familien in Münster keinen Wohnraum finden und gleichzeitig Wohnungen
356 und Häuser leer stehen, da sie nur am Wochenende genutzt werden. Hier sind geeignete
357 Maßnahmen diesem entgegenzuwirken zu prüfen und anzuwenden.
358 Ebenfalls muss die Stadt Münster unbebaute und bebaute Grundstücke in kommunalem,
359 Landes- oder Bundeseigentum prüfen, ob diese für preisgebundenen Wohnungsbau zur
360 Verfügung gestellt werden können. Auch Umnutzungen sind zu prüfen.

361 Oft werden Baugrundstücke als Spekulationsobjekte missbraucht. Das heißt ein Investor kauft
362 ein Baugrundstück ohne die Absicht darauf wirklich Wohnraum zu errichten, sondern er wartet
363 ein paar Jahre und verkauft es dann dank der Wertsteigerung wieder teurer weiter. Dies ist
364 natürlich fatal für die Wohnungskrise, da vorhandene baubereite Grundstücke nicht genutzt
365 werden. Die Bundesregierung hat erfreulicherweise bei der Reform des Grundsteuergesetzes
366 eine Möglichkeit geschaffen der Spekulation mit Bauland entgegenzuwirken – die sogenannte
367 neue **Grundsteuer C**. Damit wird den Kommunen die Möglichkeit gegeben für baureife
368 Grundstücke einen gesonderten Hebesatz zu bestimmen und somit die Grundsteuer deutlich
369 zu erhöhen. Dadurch wird die Spekulation unvorteilhafter, eine Bebauung wird angeregt und
370 die Kommune kann ihre Einnahmen erhöhen. Die Stadt Münster muss entsprechende
371 Baugrundstücke identifizieren und die höhere Besteuerung in die Wege leiten. Eine
372 entsprechende Öffentlichkeitsarbeit ist hier von Vorteil um Grundstückseigentümer*innen zur
373 Bebauung zu bewegen.
374 Grundsätzlich muss die Stadt Münster eine **kommunale Bodenvorratspolitik** betreiben.
375 Dazu gehört die deutliche Ausweitung der kommunalen Vorkaufsrechte bzw. die Nutzung
376 dieser Rechte. Die Bekundung der Münster-Koalition im Koalitionsvertrag, die Möglichkeiten
377 des Vorkaufsrechts auszuweiten und dort wo wirtschaftlich und sozial sinnvoll auszuüben ist
378 zu begrüßen.

379 Die spezielle und fatale Wohnraumsituation für **Studierende und Azubis** muss für die
380 Münster-Koalition Priorität haben. Es ist nicht hinzunehmen, dass Studierende wochen- oder
381 monatelang in Notunterkünften, auf Sofas, in Autos oder auf Campingplätzen leben müssen
382 und nebenbei noch erfolgreich studieren sollen und Azubis lieber im Umland arbeiten als in
383 Münster, da sie hier keine bezahlbare Wohnung finden. Die Münster-Koalition will mehr
384 Wohnraum für Studierende und Wohnheime für Azubis schaffen. Dies ist zu begrüßen, doch
385 müssen konkrete Pläne her. Bereits 2016 gab es einen Antrag der SPD für ein Azubi-
386 Wohnheim, doch auch ein konkreter Plan ist heute nicht in Sicht. Auch die CDU stellte im März
387 2022 einen Ratsantrag für ein Azubiwerk. Betriebe wie der WLV und die Uniklinik müssen
388 selbst Azubiwohnungen schaffen um attraktiv zu sein und Stimmen aus der Wirtschaft in
389 Münster warnen schon lange davor, dass man Fachkräfte aufgrund der Wohnungskrise
390 verliert. Am politischen und gesellschaftlichen Mehrheitswillen scheitert eine Schaffung von
391 bezahlbarem Wohnraum für Azubis und Studierende also sicher nicht – die Frage ist woran
392 dann? Die SPD Münster sowie die Münster-Koalition muss darauf Antworten finden und die
393 Probleme überwinden.

394

395 Unsere konkreten Forderungen sind zusammengefasst:

- 396 - eine sozialistische Wohnraumpolitik mit sozialem Wohnungsbau durch kommunale
397 Wohnungsbaugesellschaften
- 398 - prüfen von Grundstücken in kommunalem, Landes- oder Bundeseigentum für sozialen
399 Wohnungsbau
- 400 - Kontrolle, Ahndung und Herabsetzung der aktuellen Regelung zum Leerstand prüfen
- 401 - Kontrolle, Ahndung, Gewährung und Herabsetzung der aktuellen Regelung zur touristischer
402 Kurzzeitvermietung prüfen
- 403 - Wochenendnutzung von Wohnraum verhindern
- 404 - Vorbereitung und Anwendung der neuen Grundsteuer C zur Spekulationsbekämpfung
- 405 - Ausbau der kommunalen Bodenvorratspolitik durch deutliche Ausweitung der Nutzung der
406 kommunalen Vorkaufsrechte sowie von Erbpachtverträgen
- 407 - konkrete Planung eines Azubi-Wohnheims unter Beteiligung von Vertretern der Wirtschaft
408
- 409 Die soziale Frage und insbesondere die Frage um sozialen Wohnraum in einer sozialen Stadt
410 lässt sich nicht mit dem freien Markt beantworten, sondern nur durch klare und strikte
411 Maßnahmen des Staates. Das Recht auf Wohnen ist für uns nicht verhandelbar und muss für
412 alle gleichermaßen gegeben sein.

413 **A3 We're Here, We're Queer And We're Going Nowhere!**

414 **Zur Situation queerer Rechte weltweit**

415

416 **Antragssteller*in: Dennis Schnittke**

417

418 **Einleitung**

419 Wir befinden uns in der Mitte eines Kulturkampfes!

420 Was zunächst polemisch klingen mag, ist die bittere Realität, wenn man sich die Zustände vor
421 Augen führt, welche inzwischen allgegenwärtig sind. Befeuert von Rechtsextremen und
422 radikalen Konservativen erleben wir einen globalen Rollback was Rechte für Queers angeht.
423 In 67 Ländern auf der Welt werden Lesben und Schwule aufgrund ihrer sexuellen Orientierung
424 kriminalisiert und in 12 davon sogar teilweise zur Todesstrafe verurteilt. Die strafrechtliche
425 Verfolgung betrifft in den meisten Fällen auch transidente sowie andere nicht cis-
426 geschlechtliche Personen. In Deutschland stieg die Anzahl der Straftaten gegen queere
427 Personen zuletzt dramatisch an, in den USA werden Menschen aufgrund ihrer
428 Geschlechtsidentität immer häufiger durch Gesetze diskriminiert und Teile Europas befinden
429 sich queerpolitisch auf dem Weg zurück ins 20. Jahrhundert. Vorgeschobene Gründe hierfür
430 sind häufig der Schutz der "traditionellen Familie" oder von Kindern. Hierbei geht es nur um
431 menschenfeindliche Stimmungsmache, welche darauf abzielt in einer immer stärker
432 polarisierenden Welt Wähler*innenstimmen zu ergattern.

433 Die progressiven Kräfte in der Gesellschaft haben sich zu lange auf den Fortschritten der
434 letzten Jahrzehnte ausgeruht. Der Kampf ist nicht vorbei und es ist an der Zeit, dass wir ihn
435 wieder aufnehmen.

436

437 **Deutsche Zustände**

438 Oft tendieren wir dazu, eklatante Queerfeindlichkeit als etwas darzustellen, was die "westliche
439 Welt" im Grunde genommen nicht mehr betrifft. Der Blick wird in die Ferne gerichtet und Gewalt
440 sowie Ausgrenzung von Queers in Ländern wie Russland verurteilt. Selbstredend ist es
441 wichtig, dass wir als Gesellschaft eine klare Haltung gegen Queerfeindlichkeit in aller Welt
442 haben, aber das schließt eben auch Deutschland mit ein.

443 Seit Jahren steigt die Zahl der Straftaten gegen Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung,
444 oder Geschlechtsidentität. Die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Luise
445 Amtsberg, spricht von mehr als 1400 Taten im Jahr 2022, die in den Bereich der
446 Hasskriminalität fallen. Dabei ist selbstverständlich nur von registrierten Taten die Rede. Dies
447 legt nahe, dass die Dunkelziffer wesentlich höher ist. Von diesen registrierten Straftaten fallen
448 laut Bundesregierung etwas mehr als 1000 in das Feld "sexuelle Orientierung" und 417 in den

449 Bereich "Geschlechtsbezogene Diversität". Das sind in beiden Fällen mehr Zwischenfälle als
450 im Vorjahr. Besonders erschreckend ist hier aber die Zahl der Gewaltdelikte. Hier sind es im
451 Bereich "sexuelle Orientierung" 227 registrierte Gewalttaten und für den Bereich der
452 "Geschlechtsbezogenen Diversität" 82. Statistisch gesehen werden demnach ungefähr vier
453 queere Personen pro Tag Opfer einer Straftat. Dies ist ein nicht hinzunehmender Zustand!
454 Angeheizt wird dieses Klima sicherlich auch von Parteien wie Union und AfD, welche sich
455 längst auf dem Weg eines rechten Kulturkampfes nach Vorbild der USA befinden. So hat die
456 CSU beispielsweise keine Probleme damit, sich mit dem queerfeindlichen Gouverneur des
457 US-Bundesstaates Florida, Ron DeSantis, zu treffen und sich darüber hinaus noch für den
458 eigenen Wahlkampf inspirieren zu lassen. So nahm die CSU eine "Drag Story Hour", also ein
459 Event bei dem Drag Kings und Queens Kindern vorlesen, ins Visier. Die Vorwürfe:
460 Indoktrinierung und Frühsexualisierung von Kleinkindern. Die AfD möchte aus diesen Gründen
461 Events dieser Art verbieten lassen und der stellvertretende bayerische Ministerpräsident
462 Hubert Aiwanger fantasiert davon, das Jugendamt einzuschalten, wenn Eltern mit ihren
463 Kindern diese Art von Veranstaltung besuchen. Es kann zweifelsohne davon ausgegangen
464 werden, dass die Art von Stimmungsmache weiterhin dazu beiträgt, ein gesellschaftliches
465 Klima gegen sexuelle, sowie geschlechtliche Selbstbestimmung weiter anzuheizen.
466 Als Jungsozialist*innen können wir nicht länger dabei zusehen, wie sich Teile unserer
467 Gesellschaft immer weiter radikalieren und Gewalt, sowie Hass schüren.

468

469 Deshalb fordern wir:

- 470 ● mehr Kooperation zwischen Jusos und queeren Organisationen
- 471 ● queere Themen bei den Jusos wieder stärker zu bespielen
- 472 ● queere Inhalte verpflichtend in Sexualerziehung und Gesellschaftswissenschaftliche
473 Fächer in der Schule aufzunehmen, um Akzeptanz zu fördern
- 474 ● einen Aktionsplan der Bundesregierung wie mit der steigenden Queerfeindlichkeit
475 zukünftig umgegangen wird
- 476 ● dass Drag Performances weiterhin uneingeschränkt durch die Kunstfreiheit geschützt
477 sind
- 478 ● die sexuelle Identität durch einen Zusatz zu Artikel 3 im Grundgesetz zu schützen

479

480 **Europa auf dem Weg zurück ins Mittelalter**

481 Diskriminierende und prekärer werdende Zustände sind auf europäischer Ebene nicht nur ein
482 deutscher Zustand. In den vergangenen Jahren verschärfte sich in diversen EU-Ländern die
483 Situation für queere Menschen.

484 Ein Beispiel hierfür ist die postfaschistische Regierung der italienischen Ministerpräsidentin
485 Georgia Meloni. So fiel beispielsweise die Familienministerin Eugenia Roccella im Frühjahr

486 auf, weil sie Adoptions- und Elternrecht von homosexuellen Paaren in Frage stellte. Darüber
487 hinaus bezeichnete Federico Mollicone, Präsident der Kulturkommission im italienischen
488 Parlament, Leihmutterchaft als ein "schweres Verbrechen", welches mit Pädophilie zu
489 vergleichen sei. Die Folge daraus ist, dass im italienischen Parlament nun auch die EU-
490 Verordnung zur grenzüberschreitenden Anerkennung von Elternschaft abgelehnt wurde.
491 Damit stellt sich Italien in eine Linie mit Staaten wie Polen und Ungarn.

492 In Polen herrscht ein Klima der Diskriminierung von queeren Menschen. So wurden im Jahr
493 2019 beispielsweise "LGBTQ+-Ideologie-freie" Zonen im ganzen Land errichtet, deren Ziel es
494 war, den vermeintlichen moralischen Verfall zu stoppen. Auf internationalen Druck, der sich
495 zum Beispiel in der Streichung wichtiger EU-Gelder äußerte, wurden diese Zonen wieder
496 aufgehoben. Das heißt jedoch nicht, dass queere Menschen in Polen nun aufatmen können.
497 Die PiS-Regierung, sowie die katholische Kirche in Polen greifen nach wie vor Menschen
498 aufgrund ihrer Geschlechtsidentität, oder Homosexualität an. Der polnische Präsident Andrzej
499 Duda sagte zum Beispiel vor ein paar Jahren noch, dass LGBT keine Menschen seien,
500 sondern eine Ideologie. Im Jahr 2022 wurde in diesem Sinne ein Gesetz verabschiedet,
501 welches die Möglichkeiten über LGBTQ+ Themen in der Schule zu sprechen stark einschränkt.
502 Ein ähnliches Bild zeigt sich auch in Ungarn. Hier wurde zuletzt ein Gesetz verabschiedet,
503 welches es möglich macht, gleichgeschlechtliche Paare mit Kind zu denunzieren. Seit 2019
504 ist in der Verfassung Ungarns festgehalten, dass eine Ehe nur zwischen Mann und Frau
505 möglich ist und dementsprechend nur "Vater" und "Mutter" Eltern sein können. Das neue
506 Gesetz ermöglicht es, vermeintliche Abweichungen des konservativen Familienbildes zu
507 melden. Menschenrechtsorganisationen sind alarmiert. Manche befürchten, dass Kinder ihren
508 gleichgeschlechtlichen Eltern entrissen werden könnten.

509 Was diese Vorfälle gemeinsam haben, ist die Diskriminierung von LGBTQ+-Personen, der der
510 Schutz der traditionellen Familie vorgeschoben wird. Wir stellen uns entschieden dagegen!

511

512 Deshalb fordern wir:

- 513 ● eine EU-Strategie die Akzeptanz von queeren Lebens zu steigern
- 514 ● finanzielle Sanktionierung von EU-Staaten welche aktiv die Rechte von queeren
515 Personen einschränken
- 516 ● dass die EU weiterhin auf der Verordnung zur Einführung eines EU-
517 Elternschaftszertifikates beharrt und Staaten sanktioniert die sich diesem entziehen
518 wollen
- 519 ● einen angemessenen Umgang seitens der Bundesregierung mit Rechtspopulist*innen

520

521 **Don't say Gay: Radikalisierter Konservatismus in den USA**

522 Dass sich die USA menschenrechtlich in vielen republikanischen Staaten auf dem
523 absteigenden Ast bewegen, ist keine Neuigkeit. Beliebte Zielscheibe der Republikaner sind
524 zurzeit besonders queere Menschen, allen voran transidente Personen. Vorreiter dieser
525 Entwicklung ist der Gouverneur Ron DeSantis, der gerade nicht nur Florida regiert, sondern
526 auch als aussichtsreicher republikanischer Präsidentschaftskandidat gilt. Im März 2022 trat in
527 Florida ein Gesetz in Kraft welches von seinen Kritiker*innen als "Don't Say Gay"-Bill
528 bezeichnet wird. In dem Gesetz ist festgehalten, dass in Grundschulen nicht mehr über
529 sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität gesprochen werden darf, wenn es nicht "alters-
530 und entwicklungsgerecht" ist. Das bedeutet, dass diese Themen nicht mehr in den Lehrplänen
531 vorkommen dürfen. Wieder sprechen die Konservativen davon, Kinder vor "Indoktrination"
532 schützen zu wollen. Diese fadenscheinige Legitimation für queerfeindliches agieren zieht sich
533 auch durch andere republikanische Vorhaben. Schon im Juni 2021 setzte DeSantis ein Gesetz
534 durch, das trans Mädchen verbietet, im Schulsport für Mädchen teilzunehmen. Ähnliche
535 Gesetze gibt es in Alabama, Arkansas, Tennessee, Mississippi, oder Missouri. Ebenfalls unter
536 dem Deckmantel des Kindeswohls versteckt ist der "Drag Ban", welcher, in verschiedenen
537 Formen, bereits in 14 republikanisch regierten Bundesstaaten in Kraft, oder geplant ist. Dieser
538 sieht vor, dass Auftritte, welche nicht "kindgerecht" sind, nicht öffentlich stattfinden dürfen. In
539 dieser Definition dürfen sowohl Drag Queens, als auch Kings nicht mehr in der Öffentlichkeit
540 auftreten, da ihre Art der Kunst als nicht kindgerecht gebrandmarkt wird.
541 Menschenrechtsaktivist*innen sowie Drag-Künstler*innen befürchten, dass das Gesetz
542 missbraucht wird, um öffentlichen queeren Aktivismus zu silencen, weil nicht definiert ist, was
543 nun als weibliche oder männliche Imitation gilt.

544 Der aktuellste Fall von Rechtseinschränkungen für queere Menschen in den USA ist ein
545 Supreme Court Urteil welches Geschäftsinhaber*innen erlaubt Kund*innen nicht zu bedienen,
546 wenn ihre Sexualität nicht mit der eigenen religiösen Überzeugung einhergeht. Kritiker*innen
547 dieses neuen Urteils befürchten, dass dies ein weiterer Schritt auf dem Weg des Supreme
548 Courts sein könnte, demnächst die Gleichgeschlechtliche Ehe wieder abzuschaffen.

549 Als Jusos verurteilen wir diese Entwicklungen aufs Schärfste!

550

551 Deswegen fordern wir:

- 552 ● den Schutz queeren Lebens in allen Bundesstaaten der USA
- 553 ● Solidarität mit den Betroffenen
- 554 ● Unterstützung von queeren Organisationen vor Ort die sich für sexuelle
555 Selbstbestimmung einsetzen

556

557 **Die Situation Queerer Menschen in Uganda**

558 In Uganda wurde im Mai dieses Jahres ein strenges Anti-LGBTQIA+-Gesetz verabschiedet,
559 das insbesondere die Rechte von Homosexuellen stark einschränkt.

560

561 Nach Bestimmungen aus der britischen Kolonialzeit konnten „homosexuelle Handlungen“
562 bisher bereits mit bis zu lebenslanger Haft bestraft werden.

563

564 Das neue Gesetz sieht die Todesstrafe für „schwere Homosexualität“ vor; also für
565 Geschlechtsverkehr mit Behinderten, Minderjährigen oder über 75-jährigen sowie für
566 Missbrauch. Hier ist zu problematisieren, dass einvernehmlicher Geschlechtsverkehr mit den
567 genannten Gruppen unter denselben Straftatbestand wie Missbrauch fällt. Mehrere
568 Verurteilungen aufgrund homosexueller Handlungen führen ebenfalls zur Todesstrafe.

569 Schon „versuchte“ homosexuelle Handlungen können zehn Jahre Haft zur Folge haben, in
570 Fällen schwerer Homosexualität drohen 14 Jahre. Bestrafte erhalten ein Verbot der Arbeit mit
571 Minderjährigen. Minderjährige selbst erwartet bei Homosexualität bis zu drei Jahre Haft. Wer
572 schwere homosexuelle Handlungen nicht behördlich meldet, wird ebenfalls bestraft. Gerichte
573 können homosexuelle verurteilte Personen zu einer „Rehabilitierung“ bei Sozialdiensten
574 verpflichten; ähnlich einer Konversionstherapie.

575 Darüber hinaus darf Homosexualität nicht „beworben“ werden – ansonsten drohen zehn Jahre
576 Haft oder ein zehnjähriges Verbot der betreffenden Organisation. Queerer Aktivismus, Aids-
577 Prävention und sonstige Unterstützungsmöglichkeiten sind de facto nicht mehr möglich.
578 Gleichmaßen wird bestraft, wenn eine Räumlichkeit für sogenannte homosexuelle Handlungen
579 vermietet oder an einer gleichgeschlechtlichen Hochzeit teilgenommen wird.

580

581 Wir schließen uns den Forderungen der Queeren NGO „Let’s Walk Uganda“ an;
582 zusammengefasst in einem offenen Brief, der sich an die Bundesregierung richtet:

583

- 584 ● Schnell und unbürokratisch humanitäre Visa für LGBTQIA+,
585 Menschenrechtsverteidiger*innen und Personen unter großem Risiko ermöglichen!
- 586 ● Finanzielle und politische Unterstützung von LGBTQIA+-Organisationen in Uganda
587 beim Erhalt sicherer Räume!
- 588 ● Fluchtkorridore in nahegelegene sichere Staaten schaffen!
- 589 ● Sanktionen gegenüber der ugandischen Regierung und ggf. Beendigung staatlicher
590 Zusammenarbeit!

591

592 Queere Menschen kämpfen seit jeher um ihren Platz in der Gesellschaft, öffentliche
593 Akzeptanz, Sicherheit und Freiheit. Fortschritt heißt nicht, den Kampf aufzugeben. Wir setzen

594 uns weiterhin für eine kollektive Befreiung queeren Lebens auf der ganzen Welt ein. Diesen
595 Kampf gestalten wir zusammen als Jusos!

596

597 **Quellen**

598 [https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw21-pa-menschenrechte-
599 lgbtiq-948550](https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw21-pa-menschenrechte-lgbtiq-948550)

600 [https://www.zdf.de/nachrichten/politik/lgbtq-queer-gewalt-deutschland-straftaten-
601 100.html](https://www.zdf.de/nachrichten/politik/lgbtq-queer-gewalt-deutschland-straftaten-100.html)

602 https://www.queer.de/detail.php?article_id=45126

603 [https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-drag-lesung-stadtbibliothek-csu-
604 1.5849185](https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-drag-lesung-stadtbibliothek-csu-1.5849185)

605 [https://www.sueddeutsche.de/politik/italien-homosexuelle-eltern-meloni-
606 diskriminierung-1.5773037](https://www.sueddeutsche.de/politik/italien-homosexuelle-eltern-meloni-diskriminierung-1.5773037)

607 https://www.queer.de/detail.php?article_id=41355

608 [https://www.bpb.de/themen/europa/polen-analysen/322622/kommentar-der-
609 homophobe-tsunami-in-polen/](https://www.bpb.de/themen/europa/polen-analysen/322622/kommentar-der-homophobe-tsunami-in-polen/)

610 [https://echte-vielfalt.de/lebensbereiche/lgbtiq/polen-verabschiedet-lgbt-propaganda-
611 verbot/](https://echte-vielfalt.de/lebensbereiche/lgbtiq/polen-verabschiedet-lgbt-propaganda-verbot/)

612 [https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ungarische-regierung-verteidigt-neues-
613 lgbtq-feindliches-gesetz-18836995.html](https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ungarische-regierung-verteidigt-neues-lgbtq-feindliches-gesetz-18836995.html)

614 [https://www.spiegel.de/panorama/bildung/florida-us-gouverneur-unterzeichnet-gesetz-
615 gegen-unterricht-ueber-homosexualitaet-a-e1efaf9d-6e82-48ce-9f91-4498f9e38983](https://www.spiegel.de/panorama/bildung/florida-us-gouverneur-unterzeichnet-gesetz-gegen-unterricht-ueber-homosexualitaet-a-e1efaf9d-6e82-48ce-9f91-4498f9e38983)

616 <https://time.com/6260421/tennessee-limiting-drag-shows-status-of-anti-drag-bills-u-s/>

617 [https://edition.cnn.com/2023/06/30/politics/supreme-court-303-creative-lgbtq-rights-
618 colorado/index.html](https://edition.cnn.com/2023/06/30/politics/supreme-court-303-creative-lgbtq-rights-colorado/index.html)

619 https://www.queer.de/detail.php?article_id=45751

620 [https://weact.campact.de/petitions/offener-brief-an-die-bundesregierung-zur-situation-
621 von-lgbtqi-personen-in-uganda](https://weact.campact.de/petitions/offener-brief-an-die-bundesregierung-zur-situation-von-lgbtqi-personen-in-uganda)

622 **A4 Umweltpakt Münster - Die wegweisende Agenda für eine**
623 **nachhaltige Stadtentwicklung!**

624

625 **Antragssteller*in: Gunar Kern**

626

627 Im Namen der Jusos Münster reichen wir einen Gesamtantrag zur Förderung
628 umweltpolitischer Maßnahmen ein. Unser Antrag konzentriert sich auf die Begrünung
629 öffentlicher Gebäude, die Installation von Solaranlagen, die Förderung gemeinschaftlicher
630 Gärten, die Verbesserung der Mobilität und die Schaffung einer "Umweltspur" am
631 Ludgerikreisel. Diese Maßnahmen tragen zum Umweltschutz, zur Nachhaltigkeit und zur
632 Förderung erneuerbarer Energien bei. Durch die Begrünung öffentlicher Gebäude können wir
633 das Stadtklima verbessern, die Biodiversität fördern und das Stadtbild verschönern. Die
634 Installation von Solaranlagen ermöglicht die Nutzung erneuerbarer Energien und reduziert den
635 CO₂-Ausstoß. Gemeinschaftliche Gärten bieten Raum für Begegnung, Bildung und
636 ökologische Vielfalt. Die Verbesserung des Busverkehrs und die Schaffung einer "Umweltspur"
637 am Ludgerikreisel tragen zu einer nachhaltigen Mobilität bei.

638

639 **Die Stadtoase Münster muss kommen.**

640 im Namen der Jusos Münster reichen wir hiermit einen Antrag zur Begrünung öffentlicher
641 Gebäude und Installation von Solaranlagen ein. Wir sind der festen Überzeugung, dass diese
642 Maßnahmen einen wichtigen Beitrag zum Umweltschutz, zur Nachhaltigkeit und zur Förderung
643 erneuerbarer Energien leisten können.

644 Die Begrünung öffentlicher Gebäude hat viele Vorteile. Sie trägt zur Verbesserung des
645 Stadtklimas bei, indem sie die Hitzebelastung reduziert, die Luftqualität verbessert und die
646 Lärmbelastung mindert. Zudem bieten begrünte Gebäude Lebensraum für Vögel, Insekten und
647 andere Tiere, fördern die Biodiversität und tragen zur Verschönerung des Stadtbildes bei.

648 Die Installation von Solaranlagen auf öffentlichen Gebäuden ermöglicht die Nutzung
649 erneuerbarer Energien und die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes. Durch die
650 Sonnenenergiegewinnung können öffentliche Gebäude einen Teil ihres eigenen
651 Energiebedarfs decken und somit einen Beitrag zur Energiewende leisten. Gleichzeitig können
652 überschüssige Energie in das Stromnetz eingespeist und von der Bevölkerung genutzt
653 werden.

654 Wir fordern daher:

- 655 1. Die Stadt Münster setzt sich aktiv dafür ein, dass alle neuen öffentlichen Gebäude
656 standardmäßig mit begrünten Fassaden ausgestattet werden. Dabei sollten sowohl
657 horizontale als auch vertikale Begrünungskonzepte berücksichtigt werden.

- 658 2. Die Stadt Münster unterstützt und fördert die Nachrüstung bereits bestehender
659 öffentlicher Gebäude mit Begrünungssystemen. Hierbei sind sowohl finanzielle Anreize
660 als auch Beratungsangebote für Gebäudebesitzerinnen und -besitzer wichtig.
- 661 3. Die Stadt Münster verpflichtet sich dazu, auf allen geeigneten öffentlichen Gebäuden
662 Solaranlagen zu installieren. Hierbei sollten die Potenziale der Dachflächen genutzt
663 und bei Neubauten von vornherein die Installation von Solaranlagen eingeplant
664 werden.
- 665 4. Die Stadt Münster fördert die Nutzung erneuerbarer Energien, indem sie Informationen
666 und Beratungsangebote zur Verfügung stellt und finanzielle Unterstützung für den
667 Einbau von Solaranlagen bereitstellt.

668 Wir sind der Überzeugung, dass diese Maßnahmen einen positiven Einfluss auf die Umwelt,
669 die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger und die Zukunftsfähigkeit der Stadt Münster
670 haben werden.

671

672 **Schönes Wohnen leicht gemacht.**

673 Die Jusos Münster möchten wir hiermit einen Antrag zur Förderung von gemeinschaftlichen
674 Gärten in Münster stellen. Gemeinschaftliche Gärten sind nicht nur eine wertvolle Möglichkeit,
675 um die Umwelt zu schützen, sondern auch ein Ort der Begegnung, des Austauschs und der
676 gemeinsamen Arbeit. Daher halten wir es für äußerst wichtig, diese Art von grünen Oasen in
677 unserer Stadt zu unterstützen und weiter zu entwickeln.

678 Die Bedeutung von gemeinschaftlichen Gärten für die lokale Gemeinschaft kann nicht
679 unterschätzt werden. Sie fördern nicht nur die ökologische Vielfalt und tragen zum Klimaschutz
680 bei, sondern bieten auch einen Raum für Bildung und gesellschaftliches Engagement.
681 Gemeinschaftliche Gärten ermöglichen es den Menschen, selbst aktiv zu werden,
682 Verantwortung zu übernehmen und sich mit ihrer Umwelt auseinanderzusetzen.

683 Wir fordern daher die Bereitstellung finanzieller Mittel durch die Stadt Münster, um bestehende
684 gemeinschaftliche Gärten zu unterstützen und den Aufbau neuer Gärten zu ermöglichen.
685 Diese Mittel sollten verwendet werden, um die Infrastruktur der Gärten zu verbessern, wie zum
686 Beispiel die Bereitstellung von Wasseranschlüssen, Werkzeugen und Materialien für den
687 Gartenbau, sowie die Unterstützung bei der Anschaffung von Saatgut und Pflanzen.

688 Des Weiteren schlagen wir vor, dass die Stadt Münster Schulungen und Workshops für
689 interessierte Bürger*innen anbietet, um ihr Wissen über ökologischen Gartenbau und
690 Nachhaltigkeit zu erweitern. Dies würde nicht nur den Erfolg der gemeinschaftlichen Gärten
691 fördern, sondern auch die Bürger*innen dazu ermutigen, selbst aktiv zu werden und einen
692 positiven Beitrag zur Umwelt und Gemeinschaft zu leisten.

693 Wir verweisen hierbei auch auf den Campusgarten in Münster, der ein großartiges Beispiel für
694 einen erfolgreichen gemeinschaftlichen Garten ist. Der Campusgarten fördert nicht nur die

695 nachhaltige Lebensmittelproduktion, sondern bietet auch Bildungsangebote und
696 Veranstaltungen für die breite Öffentlichkeit.

697 In Anbetracht der aktuellen Entwicklungen, wie der Unterstützung von Zoos und Tiergärten
698 durch Soforthilfen zur Bewältigung der Corona-Krise, ist es an der Zeit, auch die Bedeutung
699 von gemeinschaftlichen Gärten anzuerkennen und angemessene Unterstützung für ihre
700 Weiterentwicklung und Erhaltung bereitzustellen.

701 Wir sind überzeugt, dass die Förderung gemeinschaftlicher Gärten in Münster nicht nur die
702 ökologische und soziale Nachhaltigkeit unserer Stadt stärkt, sondern auch eine Vielzahl von
703 positiven Effekten für die Bürger*innen mit sich bringt.

704

705 **Wir Jusos fordern die Verbesserung der Mobilität in Münster ein.**

706 Ziel dieses Antrags ist es, die Anzahl der Busse zu erhöhen und zusätzliches Personal
707 einzustellen, um den öffentlichen Nahverkehr effizienter zu gestalten.

708 Münster ist als Fahrradstadt bekannt und wird für seine nachhaltige Mobilität geschätzt.
709 Dennoch sollte die Verkehrsplanung nicht ausschließlich auf das Fahrrad beschränkt sein.

710 Eine gut funktionierende Mobilität erfordert die Berücksichtigung aller Verkehrsarten und eine
711 optimale Abstimmung zwischen ihnen. Laut einer Haushaltsbefragung von 2019 nutzen bereits
712 65% der Münsteranerinnen und Münsteraner umweltfreundliche Verkehrsmittel wie Fahrrad,
713 Bus und Bahn, was zeigt, dass die Autonutzung an Bedeutung verliert. Um diese positive
714 Entwicklung weiter voranzutreiben, ist es notwendig, den Busverkehr in Münster zu stärken.

715 Maßnahmen:

716 1. Erhöhung der Anzahl der Busse: Es sollte eine Erweiterung des Busfuhrparks in
717 Münster angestrebt werden, um eine höhere Taktung und Verfügbarkeit der Busse
718 sicherzustellen. Dadurch können Wartezeiten reduziert und der öffentliche Nahverkehr
719 attraktiver gestaltet werden.

720 2. Einstellung von zusätzlichem Personal: Um den erweiterten Busbetrieb effizient zu
721 bewältigen, ist eine Aufstockung des Personals erforderlich. Dies umfasst sowohl
722 Busfahrerinnen und Busfahrer als auch das Betriebspersonal für die Instandhaltung
723 und Verwaltung.

724 3. Definieren der Strecken mit höherem Bedarf: Es sollte eine eingehende Analyse
725 durchgeführt werden, um die Strecken zu identifizieren, auf denen eine verstärkte
726 Befahrung erforderlich ist. Besonderes Augenmerk sollte auf den Nachtbusrouten
727 liegen, um die Sicherheit für Frauen nachts in der Stadt zu gewährleisten. Hierbei
728 sollten Bereiche mit hohem Fahrgastaufkommen, Wohngebiete, Gewerbegebiete,
729 Bildungseinrichtungen und touristische Ziele berücksichtigt werden.

730 Umsetzung:

731 1. Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Münster: Die Stadtverwaltung sollte eng mit den
732 Stadtwerken Münster zusammenarbeiten, um die Erweiterung des Busbetriebs zu
733 planen und umzusetzen. Die Stadtwerke Münster sind für den Busverkehr in Münster
734 zuständig und verfügen über das erforderliche Fachwissen und die Ressourcen.

735 2. Öffentlichkeitsarbeit und Informationskampagne: Es ist wichtig, die Bürger*innen über
736 die geplanten Verbesserungen im Busverkehr zu informieren. Eine gezielte
737 Informationskampagne kann das Bewusstsein für den öffentlichen Nahverkehr stärken
738 und die Nutzung fördern.

739 Finanzierung: Die Finanzierung dieser Maßnahmen kann über verschiedene Kanäle erfolgen,
740 darunter der städtische Haushalt und mögliche Förderprogramme auf Landes- und
741 Bundesebene.

742

743 **Umweltspur am Ludgerikreisel jetzt!**

744 Die Jusos möchten auf die Verkehrssituation am Ludgerikreisel aufmerksam machen und eine
745 Lösung vorschlagen, die sowohl die Sicherheit der Radfahrer*innen gewährleistet als auch
746 eine umweltfreundliche Verkehrsgestaltung fördert.

747 Derzeit ist die Verkehrssituation für Radfahrer*innen am Ludgerikreisel problematisch. Viele
748 Radfahrer*innen sind durch Stoppschilder, Rüttel asphalt und den dichten Autoverkehr im
749 Kreisverkehr verunsichert. Dies führt dazu, dass sie die ungünstigste Route wählen und ihre
750 Fahrräder über die Zebrastreifen schieben oder fahren, was wiederum die Ein- und Ausfahrten
751 für Autos und Busse blockiert.

752 Unser Vorschlag besteht darin, die äußere Fahrspur im Kreisverkehr (einschließlich der
753 Einfahrten) in eine "Umweltspur" umzuwandeln, die ausschließlich von Fahrrädern, Bussen
754 und Taxis genutzt werden darf. Auf diese Weise wird den Radfahrern eine sichere Route
755 geboten, die vom Autoverkehr getrennt ist. Zudem würde dies zu einer Verringerung des
756 Verkehrsaufkommens für Radfahrer führen. Die inneren Fahrspuren sollten weiterhin den
757 Autoverkehr aufnehmen.

758 Wir sind der Überzeugung, dass die Einrichtung einer solchen "Umweltspur" am Ludgerikreisel
759 die Verkehrssicherheit für Radfahrer*innen erhöhen und gleichzeitig zu einer nachhaltigen
760 Verkehrsgestaltung beitragen würde. Es ist wichtig, dass die politischen
761 Entscheidungsträger*innen diese Maßnahme unterstützen und die notwendigen Schritte
762 unternehmen, um sie umzusetzen.

763 Als Jusos setzen wir uns für eine fortschrittliche Verkehrspolitik ein, die den Umweltschutz und
764 die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer*innen berücksichtigt. Wir sind zuversichtlich, dass die
765 Einrichtung einer "Umweltspur" am Ludgerikreisel einen positiven Beitrag zur Verbesserung
766 des Verkehrs in unserer Stadt leisten würde.

767 Wir fordern daher, unseren Vorschlag zu prüfen und die erforderlichen Maßnahmen zur
768 Einrichtung der "Umweltspur" am Ludgerikreisel zu ergreifen. Gemeinsam können wir einen
769 wichtigen Schritt hin zu einer nachhaltigen und fahrradfreundlichen Verkehrsgestaltung in
770 Münster machen.

771

772 Wir Jusos sind davon überzeugt, dass die Umsetzung unserer Vorschläge eine entscheidende
773 Rolle bei der Förderung einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Stadtentwicklung in Münster
774 spielen wird. Durch die Begrünung öffentlicher Gebäude, die Installation von Solaranlagen, die
775 Förderung gemeinschaftlicher Gärten, die Verbesserung der Mobilität und die Schaffung einer
776 "Umweltspur" am Ludgerikreisel können wir nicht nur die Umwelt schützen, sondern auch die
777 Lebensqualität der Bürger*innen verbessern.

778 Die Jusos Münster fordern daher den Stadtrat auf, unseren Gesamtantrag zu unterstützen und
779 die erforderlichen Maßnahmen zur Umsetzung dieser Initiativen zu ergreifen. Gemeinsam
780 können wir einen bedeutenden Beitrag zur Schaffung einer lebenswerten und nachhaltigen
781 Stadt leisten, in der Umweltschutz, soziale Verantwortung und die Bedürfnisse der
782 Bürger*innen im Mittelpunkt stehen.

783 **A5 Menschenhandel und Zwangsprostitution in Europa und die**
784 **kapitalistische Logik: Jungsozialistische Antworten**

785

786 **Antragssteller*in: Madita Fester**

787

788 **CN: Frauenfeindlichkeit, Zwangsprostitution, Gewalt, Vergewaltigung**

789

790 Unter Menschenhandel versteht man die Ausbeutung von Menschen gegen ihren Willen in
791 Verbindung mit einer Form der psychischen und physischen Gewaltausübung. Durch die
792 Ausbeutung werden Gewinne erzielt, indem Menschen zu Zwangsarbeit oder Prostitution
793 gezwungen oder Organhandel betrieben wird. Er ist hinter dem Drogenhandel die zweitgrößte
794 Einnahmequelle insbesondere im Bereich der organisierten Kriminalität.

795

796 Laut einem Bericht der Europäischen Kommission sind 2017 und 2018 über 14.000 Menschen
797 in der EU Opfer von Menschenhandel geworden; 72 Prozent der Betroffenen waren Frauen
798 und Mädchen. Die Dunkelziffer ist sehr wahrscheinlich weitaus höher. 15 Prozent waren von
799 Formen der Zwangsarbeit betroffen, ebenfalls 15 Prozent wurden zum Zweck der
800 Zwangsbettelei, Organentnahme und Leibeigenschaft gehandelt. Über 60 Prozent der
801 registrierten Personen sind Opfer von sexueller Ausbeutung geworden. Knapp die Hälfte der
802 Opfer stammten aus einem EU-Land. Auch 2021 gab es über 7000 Opfer von
803 Menschenhandel. Die Meldungen aus den EU-Staaten sind sehr unterschiedlich, da die EU-
804 Richtlinie zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels auf verschiedenem Stand er
805 Umsetzung ist und die Ansätze zur Datenerhebung variieren.

806

807 Erste Richtlinien zur Zusammenarbeit gegen Menschenhandel wurden zwar auf den Weg
808 gebracht, schaffen es aber nicht, Menschen vor Verschleppung und Ausbeutung zu schützen.
809 Extreme Armut, Ausweglosigkeit oder der Wunsch nach einer besseren Zukunft machen BPoC
810 und Frauen besonders anfällig für den Menschenhandel. Viele EU-Länder haben bereits eine
811 zentrale Berichterstattstelle, die Daten zu Menschenhandel im jeweiligen Land erheben.
812 Diese müssen flächendeckend etabliert werden und enger zusammenzuarbeiten. Nur mit einer
813 soliden Datenlage können effektive Maßnahmen gegen Menschenhandel, vor allem in
814 organisierter Form vorgenommen werden. Im Bereich der Zwangsarbeit werden die Fälle der
815 Bettelei immer häufiger. Dennoch kommt es sehr häufig zur Kriminalisierung derer, die betteln,
816 statt der, die sie dazu zwingen. Hier muss es eine Umkehr hin zur Kriminalisierung der
817 Menschenhändler*innen geben.

818

819 Menschenhandel ist die extremste Form der Ausbeutung und folgt dem Credo: patriarchale
820 Gewalt hat einen materiellen Ursprung, der in der kapitalistischen Wertschöpfung liegt. Körper
821 und Arbeitskraft werden in besonderer Weise durch eine kapitalistische Logik ausgebeutet und
822 Machtstrukturen ausgenutzt. Nur durch besondere Hilfsprogramme und Aufklärungsarbeit in
823 verschiedenen Sprachen können wir Menschen schützen und die Angst vor Behörden
824 abbauen, wenn Menschen beispielsweise gefälschte Papiere besitzen oder sich illegal im
825 jeweiligen EU-Land aufhalten. Diese Hilfsprogramme müssen von der EU gefördert werden,
826 um auch die EU-weite Zusammenarbeit zu intensivieren und einheitliche Maßnahmen
827 durchzusetzen. Anstatt einem Flickenteppich an Gesetzen und Regelungen, benötigt die EU
828 eine einheitliche Strategie um gegen Menschenhandel vorzugehen und keine Lücken in
829 einzelnen Staaten zu ermöglichen. Auf europäischer Ebene müssen klare Regulierungen
830 durch die EU vorgenommen werden, um die Zusammenarbeit gegen Menschenhandel zu
831 intensivieren und Opfer zu schützen. Die derzeitige Richtlinie sieht lediglich eine engere
832 Zusammenarbeit vor, ohne genauere Rahmenbedingungen zu schaffen. Hier bedarf es einer
833 klaren Vorgabe.

834

835 **Zwangsprostitution auf EU-Ebene gemeinsam bekämpfen**

836

837 Auch in Deutschland ist Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung die häufigste
838 Form. Dies hat sich auch zum Beginn des Krieges in der Ukraine gezeigt, als bekannt wurde,
839 dass insbesondere Frauen und Mädchen an Bahnhöfen abgefangen werden sollten, um sie
840 zu prostituieren. Neben Mysogonie ist Rassismus Treiber von Zwangsprostitution. Ebenso
841 spielt die sogenannte „Loveboy“-Methode in Deutschland eine zunehmend große Rolle, bei
842 der Männer ihre Opfer meistens über das Internet kontaktieren und sie durch Aufmerksamkeit,
843 Zuneigung und Geschenke in eine Abhängigkeit verstricken und sie später zu Prostitution
844 verleiten oder zwingen. Vom Menschenhandel zum Zweck der Prostitution sind vor allem junge
845 Frauen und minderjährige Mädchen betroffen, die meistens aus Deutschland, Rumänien,
846 Bulgarien, Ungarn, Nigeria, Vietnam und Thailand stammen. Insbesondere Flüchtlinge und
847 minderjährige Flüchtlinge zählen zur besonders vulnerablen Gruppe in Deutschland und sind
848 im Durchschnitt häufiger betroffen. Dies hängt nicht zuletzt auch damit zusammen, dass
849 Deutschland eines der liberalsten Prostitutionsgesetze in Europa besitzt und für
850 Menschenhändler*innen so zu einem „attraktiven“ Ziel der Verschleppung bzw. Prostitution
851 wird.

852

853 Insgesamt spielt das Internet zur Anlockung, Kommunikation und Anbietung von Menschen
854 eine zunehmend große Rolle vor allem im Bereich der Zwangsprostitution. Verschiedene
855 Foren werden kaum reguliert oder unterliegen wenigen bis keinen Sicherheitsvorkehrungen.

856 Durch die Kommunikation in Foren und Chats, die Verabredungen erleichtern, hat sich zudem
857 eine Verschiebung von Prostitution in Privatwohnungen und Hotels ergeben, sodass die
858 Kontrolle und Durchsetzung des in Deutschland geltenden Prostituiertenschutzgesetzes
859 (ProstSchG) erschwert wird.

860

861 Durch das Gesetz werden umfassende Regelungen zur Erlaubnispflicht,
862 Mindestanforderungen an Prostitutionsstätten, die Pflicht zur Anmeldung und gesundheitlichen
863 Beratung getroffen. Aussagen des BKA lassen vermuten, dass das ProstSchG insbesondere
864 Zwangsprostitution nicht verhindern kann. Im Jahr 2020 gab es insgesamt 465
865 Ermittlungsverfahren wegen Menschenhandels und Ausbeutung von denen über die Hälfte
866 (291) sexuelle Ausbeutung betrafen. 93,8 Prozent waren Frauen. Auch das BKA kommt zum
867 Schluss, dass die Zahl der Verfahren wegen Menschenhandels steigen (+22,7 Prozent), die
868 Opfer im Bereich der sexuellen Ausbeutung jünger sind als in den Vorjahren und es eine
869 Verlagerung von Prostitution weg von Bordellen hin zu Privatwohnungen und Hotels gibt. Die
870 Mehrheit der Verfahren wurden aufgrund von Kontrollen und nicht durch proaktives Zugehen
871 auf die Polizei oder andere Behörden eingeleitet.

872

873 Dies sind erschreckende Zahlen, die zeigen: Der Kapitalismus macht vor der extremen
874 Ausbeutung von Menschen und insb. Frauen und BPoC in keinem Bereich Halt, denn sie sind
875 in besonderer Weise von Menschenhandel, Unterdrückung, Verkapitalisierung von Körpern,
876 Armut und Machtungleichgewicht betroffen. Wie weit wir von einer feministischen Gesellschaft
877 oder Gleichberechtigung entfernt sind, ist erschreckend, weswegen es dringend nötig ist eine
878 jungsozialistische Perspektive auf Menschenhandel zu werfen und hierfür antikapitalistische
879 Lösungen zu formulieren.

880

881 Im europäischen Vergleich gibt es durchaus sehr unterschiedliche Umgangsweisen mit
882 Prostitution und damit auch Zwangsprostitution: Schweden hat als erstes Land (und ist damit
883 auch Namensgeber geworden) das Nordische Modell umgesetzt, bei dem nicht der Verkauf,
884 sondern der Kauf von Sex verboten ist. Seit der Implementierung dieses Gesetzes und der
885 damit einhergehenden Normenverschiebung in der Gesellschaft beschreibt Interpol Schweden
886 als einen „toten Markt“ für Menschenhandel. Mit einer härteren Gesetzgebung im Bereich der
887 Prostitution bzw. des Sexkaufs können also auch andere Formen des Menschenhandels
888 eingedämmt werden, da der Markt generell unattraktiver wird. Auch die EU empfiehlt den
889 Mitgliedsstaaten ihre Gesetze in die Richtung anzupassen, in denen die Inanspruchnahme der
890 Dienstleistung bestraft wird, anstatt Prostitution zu kriminalisieren. Mittelfristig ist eine
891 Umsetzung dieser Maßnahme durch die EU geplant. Währenddessen sind Deutschland und
892 Niederlande mit einer Legalisierung ein häufiges Ziel für Sextourismus. Das niederländische

893 Justizministerium schlussfolgert, dass eine Legalisierung und Regulierung zu keiner
894 Verbesserung der Situation von Prostituierten geführt habe. In Ländern wie Spanien, Italien,
895 Portugal oder Belgien ist Prostitution zwar legal, aber die organisierte nicht. Hier werden vor
896 allem Repressionen gegen die Prostituierten verzeichnet, die somit besonders schlecht vor
897 Gewalt durch Zuhälter*innen, Freier und Sicherheitsbehörden geschützt sind.

898

899 Andrew Tate ist das traurige berühmteste Beispiel für die patriarchale und kapitalistische
900 Gewalt, die hinter Zwangsprostitution steckt und den Schwierigkeiten, die weiterhin die
901 effektive Verfolgung von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung erschweren:
902 Inzwischen angeklagt für Vergewaltigung, Menschenhandel und Bildung einer kriminellen
903 Organisation in Rumänien sollen er und sein Bruder Frauen zur Mitwirkung an
904 pornographischen Inhalten gezwungen haben, um damit Geld zu verdienen. In die
905 Abhängigkeit haben sie die sieben jungen Frauen durch die „Loveboy“-Methode gebracht.
906 Andrew Tate ist bekannt für seine Mysogonie und Popularität bei vielen Männern und besonders
907 Incels (Involuntary celibate men). Für Andrew Tate sind Frauen das Eigentum von Männern
908 und seien mit Schuld im Fall einer Vergewaltigung. Trotz seiner Bekanntheit und offen
909 frauenfeindlichen Aussagen war es bis zum Zeitpunkt der Festnahme sehr schwer die Tate-
910 Brüder dingfest zu machen.

911

912 Deswegen ist es an der Zeit, einheitliche Prostitutionsgesetze zu schaffen, die Frauen, Kinder
913 und INTA-Personen schützen und Menschenhändler*innen keine Lücken bieten und damit EU-
914 Länder als besonders attraktiv für die Zwangsprostitution erachten. Anstatt unterschiedliche
915 soziale, kulturelle und rechtliche Eigenheiten im Umgang mit Frauenrechten der
916 Mitgliedsstaaten vorzuschieben, ist es geboten, das EU-weite Ziel der Gleichberechtigung
917 entschieden voranzutreiben. Frauen, Kinder und INTA-Personen müssen in jedem EU-Land
918 gleich behandelt werden und Zwangsprostitution und Sextourismus, bei dem EU-Grenzen
919 überschritten werden um die eigenen Prostitutionsgesetze zu umgehen, als gesamt-
920 europäisches Problem bekämpft werden. Zudem braucht es Förderprogramme, die finanziell
921 durch die EU getragen werden, um Frauen, Kinder und INTA-Personen europaweit vor
922 patriarchaler Gewalt zu schützen und den kapitalistischen Zwängen, die zu Abhängigkeiten
923 und Aussichtslosigkeit führen, entgegenzuwirken. Kapitalistische Zwänge und Ausbeutung
924 begünstigen die ausweglose Lage vieler Betroffener nur weiter.

925 Nicht zuletzt muss es auch eine stärkere Regulierung im digitalen Bereich geben, bei der
926 Täter*innen ihre Opfer beispielsweise im Internet anwerben oder anbieten.

927

928 Frauen, INTA-Personen und Kinder werden durch patriarchale und kapitalistische Zwänge in
929 eine der schlimmsten Situationen gebracht, aus der sie ohne Hilfe und allein meist nicht

930 herauskommen. Prostitution kann besonders im Fall der Zwangsprostitution nicht als einfache
931 ökonomische Transaktion angesehen werden, denn Frauen, Kinder und INTA-Personen
932 haben keinerlei Verfügung über ihren Körper mehr. Es kommt nicht nur zu sexueller Gewalt,
933 sondern auch zu rassistischer und physischer Gewalt, Ausbeutung, gesundheitlichen
934 Gefahren und Schikanen. In der Folge leiden Opfer der Prostitution unter prostrauatischen
935 Belastungstörungen. Es kommt zu einer besonderen Form der Entmenschlichung und
936 Verobjektivierung von Frauen, Kindern und INTA-Personen.

937

938 Daher müssen mehr Anlaufstellen geschaffen werden, die Frauen, Kinder und INTA-Personen
939 helfen sowie bei Behördengängen begleiten. Zudem muss diesen die Möglichkeit gegeben
940 werden, proaktiv Hilfe anbieten zu können und beispielsweise einer Verschwiegenheitspflicht
941 zu unterliegen. Dennoch kann durch die Umgehung des ProstSchG durch Zuhälter*innen und
942 Menschenhändler*innen ein Großteil der Zwangsprostitution nicht aufgedeckt werden. Auch
943 das proaktive Vorgehen durch Polizei und BKA kann nur einen Bruchteil der Straftaten
944 aufdecken. Hier fehlt es gerade Menschen mit Fluchterfahrung und Migrationsvorgeschichte
945 an Vertrauen in Behörden und Staatsgewalt. Daher ist eine Reformierung des ProstSchG
946 unausweichlich um Frauen, Kinder und INTA-Personen vor Zwangsprostitution und
947 Menschenhandel zu schützen. Hier muss auf EU-Ebene eine Richtlinie auf den Weg gebracht
948 werden, die Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung in die EU insgesamt
949 härter reguliert und jene bestraft, die die Dienste in Anspruch nehmen, anstatt Prostituierte in
950 die Illegalität zu treiben. Hierzu gehört auch, Maßnahmen zu ergreifen, die Frauen vor Armut
951 und patriarchaler Gewalt schützen und über ihre Rechte aufklären.

952

953 Menschenhandel ist nur als die extremste Form patriarchaler und kapitalistische Gewalt gegen
954 Menschen zu verstehen und zu analysieren. Als Jungsozialist*innen muss es unser Anspruch
955 sein Menschenhandel in jeder Form zu bekämpfen und jene zu schützen, die besonders durch
956 patriarchale und kapitalistische Gewalt betroffen sind. Deswegen fordern wir:

957

- 958 - Europaweite Maßnahmen gegen Menschenhandel ausweiten mit einem besonderen
959 Blick auf den digitalen Bereich
- 960 - Verfolgung und Bestrafung von Menschenhändler*innen, statt Kriminalisierung
961 Betroffener
- 962 - Angebote für von Menschenhandel Betroffene
- 963 - Zusammenarbeit staatlicher Behörden auf europäischer Ebene um organisierten
964 Menschenhandel effektiv zu bekämpfen
- 965 - Einrichtung nationaler Berichterstattungstellen für Menschenhandel in allen EU-Ländern
- 966 - Kriminalisierung der Ausnutzung von Menschen in Ausbeutungsverhältnissen

- 967 - Einheitliche europäische Prostitutionsgesetze, die Frauen und INTA-Personen
- 968 schützen und ihnen umfangreiche Rechte zuzusprechen
- 969 - Schließung von Gesetzeslücken und Verminderung von Sextourismus
- 970 - Anlaufstellen schaffen, die bei Behördengängen helfen, Ausstiegsprogramme und
- 971 Beratung anbieten

972 **A6 Brick by Brick, Wall by Wall, Make the Fortress Europe**
973 **Fall**

974

975 **Antragssteller*in: Carlos Apel**

976

977 Die Staaten der Europäischen Union, darunter Deutschland haben mal wieder gezeigt, dass
978 Menschenrechte nicht universell sind, dass ein rassistisches Migrations- und Grenzregime der
979 beste Konsens zwischen den ach so tollen liberalen Demokratien ist und das kapitalistische
980 Nationalstaaten mit Inbrunst die Festung Europa weiter ausbauen wollen. Am 8. Juni hat der
981 Rat der Europäischen Union zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylrechts (GEAS)
982 beschlossen und damit einen weiteren Sargnagel in das Leben zahlreicher Schutzsuchender
983 geschlagen und den Ausverkauf von Menschenrechten vorangetrieben. Fast genau 30 Jahre
984 nach dem sog. Asylkompromiss ist die SPD wieder mitverantwortlich, das Asylsystem weiter
985 ad absurdum zu führen. Die Folgen davon sind hohe finanzielle Steuerausgaben, psychische
986 Traumata, Gewalterfahrungen, gesundheitliche Schäden, das Auseinanderreißen von
987 Familien, massives humanitäres Leid und schließlich die Ermordung von Schutzsuchenden.
988 Diesen Beschluss als einen historischen Erfolg zu bezeichnen, ist menschenverachtend und
989 erschreckend. Erschreckend deswegen, weil damit der so schon rassistisch und aus einer
990 kapitalistischen Verwertungslogik geführte Diskurs um Asyl- und Migration weiter befeuert wird
991 und demokratische Parteien wie die SPD mit ihrer Politik weiter an von rechten und
992 konservativen Kräften betriebene Positionen heranrücken lässt.

993 **Keine Stimmen durch rechte Politik! Handfeste soziale und antifaschistische**
994 **Politik!**

995 Der Faschismus steht auf der Türschwelle. Die vielseitig beschworene Brandbauer ist, wenn
996 nur noch in Teilen existent. Sei es der CDU-Landsverband Thüringen, welcher sich mit der
997 rechtsextremen AfD eine Zusammenarbeit vorstellen kann, oder das gemeinsame Abstimmen
998 bei AfD-Anträgen auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene wie es Andreas Scheuer neulich
999 im Europaausschuss des Bundestages. Die sich verhärtenden Ausrichtung der CDU in
1000 Richtung rechts-konservativ bekommt mit der Bestellung von Carsten Linnemann als neuen
1001 Generalsekretär eine neue Bedeutung und Bedrohung.

1002 Von sich haltenden und wachsenden Umfragehöhen, Landräten und Bürgermeistern der AfD
1003 gar nicht zu sprechen. Dabei muss klar sein, dass rechte und menschenverachtende Politik
1004 kein Mittel für bessere Wahlergebnisse und gegen diese Art von Parteien ist.
1005 Rechtspopulistische und rechtsextremen politische Forderungen der AfD dürfen und können
1006 wir nicht entgegentreten, indem deren Positionen übernommen werden. Menschen die bereit

1007 sehenden Auges die AfD bisher zu wählen, werden nicht auf einmal demokratische Parteien
1008 wählen, wenn sie sehen, dass diese einen ähnlichen Kurs einschlagen. Der einzige Weg
1009 gegen diese ist antifaschistische und sozialgerechte Politik, die das Leben aller Menschen
1010 tatsächlich verbessert. Und dafür muss sich die SPD einsetzen. Auf europäischer Ebene setzt
1011 sich diese dringende Notwendigkeit fort. Hier finden sich in Italien, Schweden, Ungarn und
1012 Polen mittlerweile erstarkte und etablierte rechte Regierungen. Der Zusammenhalt der
1013 Europäischen Union und ihre Handlungsfähigkeit nach innen wird ebenfalls nicht mit den
1014 getroffenen Maßnahmen garantiert, sondern vielmehr weiter eingeschränkt und gefährdet.

1015 **Asyl-Kompromiss 2.0 - Jetzt noch verherrender**

1016 Zentraler Bestandteil des Beschlusses ist die Einrichtung von **EU-Grenzhaftlagern**, in denen
1017 sämtliche Schutzsuchende kategorisch inhaftiert und einem Freiheitsentzug unterworfen
1018 werden. Es geht um eine jährliche Inhaftierung von bis zu 120.000 Menschen. Und das nach
1019 dem Versprechen "Nie wieder Moria", welches unter anderem auch Teile des SPD-
1020 Bundesvorsitzes mitunterschrieben haben. Es ist zu befürchten, dass diese Lager fernab einer
1021 öffentlichen Kontrolle schnell überfüllt sein werden. Zudem sind mangelnde medizinische,
1022 psychische, rechtliche Beratungs- und Unterstützungsangebote, sowie fehlende Schutzräume
1023 für FINTA* und queere Personen und fehlende Übersetzungshilfen zu befürchten. Zudem
1024 werden die geplanten Haftlager Unmengen an Kosten verursachen. Mithilfe der Lager werden
1025 die regelmäßig rechtswidrigen Abschiebungen einfacher und zunehmen. Im gleichen Schritt
1026 ist eine Verdreifachung der Grenzverfahrensdauer geplant, anstatt 4 Wochen nun 12 Wochen.
1027 Nach Einlegung von Rechtsbehelfen sogar 16 Wochen. Faire Asylverfahren unter
1028 menschenwürdigen Bedingungen sind über alle Maßen realitätsfern. In diesen Lagern soll
1029 dann die Entkernung des Asylrechts durch eine **Verhinderung von individuellen**
1030 **Asylverfahren**, welche mindestens Genfer Flüchtlingskonvention verbrieft sind, stattfinden.
1031 Mit den geplanten **Vorverfahren**, in denen eine "Zulässigkeit" zum eigentlichen Asylverfahren
1032 festgestellt werden soll, Die beschriebene Zulässigkeit eines Individualverfahrens ergibt sich
1033 schon aus einer menschenrechtlichen Schutzverantwortung und internationalen Abkommen,
1034 wie der Genfer Flüchtlingskonvention und der Istanbul Konvention. Entgegen jeder
1035 humanitären Politik erhalten nur jene ein Asylverfahren, welche nicht durch einen sicheren
1036 Drittstaat gereist oder von einem sicheren Herkunftsstaat stammen. Damit verschärft die EU
1037 ihre Politik der Externalisierung ihres Grenzregimes und zieht einen
1038 menschenrechtsverletzenden Graben um sich herum. Diese Strategie stellt ein
1039 Schlüsselement des EU-Grenzregimes dar, mit dem auch Deutschland sich seiner
1040 humanitären Schutzverantwortung entzieht. Menschen, welche die beschriebenen Kategorien
1041 erfüllen, werden direkt außerhalb der EU abgeschoben, ohne dass diese Staaten den
1042 bisherigen mickrigen Standards eines "sicheren" Staates erfüllt hätten.

1043 Die angesprochenen Grenzverfahren sind für Menschen aus Herkunftsstaaten deren
1044 durchschnittliche **Anerkennungsquote** unter 20 Prozent zwingend. Diese Einstufung
1045 missachtet das individuelle Recht auf Asyl und verkennt, dass auch in "Nichtkriegsgebieten"
1046 bestimmte vulnerable Gruppen von Verfolgung bedroht sein können. Zudem ist fraglich, wie
1047 sich diese Anerkennungsquoten zukünftig berechnen lassen. Eine einmal festgelegte Quote
1048 kann nicht auf die dynamischen Entwicklungen von Migrationsbewegungen reagieren.
1049 Entgegen zahlreicher Beteuerungen und zahlreicher Menschenrechtsschutzverträge wird es
1050 infolge der Reform zu einer **Masseninhaftierung von Kindern** kommen, welche neben
1051 anderen schwerwiegenden Folgen zu einer massiven Traumatisierung dieser zu Folge hat.
1052 Keine Kinder hinter Stacheldraht! Dieses vermeintliche Versprechen der Bundesregierung
1053 bleibt erneut leer. Der geplante **Solidaritätsmechanismus** zur Verteilung von
1054 Schutzsuchenden bietet die Möglichkeit, durch eine Entgeltzahlung von der Verpflichtung zur
1055 Versorgung und Aufnahme der Schutzsuchenden freizukaufen. Dies kann die bestehende
1056 übermäßige Belastung der südlichen EU-Staaten verstärken und weitere Finanzmittel in den
1057 Ausbau von Grenzanlagen fließen lassen. Eine solidarische Verteilung von Geflüchteten
1058 zwischen den EU-Mitgliedstaaten und Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse, wie
1059 bereits soziale oder familiäre Kontakte in bestimmten Ländern, muss daher unsere Forderung
1060 sein.

1061 Weiter kommt es zu einer **Verschärfung des Dublin-Systems**, indem die Überstellungsfristen
1062 von sechs auf 12 Monate verlängert und der Rechtsschutz eingeschränkt wird. Versteckt in
1063 den mit dem Beschluss zusammenhängenden Krisenverordnungen ist eine sog.
1064 **Instrumentalisierungsverordnung**, welche unter Umständen die vollständige Aushebelung
1065 jeglicher Asylverfahren und an sich menschenrechtsverletzende Push-Backs aus präventiven
1066 Gründen erlaubt. Neben der Missachtung völkerrechtlicher und menschenrechtlicher
1067 Schutzbestimmungen verschärft die bisherige und geplante Asyl- und Migrationspolitik der EU
1068 entgegen der vorherrschenden Vorstellung, Schutzsuchende wären eine Gefahr zu einem
1069 tatsächlichen **Sicherheitsproblem**. Die Staaten der Europäischen Union begeben sich mit
1070 ihrer Angst vor Migration in eine immer stärker werdende außenpolitische
1071 Handlungsunfähigkeit. Die damit verbundene Abhängigkeit der EU bspw. gegenüber der
1072 Türkei zeigt sich darin, dass das Erdogan-Regime hinsichtlich seiner Rolle in der NATO und in
1073 seinem Verhältnis zu Russland frei bewegen kann. Repressive Asyl- und Migrationspolitik
1074 schafft damit nicht Sicherheit, sondern sorgt auf geopolitischer Ebene genau für das Gegenteil.
1075 So ergibt sich auch schon hieraus die Notwendigkeit, eine solidarische und
1076 menschenrechtsachtende Asylpolitik zu verwirklichen.

1077 **Mehr Externalisierung ist menschenverachtend! Kein Tunesien-Abkommen**

1078 Der GEAS-Beschluss wird gestützt durch einen weiteren Ausbau von Abschiebeabkommen
1079 und Ausweitung der Liste sog. sicherer Drittstaaten. In diesem Rahmen arbeitet die EU mit
1080 autoritären Staaten oder Diktaturen zusammen. Hier steht das Abkommen mit Tunesien kurz
1081 vor dem Abschluss. Dieser wird die EU 1,7 Mrd. € kosten, die in die Stabilisierung eines
1082 autoritären Regimes gehen. Weiter kommt es regelmäßig zu Hetzjagden auf Schwarze
1083 Menschen und Massenabschiebungen, z.T. durch Aussetzung in der Wüste an der Grenze zu
1084 Libyen und Algerien. So und nicht anders sieht die europäische Politik aus. Weitere
1085 Abschiebeabkommen darf es nicht geben! Diese Politik der Externalisierung muss
1086 niedrigerissen werden.

1087 **Forderungen**

1088 Es muss endlich ein Ende sein, mit dieser rassistischen und menschenfeindlichen Asyl- und
1089 Migrationspolitik. Es muss heißen Brick by Brick, Wall by Wall, Make the Fortress Europe Fall!
1090 Daher fordern wir:

- 1091 - Aufbau eines öffentlichen Drucks gegen die geplante Reform auf allen politischen
1092 Ebenen
- 1093 - Keine erneute Zustimmung Deutschlands für ein Asyl- und Migrationssystem, welches
1094 Lager an den Außengrenzen beinhaltet
- 1095 - Abschaffung der Regelungen für sichere Drittstaaten und sichere Herkunftsstaaten auf
1096 internationaler Ebene
- 1097 - Ein Asyl- und Migrationspolitik im Einklang mit der Genfer Flüchtlingskonvention, der
1098 Istanbul-Konvention und der Europäischen Menschenrechtscharta
- 1099 - Freigabe der vom Bundestag beschlossenen Gelder ziviler Seenotrettung und Ausbau
1100 staatlicher Seenotrettung auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene
- 1101 - Echte soziale und solidarische Sozialpolitik, statt rechts hinterherlaufen

1102

1103

1104

1105

1106

1107

1108 **A7 „Denk doch einer an die Kinder und** 1109 **Jugendlichen!“**

1110

1111 **Antragssteller*in: Jörn Kucharzeck**

1112

1113 **Einleitung**

1114 Die Kinder und Jugendpolitik ist ein wichtiger Teil sozialdemokratische Gesellschaftspolitik. Auf
1115 die Frage hin, welche Angebote die Stadt Münster für Kinder und Jugendliche bereithält sind
1116 uns vier Hauptthemen ins Auge gefallen. Diese waren die Fragen, ob es in der Stadt Münster
1117 ein Kinder und Jugendparlament, sowie eine Taschengeldbörse gibt und wie es um das Kinder
1118 und Jugendangebot der Stadtbibliothek Münster steht. Außerdem nahm das Jugendzentrum
1119 Paul Gerhardt Haus eine größere Rolle bei unseren Diskussionen ein. Die
1120 Rechercheergebnisse zu den vier Themen und die sich daraus ableitenden Forderungen
1121 sollen nun im Folgenden einmal vorgestellt werden.

1122

1123 **Jugendrat**

1124 **Allgemeines**

1125 Die Einrichtung eines Kinder und Jugendparlamentes für die Stadt Münster ist nicht von Nöten,
1126 da es schon einen Jugendrat der Stadt Münster gibt, welcher die Interessen der Kinder und
1127 Jugendlichen der Stadt Münster auf kommunaler und landesweiter Ebene vertritt. Dieser
1128 wurde 2008 als ständiges partizipierendes Gremium auf Beschluss des Stadtrates ins Leben
1129 gerufen und wird alle 3 Jahre neu gewählt. Die nächste Wahl ist für 2024 angesetzt. Seine
1130 maximal 30 Mitglieder*innen werden aus den 6 Stadtbezirken Münsters gewählt, müssen
1131 zwischen 12 und 17 Jahren sein und besprechen die Themen, die Kinder und Jugendlichen
1132 der Stadt beschäftigen und wie diese Anliegen bestmöglich an Politiker*innen weitergegeben
1133 werden können. Der Jugendrat kann außerdem Stellungnahmen verfassen, die er dann an die
1134 Fraktionen im Rat der Stadt Münster und den Oberbürgermeister richtet. Außerdem stellt der
1135 Jugendrat Arbeitsgruppen auf, in denen Projekte und Aktionen, um Münster politisch
1136 mitzugestalten, entwickelt werden und Vertreter des Jugendrates sind mit mindesten einer
1137 Person in den verschiedenen Ausschüssen der Stadt Münster, sowie in Beiräten und
1138 Bezirksvertretungen, aber auch im Stadtrat selbst mit 2 Mitgliedern vertreten. Als direktes
1139 Bindeglied zwischen Jugendrat und Verwaltung ist dem Jugendrat die „pädagogische
1140 Betreuung“ zur Seite gestellt, welche Sitzungen und Treffen mit entwickelt und sich um
1141 Einladungen oder Mitteilungen für den Jugendrat kümmert. Der Jugendrat bezeichnet sich
1142 selbst als überparteilich und überkonfessionell, die Mehrheit seiner Mitglieder sind nicht in

1143 einer Partei und auch diejenigen, die Mitglieder in einer Partei sind, sind zur Überparteilichkeit
1144 verpflichtet. Der Jugendrat bezieht ein jährliches Etat von 5000 € aus dem städtischen
1145 Haushalt, welches nicht ansparbar ist und trifft sich einmal im Monat.

1146

1147 **Forderungen**

1148 Da der Jugendrat ein partizipierendes Gremium ist, aber keine Mitentscheidungsrechte hat ist
1149 die Arbeit der Jugendratsmitglieder häufig frustrierend. So sagte z.B. ein Jugendratsmitglied
1150 in einem Gespräch mit dem Onlinemagazin „Alles Münster“, dass sie sich häufig nicht ernst
1151 genommen fühlen. Wenn die Jugend der Stadt von der Politik des Stadtrates stärker gehört
1152 werden soll, dann braucht sie eine stärkere Vertretung. Diese bekommt sie nur, wenn der
1153 Stadtrat Münsters dem Jugendrat Münsters das Mitentscheidungsrecht, zumindest bei
1154 Themen, die die Kinder und Jugendlichen sowohl mittelbar als auch unmittelbar betreffen,
1155 gewährt. Hierfür muss aber auch bedacht werden, dass wenn der Jugendrat stärker in den
1156 politischen Ablauf der Stadt eingebunden ist, er im Umkehrschluss z.B. auch häufiger als
1157 einmal im Monat zusammentreten muss, um politisch nicht hinterherzuhinken. Die
1158 Machbarkeit dessen muss daher unbedingt mit der pädagogischen Betreuung besprochen
1159 werden. Sollte sich der Jugendrat zu diesem Schritt entscheiden, so kann er durch seine
1160 Vertretung im Rat diesbezüglich einen Antrag stellen. Die SPD Münster sollte diesen Antrag
1161 dann mit der ihm gebührenden Ernsthaftigkeit diskutieren und nicht einfach „zu den Akten
1162 legen“! Weiterhin stellt sich die Frage, ob man das jährliche Etat des Jugendrates nicht
1163 erhöhen, oder zumindest ansparbar machen sollte, um dem Jugendrat mehr Handlungs- und
1164 Ausbaumöglichkeiten zu geben. Hier heißt es zunächst abwerten, ein Antrag zum Budget
1165 kommt in der nächsten Ratskette. Einen Schritt zur Stärkung der Kinder und Jugendrates kann
1166 die SPD Münster aber unmittelbar machen: Der Jugendrat Münster ist zwar parteipolitisch
1167 neutral, das bedeutet aber vor allem, dass er dazu verpflichtet ist, mit allen Parteien in
1168 gleichem Maße zusammenzuarbeiten. Es ist an der Zeit, dass die Sozialdemokratie in Münster
1169 dieses Angebot annimmt und in Fragen der Kinder- und Jugendpolitik stärker mit dem
1170 Jugendrat zusammenarbeitet und dessen Themen auch zu ihren Themen macht.

1171

1172 **Taschengeldbörse**

1173 **Allgemeines**

1174 Auch eine Taschengeldbörse gibt es in Münster. Im Jahr 2016 ins Leben gerufen agiert die
1175 Taschengeldbörse Münster als Vermittlungsstelle, mit dem Ziel Kinder und Jugendliche mit
1176 Senior*innen in Kontakt zu bringen. Kinder und Jugendliche haben hier die Chance ihr
1177 Taschengeld aufzubessern, indem sie von der Taschengeldbörse Münster an hilfsbedürftige
1178 Senioren vermittelt werden. Es dürfen sich Jugendliche im Alter zwischen 14 und 17 Jahren
1179 mit Einverständnis der Erziehungsberechtigten zur Vermittlung anmelden. Die Hilfe, die die

1180 Senior*innen von den Kindern und Jugendlichen nach erfolgreicher Vermittlung in Anspruch
1181 nehmen dürfen sind einfache und unregelmäßige Arbeiten, da Schüler*innen nur gefahrlose
1182 Tätigkeiten ausüben dürfen, die leicht und für sie geeignet sind. Die Tätigkeiten müssen ihrem
1183 körperlichen und geistig-seelischen Entwicklungsstand entsprechen. Die Jugendlichen
1184 benötigen keine Qualifikation und die Arbeiten sind nach Möglichkeit in der Wohnumgebung
1185 der Jugendlichen zu vermitteln. Die Aufgaben sollten nicht länger als 2 Stunden pro Tag und
1186 10 Stunden in der Woche dauern und die Beschäftigung darf nicht vor oder während des
1187 Schulunterrichtes erfolgen. Die Aufgaben sind versicherungsfrei und nicht steuerpflichtig, sie
1188 werden kurzfristig vermittelt und ausgeführt und eine Vergütung in Höhe von mindestens 5
1189 Euro wird empfohlen. Mögliche Aufgaben sind: Hilfe im Haushalt, Einkäufe, Hunde spazieren
1190 führen, kleinere Tätigkeiten im Garten (z. B. Rasenmähen), PC- oder Handy-Unterstützung.
1191 Nach der Vermittlung wird alles Weitere eigenständig mit den Anbietenden der
1192 Taschengeldaufgabe geregelt und geklärt, bei Meinungsverschiedenheiten oder anderen
1193 Schwierigkeiten kann man sich an die Taschengeldbörse wenden.

1194

1195 **Forderungen**

1196 Die Taschengeldbörse Münster hat vor allem zwei große Probleme. Das eine Problem ist das
1197 Problem der Finanzierung. Die Taschengeldbörse möchte ihr Angebot auch digitalisieren und
1198 nutzt dafür eine App, die von Freiwilligen entworfen wurde. Diese benötigt allerdings noch
1199 erhebliche Verbesserungen, wofür der Taschengeldbörse leider momentan die Finanzierung
1200 fehlt. Das zweite Problem ist der Mangel an interessierten Jugendlichen. Das Angebot der
1201 Taschengeldbörse erreicht derzeit noch zu wenige Jugendliche. Zu beiden Themen kann die
1202 Taschengeldbörse zwar einen Antrag zum Haushalt stellen dennoch sollte sich die SPD
1203 Münster hier beraten, wie sie das Angebot der Taschengeldbörse Münster für die Bürger der
1204 Stadt Münster sichtbar machen kann. Die Jusos würde daher empfehlen, dass sich die SPD,
1205 oder eine Arbeitsgruppe der SPD, sowohl mit der Taschengeldbörse als auch mit dem
1206 Jugendamt und dem Jugendrat in Verbindung setzt um derartig Lösungsvorschläge zu
1207 diskutieren. Gerade das erklärte Ziel der Taschengeldbörse, eine Verbindung zwischen
1208 Kindern und Jugendlichen einerseits und Senior*innen andererseits aufzubauen empfinden
1209 die Jusos als gelebte intergenerationale Sozialpolitik, welche in den Hallen der
1210 Sozialdemokratie in Münster ihren Anklang finden muss!

1211

1212 **Jugendbibliothek**

1213 **Allgemeines**

1214 Bei der Jugendbibliothek Münster handelt es sich um ein Angebot der Stadtbibliothek Münster.
1215 In ihren Räumen unterhält die Jugendbibliothek eine reiche Auswahl an Medien für Kinder und

1216 Jugendlichen, von Kratzbüchern für die Allerkleinsten, über Bilder und Kinderbücher, bis hin
1217 zu Jugendromanen und Sachbüchern. Doch nicht nur Bücher, sondern auch andere Medien,
1218 wie Tiptoystifte, Gesellschafts-/ und Konsolenspiele, DVDs, Hörbücher und Toni-boxen können
1219 als Teil der sogenannten Bibliothek der Dinge ausgeliehen werden. Über das normale
1220 Leihangebot hinaus organisiert die Jugendbibliothek Münster auch noch öffentliche sowie
1221 private Veranstaltungen, wie zum Beispiel Vorlesungen für alle Altersklassen, das
1222 Bilderbuchkino, Lesen mit kleinen Wesen (Vorlesen für Kinder bis 3 Jahre), sowie Workshops,
1223 wie z.B. eine Schreibwerkstatt und MakeIT, wo Kindern und Jugendlichen Medienkompetenz
1224 und Programmieren beigebracht wird. Weiterhin arbeitet die Jugendbibliothek eng mit Kitas
1225 und Schulen aller Art zusammen und veranstaltet auf Wunsch Klassenführungen, die sich
1226 maßgeschneidert an dem Kenntnisstand der Klassen orientieren. Dort erhalten die Kinder und
1227 Jugendlichen vor allem eine Einführung in den Ausleihprozess und wie man die Angebote der
1228 Stadtbibliothek nutzen kann. Natürlich kann man sich auch ehrenamtlich in der Stadtbibliothek
1229 engagieren. Zur Zeit unterhält die Jugendbibliothek Münster zwei ehrenamtliche Projekte: Die
1230 Leseluchse und die Leseleeze. Die Leseluchse sind ehrenamtliche Mitarbeiter*innen, welche
1231 den Kindern und Jugendlichen einmal im Monat zu einem bestimmten Thema (z.B. „Endlich
1232 Ferien“) aus Kinder und Jugendbüchern vorlesen. Bei der Leseleeze handelt es sich um ein
1233 Lastenfahrrad mit über 40 Kinderbüchern und einem Kamishibei – Bilderbuchtheater.
1234 Freiwillige fahren dieses Bücherfahrrad zu Spielplätzen, Kitas und Festen und lesen den
1235 Kindern vor und laden zum selbst Lesen ein.

1236

1237 **Forderungen**

1238 Die vollbeschäftigten und ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen der Jugendbibliothek Münster
1239 leisten durch ihr Tun einen wichtigen Beitrag zur Sprach und Leseförderung von Kindern und
1240 Jugendlichen. Darüber hinaus leisten sie auch einen nicht unerheblichen Beitrag für die
1241 Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen durch das „MakeIT“ Angebot und durch die
1242 pädagogische Medienberatung für die Konsolenspiele. Die Jugendbibliothek Münster versteht
1243 sich als ein sogenannter „dritter Raum“, das heißt als sozialer Aufenthaltsort für Kinder und
1244 Jugendliche neben Familie und Schule. Um die zahlreichen Angebote der Jugendbibliothek
1245 weiterhin unterhalten zu können muss das Budget der Stadtbibliothek stabil bleiben oder
1246 wachsen. Gerade die unterschiedlichen Veranstaltungen haben unter der Pandemie stark
1247 gelitten und sich noch nicht ganz erholt. Um auch weiterhin eine gute Ausstattung der
1248 Veranstaltungsräumlichkeiten gewährleisten zu können und um mehr Platz-/ und
1249 Aufenthaltsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche zu schaffen plant die Stadtbibliothek
1250 Münster langfristige räumliche Anpassung, für die ebenfalls eine langfristige Finanzierung
1251 notwendig ist.

1252

1253 **Paul Gerhardt Haus**

1254 **Allgemeines**

1255 Das Jugendzentrum Paul Gerhardt Haus in Münster (auch PG Haus oder PG genannt) ist
1256 eines der zehn Jugendzentren im Bezirk Münster Mitte. Es befindet sich in Trägerschaft der
1257 ev. Erlöser- Kirchengemeinde und ist mit 600qm² das größte innerstädtische Jugendzentrum
1258 der Stadt. Das PG begann Mitte der 60er Jahre als Zusammenschluss verschiedener
1259 Kindergruppen aus dem dann über die Zeit ein richtiges Jugendzentrum wurde. Im Jahr 1982
1260 erfolgte dann der Umzug in die derzeitigen Räume. Früher arbeitete das PG Jugendzentrum
1261 nach dem Prinzip der Fürsorgeerziehung und es gab unter den Mitarbeitenden eine feste
1262 Hierarchie. Um die Arbeit des PG Jugendzentrums besser mit der Erlösergemeinde
1263 koordinieren zu gründen, gründete das Presbyterium einen Jugendausschuss mit jeweils 4
1264 Presbyter*innen und 4 stimmberechtigten Vertreter*innen der Jugendlichen, die
1265 hauptamtlichen Mitarbeiter*innen nahmen beratend teil. Ab 1992 wurde dann das Teamsystem
1266 für die Hauptamtlichen Mitarbeiter eingeführt. Von nun an waten die hauptamtlichen
1267 Mitarbeiter*innen für das, was sie in ihrem Bereich taten, selbst verantwortlich und alle sind in
1268 der Entscheidungsfindung gleichberechtigt. Formal wurde das System von der Landeskirche
1269 nach 10 Jahren beendet, inhaltlich arbeitet das Team allerdings weiter als im Team.
1270 Partizipation ist ein wesentliches Merkmal der Arbeit. So wurde während der Pandemie auch
1271 ein monatliches Plenum der Besucher*innen initiiert, indem alle wesentlichen Fragen des
1272 Hauses besprochen und mitentschieden werden. Die Angebote die das PG Jugendzentrum
1273 für Kinder und Jugendliche wöchentlich bereitstellt sind zahlreich und erstrecken sich von
1274 Improvisationstheater, Theaterprojekten, Musik, Rap und Tanz bis hin zu Koch-/ und
1275 Handwerksprojekten und Großveranstaltungen wie Konzerten, Theateraufführungen,
1276 Jamsessions und Tanzevents. Dennoch ist und bleibt der offene Bereich im Erdgeschoss des
1277 PG Jugendzentrums das Herzstück der Einrichtung. Es ist ein Ort der Begegnung und des
1278 Miteinanders aber auch der Ort, wo Kinder und Jugendliche auf der Vertrauensbasis der
1279 kontinuierlichen Beziehungsarbeit eine erste Beratung bei Sorgen und Problemen finden
1280 können. Für viele hilfsbedürftige Kinder und Jugendliche ist diese Beratung der erste Schritt
1281 zu einer Beratungsstelle, da sie als Erstberatung gedacht ist, aber nicht spezifisch fachliche
1282 Erstberatung ersetzen kann. Die Offenheit des offenen Bereiches wird besonders groß
1283 geschrieben. Alle Kinder und Jugendlichen sollen hier ungeachtet ihres Geschlechtes, ihrer
1284 Hautfarbe, ihrer Herkunft, ihrer sexuellen Identität und Orientierung und ihrer körperlichen oder
1285 geistig-seelischen Einschränkungen einen sicheren und gewaltfreien Ort haben. Diversität wird
1286 als Chance begriffen, nicht als etwas, was uns trennt, sondern als etwas, was uns neugierig
1287 aufeinander machen soll. Garantiert wird dies durch den unermüdlichen Einsatz der Haupt-/
1288 und Ehrenamtlichen Mitarbeiter sowie der Honorarfachkräften und diejenigen die hier ihr
1289 Praktikum und Praxissemester absolvieren.

1290

1291 Weitere große Themen der Jugendarbeit im PG Jugendzentrum sind: Die Arbeit mit Kindern
1292 und Jugendlichen, die während der Corona Pandemie durch das soziale Netz gefallen sind
1293 und nun wieder einen Platz brauchen um sich sozial ausleben zu können; die Arbeit mit
1294 geflüchteten Kindern und Jugendlichen, welche seit vielen Jahren alle großen
1295 Flüchtlingskrisen widerspiegelt (Kurdistan, Bosnien, Afghanistan, Afrika, Syrien und jetzt
1296 Ukraine) sowie die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen aus der Unter-/ und unteren
1297 Mittelschicht. Auch hier spielt die weit auseinandergehende Schere zwischen arm und reich
1298 zunehmend eine Rolle: das hiesige Kochangebot ist für viele eine wichtige warme Mahlzeit in
1299 der Woche.

1300

1301 Daneben stellen die Mitarbeitenden auch bei eher bildungsnahen jungen Menschen eine hohe
1302 Verunsicherung und große Zukunftsängste fest. Hervorgerufen ist dies durch die Klimakrise
1303 und das Gefühl der Ohnmacht gegenüber einer Welt in der die ungerechte Verteilung der
1304 Ressourcen als gegeben hingenommen wird.

1305

1306 **Forderungen**

1307 Natürlich hat, wie viele andere Jugendangebote, auch das PG Jugendzentrum unter der
1308 Corona Pandemie stark gelitten. Viele Veranstaltungen in und Angebote in fast allen Bereichen
1309 sind weggefallen. Dennoch ist das Hauptproblem des Paul Gerhardt Jugendzentrums von
1310 einer weitaus größeren und existenzielleren Natur: Das Paul Gerhardt Haus soll zum Januar
1311 2024 hin abgerissen werden. Die Gründe hierfür sind finanzieller und kirchenpolitischer Natur.
1312 Leider beträgt wegen der Finanzierungsschwierigkeiten der ev. Erlöser Kirchengemeinde die
1313 Größe des PG Jugendzentrums im geplanten Neubau nur um die rund 130qm². Eine
1314 Fortführung der derzeitigen Jugendarbeit mit all ihren diversen Angeboten ist unter diesen
1315 Bedingungen schlicht weg nicht mehr denkbar! Da für die Bauzeit ebenfalls drei Jahre
1316 eingeplant sind stellt sich für das PG Jugendzentrum die Frage wo es in der Übergangszeit
1317 unterkommen soll. Daher müssen zunächst für die Dauer der Bauzeit im innerstädtischen
1318 Bereich geeignete Räumlichkeiten gefunden werden in denen die Kinder und Jugendarbeit auf
1319 dem derzeitigen Niveau weitergeführt werden kann. Diese sollten nach Möglichkeit in einem
1320 Objekt angesiedelt sein und sich nicht auf unterschiedliche, in der Innenstadt verstreute
1321 Objekte aufteilen um so nicht die Einheit des PG Jugendzentrums zu gefährden. Weiterhin
1322 bleibt natürlich der Wunsch, dass das PG Jugendzentrum auch in den neuen Räumlichkeiten
1323 genügend Platz zugesprochen bekommt. Geld bleibt hierbei das größte Problem, sowohl die
1324 Ausweichräume als auch die gewünschte Aufstockung der neuen Räumlichkeiten müssen
1325 finanziert werden was im bestmöglichen Fall von städtischer Seite aus erfolgen sollte. An
1326 dieser Stelle würden die Jusos daher gerne auch auf die Aktion „Rettet das PG!“ hinweisen

1327 und die SPD Münster bitten dieser nach wie vor soweit wie möglich mit Rat und Tat
1328 beizustehen, in dem sie weiterhin gezielt bei der Suche nach Ausweichräumen sowie bei der
1329 Planung und Durchführung weiterer Aktionen zu unterstützend mitwirkt. Wir Jusos empfinden
1330 es als die Pflicht der Sozialdemokratie, einer Einrichtung wie das PG Jugendzentrum, in der
1331 seit 40 Jahren junge Menschen aus allen Schichten des Lebens ein soziales Zuhause neben
1332 der Schule und der Familie finden und die ein Ort ist, in dem sich Kinder und Jugendliche frei
1333 entfalten und zu besseren Menschen werden können, in dieser schwierigen Situation zu
1334 helfen. Sollte mit dem PG Jugendzentrum das größte innenstädtische Jugendzentrum
1335 wegfallen ohne dass sich die Politik einmischt, so wäre dies eine Zäsur in der Kinder und
1336 Jugendpolitik Münsters!

1337

1338 **Schlusswort**

1339 Die angesprochenen Beispiele zeigen leider nur einen kleinen Teil der umfassenden Kinder
1340 und Jugendangebote in Münster. Dadurch zeigen die leider auch nur ein kleiner Teil der
1341 Probleme, die die Kinder und Jugendangebote in Münster haben. Wir müssen davon
1342 ausgehen, dass die zahlreichen anderen Angebote sowohl unter den gleichen oder ähnlichen,
1343 als auch unter ganz anderen Problemen leiden. Nichtsdestotrotz und auch gerade deswegen
1344 ist es an der Zeit für die SPD Münster sich mit den beiden vorrangigen Problemen die sich
1345 durch die Recherche ergeben haben näher zu beschäftigen: Die Finanzierung und die
1346 mangelnde öffentliche Aufmerksamkeit für die Anliegen von Kindern und Jugendlichen
1347 einerseits und für die Angebote für Kinder und Jugendliche andererseits. In Fragen der
1348 Finanzierung sollte die SPD derzeitig unbedingt davon absehen im Rahmen der Kinder und
1349 Jugendpolitik neue, langwierige und finanzlasitge Projekte anzustoßen oder zu fördern. Wir
1350 müssen uns zunächst auf das konzentrieren was wir haben, um es nicht zu verlieren, bevor
1351 wir etwas neues aufbauen können! Ein neuer Abenteuerspielplatz zum Beispiel wäre zwar eine
1352 schöne Sache, aber wenn dadurch die Finanzierung beispielsweise eines Jugendzentrums
1353 oder einer Jugendbibliothek wegfällt empfinde ich dies nicht als einen Fortschritt in der Kinder
1354 und Jugendpolitik, sondern als einen Rückschritt! Da die derzeitigen Kinder und
1355 Jugendangebote der Stadt allerdings nicht nur ein weiterhin stabiles Budget sondern darüber
1356 hinaus in einzelnen Fällen auch eine Budgeterhöhung benötigen, sollte sich die SPD Münster
1357 für eine Erhöhung des Kinder und Jugendhaushaltes der Stadt stark machen. Um das Problem
1358 der mangelnden öffentlichen Aufmerksamkeit zu bekämpfen schlage ich dass die SPD
1359 Münster als ersten Schritt einen ständigen Ausschuss Kinder und Jugendpolitik ins Leben ruft,
1360 der im Auftrag der Partei den Kontakt mit dem Jugendrat, dem Jugendamt, den Kitas und
1361 Schulen, den Jugendzentren sowie allen anderen Anbietern von Angeboten für Kinder und
1362 Jugendliche der Stadt Münster sucht um sich derer Anliegen anzunehmen und um gemeinsam
1363 mit ihnen eine effektive sozialdemokratische Kinder und Jugendpolitik für Münster zu

1364 gestalten.

1365

1366 Quellen:

1367 • Jugendrat

1368 ◦ <https://jugendrat-muenster.de/> (Abgerufen am 05.07.2023)

1369 ◦ <https://www.allesmuenster.de/jugendrat-in-muenster/>

1370 • Taschengeldbörse:

1371 ◦ <https://www.taschengeldboerse-muenster.de/de/taschengeldboerse/das-projekt/>
1372 (Abgerufen am 05.07.2023)

1373 ◦ Telefonat mit Vertretern der Taschengeldbörse (geführt am 05.07.2023)

1374 • Jugendbibliothek

1375 ◦ Telefonat mit Verantwortlichem der Jugendbibliothek Emanuel Spiegelburg (geführt
1376 a, 06.07.2023)

1377 • Paul Gerhardt Haus

1378 ◦ Gespräch mit Gert Herrera

1379 **A8 Gefängnisse und Kriminalitätserfassung feministisch**
1380 **umbauen! Transformative Gerechtigkeit stärken!**

1381

1382 **Antragssteller*innen: Hannah Reith, Carlos Apel**

1383

1384 Das heutige Strafjustizsystem mit seinen verschiedenen Elementen ist durch seine historische
1385 Entwicklung durch reiche weiße Männer beeinflusst und dominiert. Dieses Sinnbild
1386 patriarchaler Machtausübung schlägt sich nieder in der Frage, was kriminalisiert wird, wie und
1387 von wem Strafverfolgung stattfindet und wie die Gesellschaft mit sozial konstruierter
1388 Kriminalität umgeht. Neben den Sicherheitsbehörden wie der Polizei stellen das karzerale
1389 Strafvollzugswesen und die Erfassung der darin behandelten Kriminalität zentrale und
1390 dringend zu reformierende Elemente des Strafjustizsystem dar.

1391 **Strafjustizsystem und Gefängnisse**

1392 Unsere geschlechtsspezifische Sozialisation reicht bis in das Kriminalitätsverhalten und das
1393 Strafvollzugswesen herein. Dieses ist binär organisiert und dabei besonders an der
1394 männlichen Norm orientiert, was zur Benachteiligung der Bedürfnisse von allen führt, die nicht
1395 männlich sind oder so gelesen werden. Der Anteil von weiblichen Personen an den
1396 Gefängnisinsassen in der Bundesrepublik Deutschland beträgt circa 6 %. Frauen begehen
1397 tendenziell weniger schwere Straf- und Gewalttaten als Männer, sodass sie auch überwiegend
1398 geringere Sanktionen und kürzere Haftstrafen verbüßen müssen. Durch ihren geringen Anteil
1399 und die kürzere Verweildauer sind die Bedingungen vor Ort oftmals nicht angemessen auf sie
1400 eingestellt. So leiden Frauen mehr unter der Zerrüttung der familiären Strukturen durch ihren
1401 Haftaufenthalt, was künftiges straffälliges Verhalten fördert. Bei Frauen ist der Anteil der
1402 Betäubungsmittelabhängigen mit circa der Hälfte größer als mit einem Drittel bei den Männern,
1403 ohne dass allerdings Betäubungsmittelabhängigkeit hier besonders thematisiert wird.
1404 Außerdem sind viele der weiblichen Inhaftierten Opfer von sexueller Gewalt oder sexuellen
1405 Übergriffen gewesen, sodass die Tendenz besteht, dass sie nach ihrer Entlassung wieder in
1406 gewalttätige Beziehungen zurück geraten. Hier braucht es dringend andere
1407 Unterstützungsangebote. Psychische Erkrankungen wie Depressionen und Suizidalität sind
1408 häufig eine Folge der Inhaftierung, sodass eine auf diese Bedürfnisse ausgerichtete soziale
1409 Unterstützung und Möglichkeiten zur Aufarbeitung von Traumata, sowie die Erarbeitung von
1410 konstruktiven Bewältigungsmechanismen nötig ist. Gerade das ist allerdings in
1411 Männeranstalten gar nicht der Fall. Schließlich wird auch die medizinische Versorgung nicht
1412 den realen Ansprüchen gerecht, da insb. die Regelungen zur Empfängnisverhütung,
1413 Abtreibungen und der Sterilisation ohne medizinische Indikation lückenhaft sind. Weiter

1414 beachtet das Strafjustizsystem nicht die doppelte Bestrafung von straffällig gewordenen
1415 Frauen, da diese einmal durch die Verurteilung an sich und zusätzlich noch durch die
1416 Verletzung der ihnen zugeschriebenen weiblichen Geschlechterrolle gesellschaftlich bestraft
1417 werden. Die Sanktionen durch die Verurteilung wirken daher umso stärker. Dies sollte im
1418 Strafmaß berücksichtigt werden.

1419 **Schutzräume nicht vorhanden - Trennungsgebote nicht umgesetzt**

1420 Oftmals werden die Trennungsgebote zwischen Untersuchungshaft und Strafvollzug,
1421 Erwachsenen- und Jugendhaft sowie Männer- und Frauenvollzug nicht eingehalten. Weibliche
1422 Inhaftierte waren in Deutschland in 45 Anstalten untergebracht, wobei es in Deutschland nur
1423 5 reine Frauen-Justizvollzugsanstalten gibt. Das bedeutet, dass weniger als die Hälfte der
1424 weiblichen Inhaftierten in reinen Frauenanstalten untergebracht ist und ein Großteil ihre
1425 Strafen in gesonderten Frauenabteilen von Männeranstalten verbüßt. Doch auch die Anzahl
1426 an Männeranstalten, die bundesweit Frauen aufnehmen, reicht nicht aus, sodass der
1427 Frauenvollzug bundesweit überbelegt ist und die Frauen nicht wohnortnah untergebracht
1428 werden können. Die große Entfernung zum Wohnort stellt ein Hindernis sowohl bei der
1429 Kontaktaufrechterhaltung mit der Familie und Freund*innen, als auch bei der
1430 Entlassungsvorbereitung dar. Durch die große Distanz ist es bei Vollzugslockerungen
1431 schwieriger, Besuche Zuhause abzustatten und es wird bei der Wiedereingliederung auf große
1432 Distanz schwieriger, sich eine neue Arbeitsstelle zu suchen. Das steht dem
1433 Resozialisierungsziel des Strafvollzugs gemäß § 1 S. 1 StVollzG NRW entgegen und
1434 benachteiligt Frauen* damit mit Blick auf ihre Wiedereingliederung in die Gesellschaft und
1435 zurück in ein Leben in sozialer Verantwortung und ohne Straftaten.

1436 **Arbeits- und Ausbildungssituation**

1437 Bezüglich der Arbeits- und Ausbildungssituation ergeben sich weitere Besonderheiten: Viele
1438 befinden sich tendenziell in einer sozio-ökonomischen ungünstigeren Lage, verfügen über keine
1439 abgeschlossene Berufsausbildung, weisen einen höheren Anteil an
1440 Sozialhilfeempfängerinnen und damit auch eine niedrigere Beschäftigungsquote auf. Das
1441 Ausbildungsangebot ist gerade in kleineren Haftanstalten meist auf klassische Frauenberufe
1442 beschränkt. Ebenfalls sind die Chancen durch ihren Lebenslauf und die Haft auf dem
1443 Arbeitsmarkt erheblich eingeschränkt, wenn mancherorts nur Ausbildungsberufe zur Köchin,
1444 Friseurin oder Modenäherin möglich sind, die als schlecht bezahlte Berufe kaum Perspektive
1445 für ein finanziell abgesichertes Leben außerhalb der Haft bieten. Des Weiteren sind die
1446 Beschäftigungsmöglichkeiten insgesamt unzureichend, wodurch die Frauen
1447 beschäftigungslos bleiben und nicht die Chance haben, ihre Schulden zu tilgen oder sich
1448 Rücklagen aufzubauen. Gänzlich aus dem Raster fallen diejenigen Frauen, deren Haftzeit zu

1449 kurz für die Wahrnehmung eines Ausbildungsangebots ist, oder die wegen ihres zu geringen
1450 Bildungsniveaus nicht für die Teilnahme geeignet sind. Hier braucht es bessere Bildungs- und
1451 Hilfsangebote, welche sich auch auf die Bereiche von psychosozialer Beratung erstrecken
1452 sollten. Frauen werden häufig wegen straffälliger männlicher Partner ebenfalls straffällig. Ein
1453 Strafjustizsystem muss dafür sorgen, dass Menschen, welche mit diesen in Berührung
1454 kommen, nicht in die gleichen negativen Abhängigkeitsverhältnisse geraten.

1455 **Gefängnisse mit zweifelhafter Legitimität und Nutzen**

1456 Es kann kein Antrag zum Strafjustizsystem gestellt werden, ohne eine grundsätzliche Kritik an
1457 Gefängnissen miteinzubeziehen. Gefängnisse sind der ultimative Ausdruck des staatlichen
1458 Gewaltmonopols, jedoch mit zweifelhafter Legitimität. Menschen in Gefängnissen sind der
1459 staatlichen Gewaltausübung schutzlos ausgeliefert und sind dabei einem massiven
1460 Machtgefälle unterworfen, in welchem sich Rassismen und Sexismen wiederfinden. Zudem
1461 tritt der Staat selbst häufig als Täter auf, bspw. in Fällen von Polizeigewalt gegen BIPOC.
1462 Gerade Konservative sehen in Gefängnissen ein Mittel gegen sexualisierte Gewalt aufgrund
1463 einer angeblichen Präventiv- bzw. Abschreckungswirkung. Allerdings ist diese weitgehend
1464 widerlegt und damit auch kein ausreichender Legitimationsgrund. Im Gegenteil besteht ein
1465 empirisch belegtes erhöhtes Risiko, im Gefängnis sexualisierte Gewalt zu erfahren. So zeigen
1466 Erhebungen in den USA, dass die Wahrscheinlichkeit, Opfer sexualisierter Gewalt zu werden,
1467 im Gefängnis fast 30-mal höher ist als außerhalb. Dabei wird ein Großteil der Übergriffe durch
1468 die Wärter*innen begangen. Die Vergewaltigungen zwischen Männern im Gefängnis dienen
1469 nicht primär der sexuellen Befriedigung, sondern sind Ausdruck der vorherrschenden
1470 gesellschaftlichen Misogynie. Vorstellungen wie "jemanden zur Frau machen" und die damit
1471 verbundene Sicherung von Machtpositionen kommen hier zum Tragen. Darüber hinaus sind
1472 Sicherheitsbehörden wie Polizei und Justizvollzugsanstalten patriarchale Organisationen und
1473 können damit keine wirksamen Mittel zur Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt
1474 sein. Die Effektivität der Gefängnisse als Mittel gegen sexualisierte Gewalt ist auch vor dem
1475 Hintergrund, dass nur 0,38 % aller Sexualstraftaten zu einer Freiheitsstrafe ohne Bewährung
1476 führen, sehr fraglich. Das primäre Ziel der Sicherung der gewaltausübenden Person wird also
1477 kaum erfüllt, sondern das Problem nur in den Haftkontext verschoben.

1478 **Gefängnis als Mittel zur Herstellung von Gerechtigkeit**

1479 Darüber hinaus werden mit der Fokussierung eines Strafjustizsystems auf Gefängnisse und
1480 Einzelverurteilungen zentrale Bedürfnisse der Betroffenen missachtet und es kommt zu einer
1481 Individualisierung der Täter*innen. Zentral für die Verarbeitung des Erlebten ist die
1482 Anerkennung der Schuld durch die Täter*innen und die Entschuldigung und Reue gegenüber
1483 der Betroffenen und Opfer. Dies ist ohne Geständnis aber kaum möglich, was wiederum die

1484 Verurteilung garantieren würde und daher nur selten passiert. Die Herbeiführung von
1485 Gerechtigkeit für die Betroffenen und Opfer spielt nur eine untergeordnete Rolle. Opfer dienen
1486 der Strafverfolgung maximal als Beweismittel in Form von Zeug*innenaussagen. Erneut wird
1487 das Patriarchat als grundlegende Ursache für geschlechtsspezifische Gewalt nicht
1488 mitbetrachtet und verliert somit auch an gesellschaftspolitischer Aufmerksamkeit. Das
1489 Gewaltnarrativ einzelner Vorfälle physischer Gewalt gewinnt gegenüber dem eigentlich
1490 ursächlichen, sozialisierten mangelnden Kontrollverhalten und misogynen Praxis. Eine
1491 Verhaltensänderung bei der gewaltausübenden Person wird nicht angestoßen. Eine solche
1492 würde individuell einer wiederholten Gewaltausübung vorbeugen und strukturell die
1493 patriarchale Gewalt produzierenden Wirkungsmechanismen anerkennen und diesen
1494 entgegenwirken. Ein Strafjustizsystem, welches diese zentralen Punkte außer Acht lässt, kann
1495 und darf nicht bestehen bleiben. Eine feministische Umstrukturierung ist alternativlos.

1496 **Abolitionismus, Transformative Gerechtigkeit und Forderungen**

1497 Gehalte der Abolitionismus-Bewegung und der transformativen Gerechtigkeit sind demnach
1498 im Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt deutlich vorzugswürdiger. So braucht es einen
1499 Ausbau des sog. Täter-Opfer-Ausgleichs. Weitere - auch gesellschaftliche - Maßnahmen der
1500 Verantwortungsübernahme und Verhaltensänderung der gewaltausübenden Personen sind
1501 unabdingbar. Es geht hierbei darum, nicht-staatliche Institutionen und Räume für eine
1502 gesellschaftliche Verantwortlichkeit und Rechenschaftspflicht für entstandene Verbrechen zu
1503 schaffen. Die Unabhängigkeit von einer staatlichen patriarchalen Schutzmacht ist notwendig,
1504 um den liberalen negativen Schutzbegriff abzulegen und tatsächliche positive Sicherheit
1505 herstellen zu können. In diesem Kontext muss "Defund and disarm the Police" Maßgabe
1506 innenpolitischer Politik sein. Mit den freiwerdenden Mitteln sind psychosozialen
1507 Beratungsstellen und Notdienste, Sozialarbeiter*innen, Bildungseinrichtungen, Hausprojekte,
1508 Frauenhäuser und insb. der Aufbau von Strukturen transformativer Gerechtigkeit zu fördern.
1509 Andere Maßnahmen außerhalb des Strafjustizsystem wie bezahlbare Mieten, günstige
1510 Lebensmittel und soziale Gerechtigkeit stellen tatsächliche Sicherheit her und müssen als
1511 solche stärker verfolgt werden.

1512 Die Umstrukturierung und teilweise Auflösung des bestehenden Strafjustizsystems ist
1513 notwendig, da das jetzige karzerale System gesellschaftliche, strukturelle
1514 Diskriminierungsformen sowie Macht- und Gewaltverhältnisse zulässt und gleichzeitig an einer
1515 falschen Vorstellung von sicherheitsschaffenden Maßnahmen festhält. Gleichzeitig
1516 verschlimmern sich die bestehenden Verhältnisse, da das bestehende patriarchale,
1517 kapitalistische und rassistische System Kriminalitätsgründe reproduziert und vermehrt. Daher
1518 fordern wir neben kurzfristigen Mindeständerungen eine grundlegende Reform:

- 1519 • besondere Schutzräume für Menschen außerhalb des heteronormativen Systems

- 1520 ● umfassende soziale, finanzielle, psychische und gesundheitliche Unterstützung und
1521 Versorgung von Frauen in und nach der Haft in Form von Beratungs- und
1522 Therapieangeboten für Sucht- und andere psychische Erkrankungen
- 1523 ● verbesserte, auf die Bedürfnisse der Inhaftierten abgestimmte Haftbedingungen:
 - 1524 ○ Ausbau von Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten mit der Chance auf
1525 echte wirtschaftliche Unabhängigkeit, auch für kurzfristige Aufenthalte
 - 1526 ○ Einhaltung der Trennungsgebote zu männlichen Inhaftierten, zwischen
1527 verschiedener Schweregraden von Straftaten und Alter der Inhaftierten
 - 1528 ○ Besondere Aufenthalts- und Begegnungsräume, welche auch Kinder gerecht
1529 ausgestaltet sind
 - 1530 ○ Wohnortnahe Unterbringungsmöglichkeiten, auch in anderen Modellen als der
1531 klassischen Haftanstalt
 - 1532 ○ Finanzielle Unterstützung und infrastrukturellen Ausbau der
1533 Besuchsmöglichkeiten
- 1534 ● Grundlegendes Umdenken in der Nutzung von Gefängnissen und eine
1535 gesellschaftliche Debatte über den Umgang mit Kriminalität nach abolitionistischer
1536 Vorstellung
- 1537 ● Umbau und Ergänzung des Strafjustizsystems nach Ansätzen transformativer
1538 Gerechtigkeit, insb. durch Umverteilung finanzieller Mittel
- 1539 ● Verteilung der Finanzmittel zugunsten von Beratungsangeboten und
1540 zivilgesellschaftlichen Schutzräumen und damit ein Fokus auf nachhaltige Prävention
1541 statt reaktive Repression
- 1542 ● Schaffung zivilgesellschaftlicher Institutionen kollektiver Verantwortlichkeit zur
1543 Beendigung geschlechtsspezifischer Gewalt

1544 Kriminalstatistiken

1545 **Verdunkelungsgefahr: Die Schwächen verzerrter Hellfelddaten**

1546 Kriminalstatistiken nehmen in unserem Rechtsstaat eine machtvolle Position ein. Sie sind
1547 Grundlage für zentrale und wirkungsstarke innen- und sozialpolitische Entscheidungen und
1548 haben eine massive mediale und gesellschaftliche Aussagekraft und Rezeption. Damit
1549 beeinflussen sie auch den politischen Meinungsbildungsprozess. Wenn in Medien und Politik
1550 von Statistiken die Rede ist, wird sich oft auf sogenannte Hellfelddaten wie die Polizeiliche
1551 Kriminalstatistik (PKS) bezogen. Diese wird im Bund vom Bundeskriminalamt (BKA)
1552 herausgegeben und bietet einen Überblick über die in Deutschland jährliche registrierte
1553 Kriminalität. Und hier beginnen bereits die ersten Probleme: Weil die Hellfeldstatistiken wie die
1554 PKS nur die polizeiliche registrierte, also bekannt gewordene Kriminalität abbilden, lassen sich

1555 aus ihr schwerlich Verallgemeinerungen für die tatsächliche Verbreitung bestimmter Delikte
1556 ableiten. Schätzungsweise decken die offiziellen Kriminalstatistiken nur 70-80 % der
1557 begangenen Straftaten ab. Neben der Tatsache, dass Hellfeldstatistiken demnach nie
1558 repräsentativ für die Gesamtheit der Straftaten sind und ein geringeres Kriminalitätsausmaß
1559 als das tatsächliche suggerieren, sind die dort erfassten Daten in ihren Proportionen
1560 hinsichtlich der Deliktsarten und bestimmten Bevölkerungsgruppen verschiedenen
1561 Verzerrungsfaktoren unterworfen:

1562 **Anzeigenerstattung - Wer zeigt Straftaten an und welche werden angezeigt?**

1563 Geschlechtsspezifische und häusliche Gewalt, Missbrauch von Kindern, behinderten und
1564 älteren Menschen sind in den offiziellen Statistiken stark unterrepräsentiert! Um in der PKS
1565 aufzutauchen, muss zunächst die Ermittlungsbehörde Kenntnis von der Straftat erlangen. Das
1566 tut sie in 90% der Fälle nicht durch eigene Ermittlungen, sondern durch die Erstattung einer
1567 Anzeige. Dabei hängt die Anzeigebereitschaft in der Gesellschaft maßgeblich von den Straf-
1568 und Kriminalitätseinstellungen, die wiederum ihrerseits von Vorurteilen und Sozialisation, der
1569 öffentlichen Kriminalitätsdiskussion sowie der Beziehung zwischen Täter*in und Opfer ab. Die
1570 Gründe, warum zahlreiche Delikte nicht angezeigt werden, sind vielseitig und erfordern
1571 politisches Handeln.

1572 Zum einen wirken enge persönliche, soziale oder organisatorische Beziehungen selbst bei
1573 schweren Delikten wie Gewalt- oder Sexualdelikten hindernd für eine Anzeige, sodass das
1574 Hellfeld hier kaum Aufschluss über den tatsächlichen Umfang geben kann. Dies sind Delikte
1575 die vor allem FINTA*-Personen betreffen. Die gewalttätige Person übt typischerweise Kontrolle
1576 und Macht über das Opfer aus. Insb. ist dies der Fall bei Misshandlung älterer Menschen oder
1577 Kindern, sexualisierter und häuslicher Gewalt. Gründe dafür finden sich auch in der
1578 langanhaltenden Trennung der privaten und öffentlichen Sphäre: Das, was zuhause in der
1579 kapitalistischen Kleinfamilie passiert, bleibt zuhause. Hier ließe sich auch aus Perspektive
1580 transformativer Gerechtigkeit über andere gemeinschaftlich-orientierte Wohnkonzepte als
1581 Mittel gegen geschlechtsspezifische Gewalt nachdenken.

1582 Institutionell stellt die Polizei als Ort der Anzeigenerstattung hinsichtlich ihrer patriarchalen
1583 Organisation keinen sicheren Raum für Betroffene von geschlechtsspezifischer bzw.
1584 sexualisierter Gewalt dar. Die Angst davor, dass den eigenen Schilderungen nicht geglaubt,
1585 sie abgetan oder relativiert werden oder eine Partizipation an dem strafrechtlichen
1586 Aufklärungsprozess erneut traumatisierende Wirkung haben kann, hemmt die
1587 Anzeigebereitschaft gerade der Opfer sexualisierter Gewalt und Hassverbrechen. Hier
1588 müssen umfangreiche Schulungen der Polizeibeamt*innen im Dienst stattfinden und der
1589 Umgang mit Opfern geschlechtsspezifischer Gewalt und Hassverbrechen fester Bestandteil in
1590 der Ausbildung werden und geschulte Beamt*innen schnell verfügbar sein. Zudem wirkt sich

1591 ein berechtigtes fehlendes Vertrauen in die Unterstützung und Konsequenzen durch
1592 Strafjustizsystem, Polizei und Gesellschaft hemmend auf die Anzeigenerstattung aus. Selbst
1593 im Hellfeld liegt die Verurteilungsrate bei nur 10 % der angezeigten Sexualstraftaten. Von den
1594 verurteilten Fällen kommt es zudem nur in 2 % zu einer Freiheitsstrafe ohne Bewährung. Im
1595 Kontext des Dunkelfeldes folgt also auf nur 0,38% aller Sexualstraftaten eine Freiheitsstrafe
1596 ohne Bewährung. Ein weiterer Aspekt ist die Angst vor öffentlicher Verurteilung und vor den
1597 Konsequenzen, wenn eine Verurteilung ausbleibt.

1598 **Anzeigenregistrierung - Wie geht die Polizei mit Anzeigen um?**

1599 Auch der Vorgang der Registrierung durch die Ermittlungsbehörde verzerrt die Daten.
1600 Faktoren wie Ressourcenmangel, politischer Druck oder individuelles Ermessen der
1601 Polizeibeamt*innen beeinflussen die Erfassungspraktiken und den Ermittlungsnachdruck. Bei
1602 der Aufnahme und Verfolgung von Straftaten kommt der Polizei ein enormer
1603 Entscheidungsspielraum zu, da die Registrierung und Bewertung von Kriminalität stets in
1604 einem Zuschreibungsprozess steht bzw. den individuellen Welt- und Wertvorstellungen der
1605 Beamt*innen unterworfen ist. Daraus ergeben sich für die Entstehung und Verfolgung eines
1606 Anfangsverdachts Einfallstore für Diskriminierungen von Minderheiten: Umfangreich durch
1607 aktuelle Dunkelfeldstudien belegte rassistische, sexistische, queerfeindliche oder klassistische
1608 Einstellungen innerhalb der Polizei und Staatsanwaltschaft können den Registrierungsprozess
1609 also wesentlich beeinflussen. So wirkt sich die Idee des kriminologisch beschriebenen “echten”
1610 Opfers mit zutiefst sexistischen Vorstellungen aus: Das ideale Opfer darf keine soziale oder
1611 verwandtschaftliche Verbindung zur gewaltausübenden Person aufweisen und keine
1612 “Mitverantwortlichkeit” für die Tat bspw. durch das Tragen kurzer Kleidung haben. Betroffene,
1613 die nicht den gesellschaftlichen Ansprüchen eines solchen Opfers entsprechen, machen
1614 häufig retraumatisierende Erfahrungen in Behörden und Strafverfahren sowie außerhalb des
1615 Strafjustizsystems.

1616 **Ermittlungsverhalten - Wie und wonach wird ermittelt?**

1617 Für die angesprochenen 10 % der Delikte, die der Polizei durch eigene Ermittlungen bekannt
1618 werden, ist ein weiterer verzerrender Faktor relevant: der konkrete Einsatz der
1619 Ermittlungsressourcen der Polizei. Insb. Deliktsfelder, die häufig Gegenstand des politischen
1620 Diskurses sind, werden dabei schwerpunktmäßig ermittelt. Bereiche wie die Organisierte
1621 Kriminalität, Drogenkriminalität oder Politisch Motivierte Kriminalität haben damit ein deutlich
1622 größeres Hellfeld als geschlechtsspezifische Gewalt. Ganz erkennbar findet sich diese
1623 politische Priorisierung bei der von NRW-Innenminister Reul angeordneten rassistischen
1624 Verfolgung sog. “Clan-Kriminalität”: Staatliche Gewaltausübung für das eigene
1625 Wähler*innenklientel auf Kosten von migrantisierten und rassifizierten Menschen. Diese

1626 Disproportionalität hat massive Folgen: Wenn bestimmte Deliktsbereiche oder bestimmte
1627 Bevölkerungsgruppen von den Statistiken überproportional erfasst werden, beeinflusst dies
1628 wiederum den Einsatz der polizeilichen Ressourcen und die strategische Ausrichtung. Dies
1629 führt dann zu einer Behandlung von gesellschaftlichen Problemen wider der Realität und
1630 beeinträchtigt die Wahrnehmung und Reaktion von Staat und Gesellschaft in Bezug auf die
1631 Verbreitung bestimmter Kriminalitätsphänomene wesentlich. Es bildet sich ein sich selbst
1632 legitimierender Kreislauf: Die politisch vorgegebene Stoßrichtung beeinflusst die Ermittlungen
1633 und damit für die Kriminalstatistiken, welche wiederum die medialen wie politischen Debatte
1634 um bestimmte Kriminalitätsfelder befeuern. Diese wird seitens der Politik Grundlage eines
1635 noch härteren Vorgehens. Zudem wird erneut eine falsche Neutralität der polizeilichen Arbeit
1636 und der Kriminalstatistiken konstruiert. Erstere steht in großer Abhängigkeit, die bspw. von
1637 Reul vorgegebene Ziele zu erreichen, um Finanzierung, Ausstattung und
1638 Kompetenzausweitung zu sichern. Die Unterrepräsentation von geschlechtsspezifischer
1639 Gewalt in den Kriminalstatistiken und in der Priorisierung der Ermittlungsschwerpunkte sind
1640 Sinnbild für die mangelnde Rezeption des Strafjustizsystems von dem Wirkungsmechanismus
1641 hinter dieser Gewalt: Geschlechtsspezifische Gewalt zielt auf die Erhaltung von Macht und
1642 Kontrolle ab. Diese patriarchale Perspektive greift deutlich zu kurz und verkennt die Realität.

1643 **Jahrelanger Missbrauch als eine Straftat? - Kategorisierung von Hellfelddaten**

1644 Auch die Art und Weise, wie Straftaten im Hellfeld kategorisiert und definiert werden, verzerrt
1645 die Wirklichkeit: Das starre Kategoriensystem mag Vergleichbarkeit in Zeit und Raum, also
1646 über Jahre und Bundesländer, schaffen, stellt aber einzelne Kriminalitätsphänomene
1647 undifferenziert und verkürzt dar oder hebt andere ohne sachlichen Grund besonders hervor.
1648 So werden wiederholte, jahrelange Missbrauchsfälle in der Statistik als ein bekannt
1649 gewordenes Sexualdelikt abgebildet. Die tatsächliche Anzahl an Gewalttaten wird damit bis
1650 zur Unkenntlichkeit verschleiert. Dass offizielle Hellfeldstatistiken und Lagebilder, die sog.
1651 Clankriminalität gegenüber sonstigen organisierten Kriminalitätsstrukturen gesondert und
1652 ausdrücklich allein anhand ethnisierender Merkmale wie einer türkisch-arabischen
1653 Abstammung darstellen und dabei bestimmte Familiennamen als Recherchestrategie nutzen,
1654 zeigt, dass schon die vorgegebenen Kategoriensysteme der Hellfelderfassung eine politische
1655 patriarchale und rassistische Agenda verfolgen. Wenn wie hier schon vom Ansatz her
1656 rassistische Kategoriensysteme aufgestellt werden, statt objektive, verhaltensbezogene
1657 Variablen zur Ausgangslage von Erfassung und Verfolgung organisierter Strukturen zu
1658 machen, werden ganze Bevölkerungsgruppen aus rassistischen Motiven unter
1659 Generalverdacht gestellt und polizeiliche Ressourcen für eine mindestens fragwürdige
1660 politische Agenda verpulvert. In dem das Landeskriminalamt NRW ein gesondertes Lagebild

1661 zum vermeintlich eigenständigen Kriminalitätsphänomen der sog. Clans herausgibt,
1662 reproduziert es also Stereotype und wirkt auf den gesellschaftspolitischen Diskurs ein.

1663 **Licht ins Dunkel bringen - Dunkelfeldstudien und Forderungen**

1664 Ein Licht ins Dunkel bringen von polizeilicher und politischer Seite stark vernachlässigte
1665 Dunkelfeldstudien. Diese umfassen Opfer-, Täter*innen- und Expert*innenbefragungen.
1666 Vorteile dieser Erhebungsweise sind bei repräsentativer Stichprobe die
1667 Verallgemeinerungsfähigkeit und die Erfassung von Erklärungszusammenhängen, die einen
1668 differenzierteren, ursachenbezogenen Umgang mit Kriminalität erlauben. Optimalen Falls wird
1669 Dunkelfeld-Forschung umfassend und über einen langen Zeitraum betrieben und liefert damit
1670 ein ergänzendes Korrektiv der offiziellen Statistiken, insb. im Bereich von Deliktsfeldern, die
1671 von der PKS schlecht erfasst werden, wie sexueller Missbrauch oder geschlechtsspezifische
1672 und häusliche Gewalt. Zusammengefasst in aller Deutlichkeit: Hellfeldstatistiken sind verzerrt,
1673 nicht-repräsentativ, beeinflussbar, beeinflussend und undifferenziert. Wir fordern daher:

- 1674 ● Eine sachgerechte Interpretation und Rezeption aller empirischen Daten, statt
1675 populistischer Instrumentalisierung verzerrter Hellfelddaten
- 1676 ● Die Berücksichtigung von Dunkelfeldstudien, statt die alleinige Zugrundelegung
1677 polizeilich erfasster Daten
- 1678 ● Die finanzielle Förderung und Berücksichtigung bestehender wissenschaftlicher
1679 Erkenntnisse, statt symbolpolitische Pläne über neue, eigene Studien in bereits seit
1680 Jahrzehnten gut erforschten Kriminalitätsbereichen
- 1681 ● Die Förderung feministischer Kriminologie zur Aufdeckung unterdrückender und
1682 patriarchaler Strukturen im Strafjustizsystem, statt die Reproduktion sozial-
1683 konstruierter Geschlechterrollen im Kriminalitätskontext
- 1684 ● Den Abbau vorverurteilender Einstellungen und anzeigehemmenden Verhaltens bei
1685 den Anzeigebehörden durch gesonderte Schulungen und Weiterbildungen, statt
1686 struktureller Billigung der Suche nach "Mitverantwortlichkeit" der Opfer
- 1687 ● Die Ausrichtung kriminalpolitischer Initiativen nach repräsentativen (Dunkelfeld-) Daten
1688 der Wissenschaft, statt unreflektierter Law-and-Order-Politik
- 1689 ● Differenzierte, objektive Erfassungsmethoden/-kriterien innerhalb der polizeilichen
1690 Statistiken und Lagebilder, statt diskriminierender, politisch aufgeladener Variablen,
1691 bspw. durch die Erfassung von Missbrauchszeiten und Umfang von häuslicher und
1692 geschlechtsspezifischer Gewalt
- 1693 ● Eine Fehlerkultur in staatlichen Behörden wie der Polizei, die sachliche, seriöse und
1694 evidenzbasierte Kritik zulässt oder bestenfalls wünscht, statt jedes kritische Wort als
1695 "Angriff auf die Polizei" oder "Polizei-Bashing" abzuwehren.

- 1696
- 1697
- Die breite Aufstellung von Ermittlungsschwerpunkten, statt rassistischer Verfolgung von "Clan-Kriminalität"

1698 **A9 Gute Besserung an das Gesundheitssystem! - Für eine**
1699 **solidarische und faire “Revolution” im Gesundheitswesen**

1700

1701 **Antragsteller*innen: Lucy Eggert, Chris Dobbrunz, Adrian Buchwald**

1702

1703 **Die halbherzige “Gesundheitsrevolution” der Bundesregierung**

1704 Seit 2004 rechnen die Kliniken auf Basis sogenannter diagnosebezogener Fallpauschalen ab.
1705 Basierend auf der Diagnose, dem Schweregrad der Erkrankung sowie der erbrachten
1706 Leistungen (Operationen und Prozeduren) werden Patient*innen in Fälle eingeteilt. Manche
1707 Behandlungen bringen den Kliniken mehr Geld ein als andere. Das wirkt sich negativ auf die
1708 Behandlungsqualität aus. Es kommt vermehrt zur gefährlichen Übertherapie sowie
1709 Unterversorgung von Patienten*innen. Außerdem hat der Kostendruck zu einer dramatischen
1710 Unterbesetzung in der stationären Krankenpflege beigetragen. Weil Klinikmanager*innen an
1711 die Pauschalen gebunden sind und sie, wenn möglich, nicht überschreiten wollen, sparen sie
1712 häufig bei der Belegschaft, dem größten Posten in der Kalkulation. Das Fallpauschalen-
1713 System bestraft also eine gute Personalbesetzung mit Verlusten und belohnt eine
1714 Unterbesetzung mit Gewinnen.

1715 Inzwischen gibt es nahezu einen Konsens, dass eine grundlegende Reform des Systems nötig
1716 ist. Vor wenigen Tagen haben sich Bund und Länder auf Eckpunkte der geplanten
1717 Krankenhausreform geeinigt. Im Kern geht es darum das Vergütungssystem zu verändern.
1718 Statt den bisher üblichen Fallpauschalen sollen die Kliniken künftig einen großen Anteil der
1719 Vergütung für das Vorhalten von Personal, Technik, Notaufnahmen und anderen
1720 Leistungsangeboten bekommen. Grundlage der Finanzierung durch die Krankenkassen sollen
1721 genauer definierte Leistungsgruppen (Level) der Kliniken sein. Diese Level sollen einheitliche
1722 Qualitätsvorgaben etwa bei der Ausstattung, bei Personal und Behandlungserfahrungen
1723 absichern. Das bedeutet, dass eine Einordnung des Kliniknetzes in Stufen erfolgen soll - von
1724 der wohnortnahen Grundversorgung über eine zweite Stufe mit weiteren Angeboten bis zu
1725 Maximalversorgern wie Universitätskliniken.

1726 Aus der Profession Pflege kommt scharfe Kritik an den Plänen. Aspekte der pflegerischen
1727 Versorgung sind bislang in der Krankenhausreform nicht berücksichtigt worden. Die Pflege
1728 erscheint wie bereits im Fallpauschalen-System lediglich als Kostenfaktor. Auch die
1729 Ausbildungskapazitäten drohen in zahlreichen Krankenhäusern wegzubrechen, denn in den
1730 untersten Versorgungsleveln der Krankenhäuser gehört das Angebot von
1731 Pflegeausbildungsplätzen, laut Plan, nicht dazu. Das ist fatal, da es aufgrund des allseits
1732 bekannten Pflegenotstands dringend nötig wäre, so viele Ausbildungsplätze wie möglich zu
1733 schaffen. Außerdem wäre die Krankenhausreform eine gute Gelegenheit gewesen, die

1734 Ausbildung von Pflegenden zu verbessern, damit Abbruchquoten von 30% endlich der
1735 Vergangenheit angehören.

1736

1737 **Pflegeausbildung und Pflegestudium - effektives Lernen und Lehren** 1738 **ermöglichen**

1739 Das Pflegeberufegesetz (PflBG)¹, das überwiegend zum 1. Januar 2020 in Kraft trat, sorgte
1740 für die Zusammenfassung der ehemals drei Ausbildungswege der Altenpflege, der
1741 Gesundheits- und Krankenpflege sowie der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege zu einem
1742 einheitlichen Ausbildungsberuf. Dieses Modell der sog. *Generalistischen Pflegeausbildung* soll
1743 den Pflegeprozess in den verschiedenen Bereichen in den Mittelpunkt stellen und den
1744 Berufseinsteiger*innen umfangreiche Einblicke in die verschiedenen Pflegebereiche bieten.
1745 Zudem sollen Kompetenzen zur Pflege von Menschen aller Altersgruppen und in allen
1746 Versorgungsbereichen, also in Krankenhäusern, stationären Pflegeeinrichtungen und in der
1747 ambulanten Pflege, vermittelt werden. Azubis dürfen nunmehr als Pflegefachpersonen über
1748 den Pflegeprozess entscheiden und diese Aufgabe nicht delegieren.² In diesem Zuge musste
1749 die Ausbildung komplett neu organisiert werden.

1750 Azubis oder Studierende in der Pflege sind schon früh intensiv in den Arbeitsalltag auf den
1751 Stationen eingebunden, denen sie zugewiesen sind. Das PflBG sieht mehr Anleitung vor als
1752 vor der Reform: Auszubildende müssen in jedem Einsatz mindestens 10 Prozent ihrer
1753 Einsatzzeit von Praxisanleiter*innen begleitet werden.³ Wenn Betriebe diese Vorgabe nicht
1754 erfüllen, dürfen sie grundsätzlich nicht mehr ausbilden.⁴ Während dies grundsätzlich frühe
1755 Praxisnähe und Arbeit mit den Patient*innen sicherstellt, kommt intensives Lernen oftmals zu
1756 kurz. Die Praxisanleiter*innen haben oft nur sporadisch freie Kapazitäten, um Dinge in Ruhe
1757 zu erklären. Sie befinden sich im Spagat zwischen ihrer Station und der Anleitung der Azubis.⁵
1758 Die Folge ist, dass die Pflegeanwärter*innen schon sehr früh im Studiums- und
1759 Ausbildungsverlauf auf sich allein gestellt sind und schnell eine große Verantwortung tragen.
1760 Das trägt dazu bei, dass sich viele junge Menschen beim Berufseinstieg unsicher fühlen und
1761 Angst haben, etwas falsch zu machen.

¹ Gesetz über die Pflegeberufe vom 17.07.2017 (BGBl. I S. 2581).

² Pflegekammer Kompakt - Das Magazin der Landespflegekammer Rheinland-Pfalz, Ausgabe 31, Dezember 2022, S. 25.

³ Vgl. § 6 Abs. 3 S. 3 PflBG.

⁴ Pflegekammer Kompakt - Das Magazin der Landespflegekammer Rheinland-Pfalz, Ausgabe 31, Dezember 2022, S. 28.

⁵ Pflegekammer Kompakt - Das Magazin der Landespflegekammer Rheinland-Pfalz, Ausgabe 31, Dezember 2022, S. 35.

1762 Eine zukunftsfähige und attraktive Ausbildung bzw. ein Studium in der Pflege muss es jungen
1763 Menschen ermöglichen, ohne immensen Leistungsdruck das Handwerkszeug (sowohl
1764 medizinisch-fachlich als auch im sozialen Umgang mit den Betreuten und ihren Angehörigen)
1765 erlernen und erproben zu können. Wir Jusos fordern neben der Freistellung von
1766 Praxisanleiter*innen aus ihrem regulären Dienst für die Zeit der Anleitungen einen vollen
1767 Lohnausgleich. Die Weiterbildung zur Praxisanleitung kommt momentan noch nicht mit einer
1768 automatisch höheren Vergütung einher. Das muss sich dringend ändern, um
1769 Praxisanleiter*innen und damit auch Azubis und Studierende in der Pflege zu entlasten.

1770 Voraussetzung für ein effektives Lernen ist ferner eine angemessene Gruppengröße für
1771 Praxisanleitungen. Werden mehr als drei Azubis oder Studierende gleichzeitig instruiert,
1772 besteht die Gefahr, dass kein Raum mehr für Fragen oder praktische Übungen bleibt, der
1773 grundsätzlich allen Azubis und Studierenden zukommen soll.

1774 Im Medizinstudium gibt es an vielen Universitäten bzw. Unikliniken das Modell des „Skills
1775 Labs“.⁶ Diese Einrichtungen sind gerade zu dem Zweck geschaffen worden, ein stressfreies
1776 und damit attraktives Lernumfeld zu schaffen, um sich praktische Fähigkeiten anzueignen. Ein
1777 solches Modell sollte es auch in der Pflege geben. Gegebenenfalls könnte man
1778 Medizinstudierende und Azubis/Studierende in der Pflege in interprofessionellen Teams
1779 gemeinsam unterrichten und so einen Austausch von Erfahrungen, Wissen und Expertise
1780 ermöglichen. Davon könnten alle Beteiligten profitieren. Einen ähnlichen Austausch könnte es
1781 zwischen Fortgeschrittenen und Neueinsteiger*innen im Pflegestudium bzw. der
1782 Pflegeausbildung geben. So können Azubis und Studierende im 3. Lehrjahr als Mentor*innen
1783 fungieren und mit Neueinsteiger*innen ihre Erfahrungen und ihr Wissen teilen. Die
1784 generalistische Pflegeausbildung bietet dafür eine ideale Plattform, da hier zum Beispiel die
1785 Bereiche Alten- und Krankenpflege mehr als je zuvor miteinander verknüpft sind.

1786 Die Rahmenbedingungen für die Pflegeausbildung und das Pflegestudium sind bundesweit
1787 einheitlich, sie müssen jedoch auch flächendeckend kontrolliert werden. Wenn Kliniken die
1788 Standards nicht erfüllen, muss es dringend Instrumente geben, mit denen Druck auf die
1789 Arbeitgeber*innen ausgeübt werden kann, damit diese den Ausbildungserfolg der Azubis und
1790 Studierenden unter angemessenen Arbeitsbedingungen gewährleisten. Ausbildungsstationen,
1791 vor allem die Kliniken, bekommen hohe Vergütungen dafür, dass sie Pfleger*innen ausbilden.⁷
1792 Bei Nichteinhaltung der Standards sollten Gelder gekürzt oder nicht ausgezahlt werden. So

⁶ So zum Beispiel an der Medizinischen Hochschule Brandenburg, <https://www.mhb-fontane.de/de/skills-lab>.

⁷ Vgl. umfangreiche Finanzierungsregelungen in §§ 26 ff. PflBG. Insbesondere zu nennen ist dabei das Ausbildungsbudget für Träger der praktischen Ausbildung und die Pflegeschulen zur Finanzierung der Ausbildungskosten gem. § 29 I 1 PflBG.

1793 können sich Arbeitgeber*innen ihrer immensen Verantwortung für die Zukunft der Pflege in
1794 Deutschland nicht mehr entziehen.

1795

1796 **Pflegefachmann/Pflegefachfrau - warum eigentlich?**

1797 Mit der Generalisierung der Pflegeausbildung wurde aus der Altenpfleger*in bzw. der
1798 Gesundheits- und Krankenpfleger*in nun auch ein neuer einheitlicher Berufstitel geschaffen.
1799 Doch warum müssen sich Azubis zwischen den Titeln *Pflegefachfrau* bzw. *Pflegefachmann*
1800 entscheiden und können am Ende der Berufsausbildung nicht die Bezeichnung *Pflegefachkraft*
1801 führen?

1802 Eine Überarbeitung bzw. Erweiterung der offiziellen Berufstitel um eine nicht-binäre Variante
1803 ist überfällig und eine entsprechende Anpassung des § 1 Pflegeberufegesetz sollte in unseren
1804 Augen selbstverständlich sein.

1805

1806 **Verbesserung externer Pflichteinsätze innerhalb der Ausbildung**

1807 Ein zentraler Teil der neuen generalisierten Pflegeausbildung besteht darin, dass
1808 Auszubildende neben den Pflichteinsätzen in ihren Ausbildungsbetrieben auch in anderen
1809 Versorgungsbereichen eingesetzt werden. Dies geschieht zurzeit im Rahmen sogenannter
1810 externer Pflichteinsätze. Dabei ist es beinahe Alltag, dass externe Einrichtungen sowohl gegen
1811 Arbeitszeitregelungen, und Überstundenvergütungen als auch Mindest-Praxisanleitungszeiten
1812 verstoßen, da sie sich nicht in direkter Verantwortung für die übernommenen Auszubildenden
1813 sehen. Immer öfter berichten Azubis, dass sie in der Zeit der externen Pflichteinsätze wenig
1814 bis gar keinen Wissenszuwachs beobachten konnten und sich vielmehr als billige, unregulierte
1815 Arbeitskräfte fühlten.

1816

1817 Demzufolge fordern wir, externe Einsätze endlich strenger zu regulieren und zu überwachen,
1818 sodass zukünftig konkrete wirtschaftliche Sanktionen gegen solche Einrichtungen verhängt
1819 werden können, welche es versäumen, ihren externen Auszubildenden mindestens 12,5%
1820 ihrer gesamten externen Einsatzdauer als Praxisanleitungszeit mit einem oder einer fachlich
1821 weitergebildeten Praxisanleiter*in zur Verfügung zu stellen. Ein gleicher
1822 Sanktionsmechanismus soll auch dann greifen, wenn Arbeitszeitregelungen nicht eingehalten
1823 oder der Ausbildungsfortschritt durch Unterschreitung von Mindestbesetzungen gefährdet
1824 wird. Zur Umsetzung regen wir die Einrichtung einer ausreichend ausgestatteten, autonomen
1825 Kontrollinstanz an.

1826

1827 Darüber hinaus fordern wir eine Evaluierung des Umfangs der Gesamteinsatzzeit in externen
1828 Einsätzen und eine Korrektur nach unten gemäß dem Wunsch vieler Auszubildenden. Die

1829 Einsatzzeit sollte nicht mehr nur eine scheinbar willkürlich festgesetzte Zahl sein, sondern
1830 anhand von überprüfbaren Ausbildungszielen festgelegt werden.

1831

1832 **Echte Entlastungen schaffen statt Belastungen zu erhöhen**

1833 Immer mehr junge Menschen entscheiden sich in Deutschland dazu, eine Pflegeausbildung
1834 zu beginnen. Ein Trend, der angesichts eines sich verschärfenden Mangels an
1835 Pflegefachpersonen durchaus Hoffnung aufkommen lässt, dem jedoch die massive
1836 Abbruchquote entgegensteht. Gründe für Ausbildungsabbrüche sind oftmals hohe Belastung,
1837 Überforderung, mangelnde Wertschätzung, fehlende Anleitung oder auch mangelnde
1838 Zukunftsperspektiven. Bei Überstundenkonten, die so hoch sind, dass sie schlichtweg nicht
1839 abbaubar sind und Dienstplänen, welche teilweise 12 Tage Arbeit am Stück vorsehen, ist es
1840 nicht verwunderlich, dass sich viele Pflegefachpersonen direkt nach dem Abschluss der
1841 Ausbildung dazu entscheiden, ihre Stelle auf eine Teilzeitstelle zu reduzieren, um den hohen
1842 Anforderungen ihres Berufes, bei gegenwärtig geringer Vergütung, gerecht zu werden.

1843

1844 Wir können es uns gesamtgesellschaftlich schlichtweg nicht leisten, zukünftige Generationen
1845 von Pflegekräften bereits in der Ausbildung zu verheizen, ohne ihnen eine Zukunftsperspektive
1846 zu bieten. Deshalb müssen zwingend sowohl die Arbeits- und Rahmenbedingungen innerhalb
1847 der Pflegeausbildung, aber auch die spätere Berufsausübung verbessert werden. Hierzu
1848 bedarf es eines umfassenden Entlastungskonzeptes. Wir Jusos fordern daher die Einrichtung
1849 einer Kommission aus Arbeitnehmer*innen mit der Beauftragung, ein Entlastungsgesetz in
1850 Anlehnung an den bereits für Unikliniken in NRW verabschiedeten Entlastungstarifvertrag, zu
1851 entwerfen.

1852 Das Gesundheitssystem sieht sich aktuell vieler struktureller Mangelbedingungen ausgesetzt,
1853 oftmals auf Kosten der Arbeitnehmer*innen. Mitarbeiter*innen fehlen immer öfter, weil sie
1854 selbst aufgrund der immensen Belastung im Berufsalltag zu Patient*innen werden.
1855 Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention dürfen nicht länger leere Floskeln auf
1856 Krankenhaus-Websites sein, sondern müssen unumgänglich gesetzlich für Mitarbeiter*innen
1857 des Gesundheitssystems verankert werden. Dabei reichen Kurse für rückschonendes
1858 Arbeiten längst nicht aus. Insbesondere braucht es einen Fokus auf die psychischen
1859 Belastungssituationen im Berufsalltag, um sowohl Burnout als auch Cool-Out effektiv zu
1860 begegnen.

1861 **Internationalisierung**

1862 Ein weiteres Motiv hinter dem Pflegeberufegesetz war die Angleichung des Pflegeberufs an
1863 internationale Standards. Das ist in unseren Augen lobenswert, denn das Gesetz trägt so dazu
1864 bei, dass Fachkräfte in Zukunft nach der Ausbildung flexibler ihren Arbeitsort wählen können.

1865 Ähnliches gilt für die Akademisierung der Pflege. In Deutschland haben nur die wenigsten
1866 Pflegekräfte studiert. Das sieht in Schweden, Großbritannien und Frankreich anders aus. Hier
1867 sind Hochschulabschlüsse Voraussetzung für Krankenpfleger*innen. Durch die Förderung der
1868 Akademisierung wird dabei der Pflegeberuf nicht nur attraktiver gemacht und die Versorgung
1869 der Patient*innen durch mehr wissenschaftliches Wissen verbessert, es erfolgt auch eine
1870 Angleichung an europäische Standards. Das erleichtert die Berufsankennung in anderen
1871 EU-Staaten.

1872 Im Rahmen der universitären Ausbildung gibt es dabei aber auch einige
1873 Verbesserungsmöglichkeiten. Beispielsweise könnte der Wissensaustausch zwischen den
1874 Ländern verbessert werden. Studien sollten überwiegend auf Englisch veröffentlicht werden,
1875 damit die Ergebnisse für die Studierenden aller Universitäten einfach zugänglich sind.
1876 Außerdem sollte es an den Hochschulen Kurse geben, in denen das medizinische
1877 Grundvokabular in verschiedensten Fremdsprachen gelehrt wird, damit Studierende
1878 Auslandsaufenthalte in ausländischen Kliniken absolvieren können. Im Rahmen von
1879 Auslandsaufenthalten könnten Studierende Einblicke in andere Gesundheitssysteme
1880 gewinnen und die gesammelten Erkenntnisse zurück in ihre Universitäten und Kliniken tragen.

1881 **Daher fordern wir:**

1882

- 1883 ● Das PflBG hat den Umfang von Praxisanleitungen erhöht. Für ein effektives Lernen
1884 müssen Praxisanleiter*innen aber von ihrem regulären Dienst freigestellt und
1885 angemessen vergütet werden.
- 1886 ● Zu große Lerngruppen gefährden den Lernfortschritt. Es bedarf daher einer Reduktion
1887 der Gruppen in den Praxisanleitungen auf drei oder vier Azubis bzw. Studierende.
- 1888 ● Die Einrichtung von sog. "Skills Labs", also stressfreien Lerneinrichtungen, in denen
1889 praktische Fertigkeiten in Ruhe ausprobiert werden können.
- 1890 ● Die Stärkung des interprofessionellen Austauschs zwischen Medizinstudierenden und
1891 Studierenden der Pflegewissenschaften.
- 1892 ● Eine Art Mentoring-Programm zwischen Fortgeschrittenen und Neueinsteigern in
1893 Studium und Ausbildung.
- 1894 ● Kontrolle der bundesweit einheitlichen Standards des PflBG durch einen (finanziellen)
1895 Sanktionsmechanismus bei Unterschreitung der gesetzlichen Anforderungen. Dazu
1896 braucht es eine unabhängige Kontrollinstanz, die die Ausbildungsbetriebe und die
1897 Einrichtungen der externen Pflichteinsätze auf die Einhaltung der gesetzlichen
1898 Ausbildungsbedingungen überprüft.
- 1899 ● Die Einführung des genderneutralen Berufstitels der *Pflegefachkraft*.

- 1900 ● Evaluierung des Umfangs der Gesamteinsatzzeit in externen Einsätzen und eine
- 1901 Korrektur nach unten gemäß dem Wunsch vieler Auszubildenden. Die Einsatzzeit sollte
- 1902 anhand von nachprüfbaren Ausbildungszielen festgesetzt werden.
- 1903 ● Einrichtung einer Kommission aus Arbeitnehmer*innen mit der Beauftragung, ein
- 1904 Entlastungsgesetz in Anlehnung an den bereits für Unikliniken in NRW
- 1905 verabschiedeten Entlastungstarifvertrag, zu entwerfen.
- 1906 ● Psychischen Belastungssituationen durch Entlastungsregelungen und Hilfsangebote
- 1907 besser begegnen, um z.B. Burnout-Erkrankungen vorzubeugen.
- 1908 ● Kurse an Hochschulen, in denen das medizinische Grundvokabular in verschiedensten
- 1909 Fremdsprachen gelehrt wird, damit Studierende Auslandsaufenthalte in ausländischen
- 1910 Kliniken absolvieren können.
- 1911 ● Die Veröffentlichung von Forschungsergebnissen im Bereich der Pflegewissenschaften
- 1912 auf Englisch.

1913 **A 10 Keine Zugeständnisse, kein Hinterherrennen - Konsequenz**
1914 **antifaschistisch!**

1915

1916 **Antragssteller*innen: Madita Fester, Antonia Miersch**

1917

1918 Seit vielen Jahren lässt sich global eine Werteververschiebung der Demokratien ins Konservative,
1919 Rechte und Populistische beobachten. Was in Deutschland lange noch "nur" als drohende
1920 Gefahr angesehen wurde, wird zunehmend die greifbare Realität. Die AfD verzeichnet einen
1921 Erfolg nach dem anderen: Im südthüringischen Sonneberg holt sich ein AfD-Politiker bei einer
1922 Stichwahl einen Landratsitz und in den Umfragen ist die AfD zweitstärkste Kraft - vor der SPD.
1923 Diese Ereignisse müssen für uns die allerletzte Warnung gewesen sein. Der Kampf gegen
1924 Rechts ist ein Kampf der demokratischen Gesellschaft geworden und wir, als antirassistischer,
1925 antifaschistischer und feministischer Jugendverband sind im besonderen Maße dazu
1926 verpflichtet, laut zu werden.

1927 Die Strategie der AfD funktioniert seit Jahren so gut, dass sie es mittlerweile de facto geschafft
1928 hat, sich als Partei zu etablieren. Menschenfeindliche Positionen, wie Antifeminismus,
1929 Rassismus und Demokratiefeindlichkeit befinden sich nicht mehr unter einem Deckmantel,
1930 sondern sind gesellschaftsfähig geworden. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Genannt sei hier
1931 die Normalisierung der AfD durch die CDU. Zuletzt stimmten im Bundestag Andreas Scheuer
1932 und Alexander Radwan einem Antrag der AfD zu und Friedrich Merz erklärte die Grünen zum
1933 Hauptfeind - und nicht die extrem rechte Partei.

1934 Rechtsextreme, rassistische und antisemitische Gewaltstraftaten nehmen deutlich zu und
1935 trotzdem wird die Hufeisentheorie von vielen führenden Politiker*innen weiter angeführt,
1936 wodurch die Relativierung der Gefahr von Rechts weiterhin befeuert wird. Von Rechts geht die
1937 Gefahr aus; nicht von Links.

1938 Auch eine unzureichende Kommunikation der Politik der demokratischen Parteien kann ein
1939 Grund sein, denn Erfolge und Fortschritte werden unzulänglich vermarktet.

1940

1941 Die hier aufgeführte Analyse der Gründe für das Erstarken der extremen Rechten ist
1942 unvollständig, und das liegt auch daran, dass wir keine Zeit mehr haben, uns hauptsächlich zu
1943 Fragen, woran es wohl liegt. Es heißt jetzt, sich mit den Folgen auseinanderzusetzen. Und vor
1944 allem damit, was wir jetzt tun können.

1945

1946 Denn das Ergebnis ist eindeutig: Antidemokratische Gesinnungen innerhalb der Bevölkerung
1947 steigen massiv an und der herrschende Rassismus wird offen gelebt. Der Großteil der AfD-
1948 Wähler*innen wählen diese Partei schon lange nicht mehr aus Protest, sondern weil sie von
1949 der inhaltlichen Linie überzeugt sind. Die AfD behauptet, sie kümmere sich um die Sorgen und

1950 Belange der Bevölkerung. Uns ist schon lange klar, dass dies nicht stimmt. Die AfD schürt
1951 gezielt Ängste, streut Fehlinformationen und missinterpretiert bewusst Aussagen gegnerischer
1952 Politiker*innen zu ihren Gunsten. Darüber hinaus belastet ihr Wahlprogramm diejenigen am
1953 meisten, die ohnehin schon abgehängt sind. Da dies aber schon die hauptsächliche Grundlage
1954 der AfD ist, dürfen wir in keiner Hinsicht auf diesen Zug mit aufspringen!

1955 Es braucht von allen Seiten der Politik eine klare Haltung, eindeutige Positionen und eine
1956 Politik, die der Gesellschaft Sicherheit vermittelt. Nur dadurch entziehen wir der AfD den
1957 Nährboden. Die AfD darf jetzt nicht mit bröckelnden Positionen und Unsicherheiten bestätigt
1958 werden - zeigen wir der gesamten Bevölkerung, dass nur in einer Sozialdemokratie alle
1959 Menschen mitgedacht werden!

1960

1961 Keine Zugeständnisse

1962 Wie erwähnt erfordert der aktuelle Rechtsruck der Gesellschaft eine starke Positionierung der
1963 Parteien abseits des Rechtsextremismus. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität müssen
1964 gelebt und konsequent verteidigt werden. Niemals darf es in dieser Demokratie und vor allem
1965 nicht für eine sozialdemokratische Partei der Weg sein, Zugeständnisse zur AfD zu machen.
1966 Auf die inhaltliche Linie der AfD zuzugehen, um als Partei neue Stimmen zu generieren, wäre
1967 ein fataler, nicht zu rechtfertigender Schritt. Die Positionen der AfD sind und bleiben extrem
1968 rechts und menschenfeindlich und gehören konsequent abgelehnt.

1969

1970 Wir fordern deshalb:

- 1971 ● Kein Aufgreifen und Aneignen der Rhetorik, des Populismus und der rechten
1972 Positionen aufgegriffen werden, um Wähler*innen von der AfD (zurück) zugewinnen.
- 1973 ● Sich nicht als Alternative zur AfD zu präsentieren, sondern die demokratischen Werte
1974 wieder alternativlos machen!
- 1975 ● Konsequent die Brandmauer gegen Rechts zu erhalten

1976

1977 Kein Hinterherrennen

1978 Vielmehr braucht es jetzt so sehr wie noch nie, ein starkes linkes Profil und ein
1979 Zusammenhalten der demokratischen Parteien.

1980 Es darf den Rechtspopulist*innen nicht mehr hinterher gerannt werden. Die Politik der
1981 demokratischen Parteien darf nicht so aussehen, dass nur auf Aussagen und Schritte der AfD
1982 reagiert wird. Das öffentliche Profil der demokratischen Parteien darf nicht ausschließlich über
1983 das definiert werden, was durch die AfD aufgegriffen, fehlverbreitet und instrumentalisiert wird.
1984 Nur eine demokratische linke Parteienlandschaft kann es schaffen, der breiten Gesellschaft
1985 mehr Sicherheit zu bieten und Wahlprogramme umzusetzen, die der Mehrheit der Menschen

1986 zugutekommen. Es braucht auch inhaltlich eine klare Abgrenzung und die Überzeugungskraft,
1987 dies zu vermitteln.

1988

1989 Wir fordern deshalb:

- 1990 ● Die Rückbesinnung auf die eigenen Werte, Programme und Politik!
- 1991 ● Eine stetige, konsequente Positionierung gegen die von der AfD vermittelten Werte und
1992 geführte Politik, ohne die eigene zu vernachlässigen

1993

1994 Nicht-Wähler*innen

1995 Demokratische Parteien haben ein massives Kommunikationsproblem: Erfolge müssen
1996 besser vermarktet werden. Die journalistische Aufbereitung der Heizungsgesetzdebatte ist
1997 fatal gewesen und zeigt nur einmal mehr: Die Fehlinformations-Politik funktioniert und es
1998 existieren Medien, die bewusst einen antidemokratischen Tenor an den Tag legen und
1999 versuchen Menschen gegeneinander aufzuhetzen. Durch Social Media und hetzerischen
2000 Journalismus wird die aktuelle Politik als alternativlos dargestellt, was dazu führt, dass die
2001 Menschen sich von der Politik entfernen. Viele haben ein Gefühl der Machtlosigkeit und keinen
2002 Bezug mehr zur repräsentativen Demokratie. Insbesondere das Nicht-Wähler*innen Klientel
2003 muss abgeholt werden und eine Vermittlung von politischen Inhalten möglichst zugänglich
2004 gemacht werden.

2005

2006 Wir fordern deshalb:

- 2007 ● Eine Strategie für die Vermittlung der bisherigen Erfolge und Fortschritte innerhalb der
2008 regierenden Parteien
- 2009 ● Eine Politik, die gesellschaftnah agiert und durch gelungene Kommunikation
2010 Wähler*innen mitnimmt

2011

2012 Die akute Gefahr anerkennen

2013 Noch immer hält sich das Credo der "armen" AfD-Wähler*innen fest, die aus Verzweiflung nicht
2014 wüssten, was sie sonst tun sollen. Die Politik sorgt sich um die Menschen, die aus Verzweiflung
2015 die AfD wählen würden. Diese Sorge um die Menschen ist an dieser Stelle allerdings
2016 fehlplatziert, denn es lenkt die Debatte in eine Richtung, die davon ausgeht, dass diese
2017 Wähler*innen keine inhaltlichen Überzeugungen mit der AfD teilen würden.

2018 Die Politik sollte allerdings einen deutlich stärkeren Fokus auf die Menschen legen, die
2019 ernsthaft vom Erstarken der AfD bedroht sind. Und das ist der überwiegende Teil der
2020 Bevölkerung. Frauen, INTA*, BIPOC, Queers, Menschen mit geringem Einkommen, jegliche
2021 Art von marginalisierter Gruppe, sind es, die im Falle einer Regierungsbeteiligung durch die
2022 AfD massive Negativfolgen erleiden müssten. Mit Blick auf die globale populistische

2023 Bewegung und immer mehr zunehmenden konservativen bis rechtsextremen Regierungen
2024 weltweit sind die Folgen bereits eindeutig greifbar. Abschaffung der Rechte von Gebärenden,
2025 Illegalisierung von LGBTQIA+ und das Einstellen der Förderung von BIPoC im
2026 Bewerbungsverfahren an Universitäten der USA sind nur einige Beispiele, die schon
2027 umgesetzt wurden. Für uns Jusos ist deshalb klar: Es sind diese Gruppen, welche von der
2028 Politik aktuell vernachlässigt werden und denen Unterstützung zugeteilt werden muss.

2029

2030 Wir fordern deshalb:

- 2031 ● Förderung der Einrichtung von Kontaktstellen und Vernetzungsmöglichkeiten für
2032 marginalisierte Gruppen, die von rechts bedroht sind
- 2033 ● Kurzfristig eine Sicherung der erlassenen Gesetze, welche die Rechte der genannten
2034 Gruppen stärken und langfristig die Gleichstellung und Schutz dieser Gruppen

2035

2036 Brandmauer auch auf EU-Ebene!

2037 Nicht nur in Deutschland können wir also ein Erstarken von konservativen bis rechtsextremen
2038 Parteien und Bündnissen beobachten. Nächstes Jahr finden die Europawahlen statt und es
2039 wird sich zeigen, in welche Richtung sich die EU weiterentwickeln wird. Sie bestimmt
2040 inzwischen einen Großteil der Gesetzgebung in den EU-Ländern. Und Europa steckt mitten in
2041 einem Rechtsruck. Währenddessen stehen fundamentale Richtungsentscheidungen in
2042 Sachen Klima- und Naturschutz an und die EU ist dabei, eine der strittigsten
2043 Asylrechtsreformen mit dem Gemeinsamen Europäischen Asylsystem auf den Weg zu
2044 bringen. Jusos und viele andere Verbündete zeigen sich besorgt und fragen sich zurecht –
2045 wohin soll's gehen, Europa?

2046 Ein Erstarken rechter Parteien auf europäischer Ebene wird den Umgang mit den LGBTQ-
2047 freien Zonen in Polen, mit der autokratischen Regierung in Ungarn, mit BIPoC, Geflüchteten
2048 und Asylsuchenden, mit unserer Natur und dem Klima sowie der Zukunft junger Menschen
2049 entscheidend prägen. Es besteht die Gefahr, dass Entscheidungen getroffen werden, die die
2050 EU nicht einfach so zurücknehmen und viele der Errungenschaften der EU der letzten Jahre
2051 zerstören kann. Die EU als Friedensprojekt ist in Gefahr und die große Mehrheit der
2052 Menschen, die in der EU leben und durch ein Erstarken rechter und konservativer Parteien
2053 massive Negativfolgen erleiden würden, sind es auch.

2054 Es ist unsere Aufgabe, eine jungsozialistische Perspektive auf die Zukunft der EU mit unseren
2055 europaweiten Verbündeten zu entwickeln und mit klaren Forderungen in den Wahlkampf zu
2056 gehen. Nur mit einer klaren Haltung und Vision einer EU, die marginalisierte Gruppen schützt,
2057 ihnen eine Perspektive bietet und ihnen eine sichere Zukunft bieten kann, wird es uns möglich
2058 sein, einen Rechtsruck mit fatalen Folgen auf EU-Ebene zu verhindern.

2059 Leider erleben wir allzu wenig Distanzierung - ob von der Fidesz, der Fratelli d'Italia oder den
2060 Schwedendemokraten. Grüne und Sozialdemokraten finden es lediglich befremdlich, die CDU
2061 drückte Berlusconi sogar die Daumen, denn seine Partei gehört zur Parteienfamilie der EVP.
2062 Seine Partei fungierte schlussendlich als Steigbügelhalter für die faschistische Partei um
2063 Giorgia Meloni. Sie bekannte sich zwar zur EU, aber machte von Beginn an klar: Italien first,
2064 EU second. Würden solche Parteien bei der Europawahl dazugewinnen, würde Nationalismus
2065 in der EU wieder Oberhand gewinnen und Entscheidungen im Konsensprinzip quasi
2066 unmöglich werden. Und in vielen europäischen Ländern sind die Rechten nicht nur weitaus
2067 stärker, sondern auch in Regierungsverantwortung. Das sollte nicht nur uns Jusos
2068 beunruhigen. Beunruhigend ist auch, dass sich rechte und konservative Parteien nicht mehr
2069 durch ihre EU-Skepsis auszeichnen, sondern durchaus Bestrebungen haben, in Europa
2070 mitzusprechen - und die Möglichkeit bekommen, das Friedensprojekt EU von innen heraus
2071 anzugreifen.

2072

2073 Daher fordern wir:

- 2074 ● das Erstarken rechter Parteien als ein EU-weites Problem zu erkennen und zu
2075 bekämpfen
- 2076 ● Zusammenarbeit mit europäischen Verbündeten an einer jungsozialistischen Vision
2077 Europas
- 2078 ● ein klares linkes Parteiprogramm für den Europawahlkampf mitzugestalten
- 2079 ● klare Distanzierung von rechten Parteien auf EU-Ebene

2080 **A11 Der trügerische Armutsbegriff und die Scheinlösung des Trickle-**
2081 **Down-Effekts im kapitalistischen System**

2082 **Antragsteller*in: Gunar Kern**

2083 Dieser soll Antrag die Aufmerksamkeit auf eine wichtige Thematik lenken: Den internationalen
2084 Armutsbegriff und den vermeintlichen Trickle-Down-Effekt des Kapitalismus. Aktuell wird der
2085 Armutsbegriff so definiert, dass Menschen, die weniger als 2,16 USD pro Tag verdienen, als
2086 absolut arm gelten. Diese Definition lässt jedoch außer Acht, dass bereits Menschen, die 2,17
2087 USD verdienen, nicht mehr als arm gelten. Diese Diskrepanz führt zu einer verzerrten
2088 Darstellung der tatsächlichen Armutssituation weltweit.

2089 Statistiken zufolge leben rund 10% der Weltbevölkerung nach dieser Definition in Armut. Doch
2090 wenn wir das monatliche Mindesteinkommen im Durchschnitt auf 500 USD anheben, ergibt
2091 sich ein alarmierendes Bild: Bereits 75% der Weltbevölkerung würden als absolut arm
2092 betrachtet. Diese Zahlen verdeutlichen, dass der Trickle-Down-Effekt, der behauptet, dass der
2093 Kapitalismus alle Menschen aus der Armut befreien kann, nicht der Realität entspricht.

2094 Der Trickle-Down-Effekt basiert auf der Annahme, dass wirtschaftliches Wachstum und
2095 Wohlstand in der oberen Einkommensklasse zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen
2096 für alle führen. Jedoch belegen zahlreiche Studien, dass dieser Effekt nicht wie erhofft eintritt.
2097 Statt einer gerechten Verteilung des Wohlstands sehen wir eine immer größere Kluft zwischen
2098 Arm und Reich. Die Reichen werden reicher, während die Armen weiterhin im Teufelskreis der
2099 Armut gefangen sind.

2100

2101 Um diesem Missstand entgegenzuwirken und eine gerechtere Gesellschaft zu schaffen, sind
2102 dringende Maßnahmen erforderlich. Wir fordern deshalb:

2103 Eine Überarbeitung des internationalen Armutsbegriffs: Es ist notwendig, den Armutsbegriff an
2104 die tatsächliche Lebensrealität anzupassen. Ein monatliches Mindesteinkommen von 500
2105 USD könnte als Ausgangspunkt dienen, um die Armut realitätsnäher zu definieren.

2106 Stärkere Regulierung von Kapitalflüssen: Um die ungleiche Verteilung von Ressourcen und
2107 Wohlstand zu bekämpfen, sollten internationale Kapitalflüsse stärker reguliert werden. Dies
2108 könnte beispielsweise durch die Einführung von fairen Steuersystemen und die Schließung
2109 von Steuerschlupflöchern erreicht werden.

2110 Förderung von Bildung und sozialer Mobilität: Investitionen in Bildungssysteme und soziale
2111 Mobilität sind entscheidend, um Menschen aus dem Teufelskreis der Armut zu befreien. Eine
2112 Chancengleichheit für alle ist unerlässlich, um langfristige Veränderungen zu bewirken.

2113 Es ist an der Zeit, den internationalen Armutsbegriff zu überdenken und den Mythos des
2114 Trickle-Down-Effekts zu entlarven. Eine gerechtere Verteilung des Wohlstands und die
2115 Bekämpfung der Armut erfordern entschlossene Maßnahmen und ein Umdenken in der
2116 politischen und wirtschaftlichen Welt.

2117 **A12 Münster, mach mobil! – Für eine Verkehrswende, die ihrem**
2118 **Namen wirklich gerecht wird**

2119 **Antragsteller: Adrian Buchwald**

2120 Im Fahrradklima-Test des ADFC, in dem insgesamt 1.114 Städte und Gemeinden bewertet
2121 wurden, belegte Münster 2022 den ersten Platz unter den Großstädten zwischen 200.000 und
2122 500.000 Einwohnern.⁸ Die Stadt nutzt den Titel „Fahrradstadt“⁹ schon seit Langem als
2123 Aushängeschild, um für ihre nachhaltige Gestaltung von Mobilität zu werben – und das nicht
2124 ganz zu Unrecht. In Münster werden rund 43% der Wege mit dem Rad zurückgelegt. Die Stadt
2125 hat mit ihrem Plan zum Fahrradnetz 2.0 bereits einige wichtige Vorhaben festgeschrieben, um
2126 den Radverkehr in Münster zukunftsfähig zu machen.¹⁰ Der Fokus liegt dabei auf dem
2127 Fahrradnetz in seiner Gesamtheit – richtigerweise werden Strecken und Verbindungen in ihrer
2128 Gänze in den Blick genommen. Die Umgestaltung des Bohlwegs zur Fahrradstraße und dem
2129 Bau der Kanalpromenade sind als Positivbeispiele zu nennen.

2130 Die „Fahrradstadt“ Münster schneidet im Fahrradranking zwar als beste Stadt ihrer
2131 Größenordnung ab, jedoch nur mit einer Note von 3.0. Der Grund, warum in Münster so viele
2132 Menschen mit dem Rad unterwegs sind, ist auch, dass die Alternativen wenig attraktiv sind.
2133 Wer nicht mit dem Rad unterwegs sein kann oder möchte, muss in Münster oft eine gute halbe
2134 Stunde bis Stunde mehr an Zeit mitbringen. Denn der ÖPNV, der gemeinsam mit dem
2135 Radverkehr den Kernbereich einer nachhaltigen, niedrighschwellig und inklusiven
2136 Verkehrswende bilden sollte, wird in Münster massiv vernachlässigt. Dies trifft vor allem
2137 Menschen in den Randstadtteilen, die mit dem Fahrrad lange Strecken bewältigen müssen.
2138 Es trifft auch Menschen mit Kinderwagen und Menschen, die auf einen Rollstuhl oder einen
2139 Rollator angewiesen sind. Im ÖPNV-Ranking des Reisemagazins Tripz, das am 25. April 2023
2140 veröffentlicht wurde und in dem die Anzahl der ÖPNV-Mittel, der Linien und der Schnelligkeit
2141 in Relation zur Größe der Stadt in Quadratkilometern berücksichtigt wurden, belegt Münster
2142 von 25 untersuchten Städten Platz 16.¹¹ Münster ist die einzige Stadt in Deutschland ohne
2143 schienengebundenen Personennahverkehr. Die Stadt scheint im Bereich ÖPNV so
2144 ambitionslos zu sein, dass das Streckennetz nicht erweitert, sondern sogar abgebaut wird. Wir
2145 fordern daher konkrete Ziele und Pläne, einen ÖPNV einzurichten, der einer Stadt von über

⁸ Fahrradklimatest 2022 des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs (ADFC), <https://fahradklima-test.adfc.de/ergebnisse> (abgerufen am 15.07.2023 um 12:33 Uhr).

⁹ So zum Beispiel auf der Website der Stadt, <https://www.stadt-muenster.de/tourismus/fahrradstadt> (abgerufen am 15.07.2023 um 12:36 Uhr).

¹⁰ <https://www.stadt-muenster.de/verkehrsplanung/mit-dem-rad/netzplanung/planung> (abgerufen am 15.07.2023 um 12:37).

¹¹ <https://www.tripz.de/reisemagazin/opnv-ranking-zum-start-des-deutschland-tickets/> (abgerufen am 15.07.2023 um 12:37).

2146 300.000 Einwohner*innen gerecht wird. Denn mit dem ÖPNV, der gerade besteht, bleiben viele
2147 Menschen auf der Strecke.

2148 Ein Blick auf das Liniennetz der Busse in Münster genügt, um das Problem zu erkennen: Fast
2149 alle Buslinien verkehren sternförmig über die Innenstadt und bedienen die Haltestellen
2150 Hauptbahnhof oder Altstadt/Bült. Der Busverkehr wird ganz bewusst als Zubringerverkehr für
2151 Bahnreisende und Einkaufslustige gestaltet. Diese Gestaltung wird den Bedürfnissen der
2152 Stadtbevölkerung, von Stadtteil zu Stadtteil ohne Umstiege und lange Wartezeiten zu fahren,
2153 keinesfalls gerecht. Denn viele Menschen, die in Münster arbeiten oder studieren, fahren
2154 täglich zu ihrem Arbeitsplatz innerhalb der Stadt oder zur Uni – nicht aber zum Bahnhof.

2155 Die einzigen Linien, die peripher Stadtteile miteinander verbanden, waren die Ringlinien.
2156 Ausgerechnet diese wurden im Herbst 2022 bis auf Weiteres eingestellt. Es gibt keine
2157 Informationen darüber, ob sie jemals wieder eingerichtet werden. Die Einstellung der
2158 Ringlinien passt für uns in keiner Form mit einer zeitgemäßen und inklusiven Verkehrswende
2159 zusammen. Die Stadt kommt hier ihrem Auftrag, den ÖPNV für alle zu stärken und
2160 auszubauen, nicht gerecht.

2161 Trotz ihres grünen Images hat die Stadt in den vergangenen Jahren erstaunlich wenig
2162 geleistet, um den Bedürfnissen aller Verkehrsteilnehmer gerecht zu werden. Autofahrerinnen
2163 und Autofahrern aus dem Umland wird mangels eines effektiven und schnellen ÖPNVs keine
2164 Alternative geboten, um kostengünstig und flexibel in die Stadt zu kommen. Radfahrerinnen
2165 und Radfahrer haben insbesondere auf dem Ludgeriplatz und dem Prinzipalmarkt mit einer
2166 unübersichtlichen und gefährlichen Verkehrsführung zu kämpfen. Gerade dort zeigt sich, dass
2167 an vielen Verkehrsknotenpunkten in Münster das Prinzip des Stärkeren gilt.

2168 Die SPD Münster hat sich in der letzten Zeit vor allem für einen bezahlbaren ÖPNV stark
2169 gemacht. Dies ist in unseren Augen ein enorm wichtiges Unterfangen. Mobilität bedeutet
2170 immer Teilhabe – und nur durch einen preiswerten ÖPNV gibt man allen Menschen die Chance
2171 auf Selbstbestimmung und eine flexible Gestaltung der eigenen Zeit.

2172 Jedoch ist es mit einem kostengünstigen ÖPNV alleine nicht getan. Es braucht auch mehr
2173 Effizienz. Dabei sind ÖPNV, Radverkehr, Fußgänger*innenverkehr und motorisierter
2174 Individualverkehr in Einklang zu bringen. Es geht dabei nicht darum, Menschen, die Auto
2175 fahren, an den Pranger zu stellen oder ihnen die Mobilität mit dem Auto unmöglich zu machen.
2176 Vielmehr muss das jahrzehntelang geltende Auto-Privileg, dass vor allem Menschen mit
2177 höheren Einkommen nützt, ein Ende finden. Nur durch Gleichberechtigung aller Verkehrsmittel
2178 und das Vorhandensein wirksamer Alternativen kann eine Verkehrswende gelingen. So
2179 können Menschen endlich flexibel entscheiden, für welche Strecken sie bei welchen äußeren
2180 und persönlichen Bedingungen welches Verkehrsmittel nutzen möchten. Münster zeichnet

2181 sich derzeit weder durch Gleichberechtigung noch durch Alternativfülle aus. Das muss sich
2182 ändern, um Münster zukunftsfähig und vor allem auch klimaneutral zu machen.

2183 **Daher fordern wir Jusos...**

2184 **...für den Bereich des Radverkehrs:**

- 2185 • Die Promenade als Kernstück des Radverkehrs herauszuheben. An den Stichstraßen,
2186 insbesondere an der Windthorststraße, müssen Ampeln eingerichtet werden, die
2187 Radfahrer*innen eine sichere Querung der Straßen ermöglicht. Gerade im
2188 Berufsverkehr entstehen dort gefährliche Situationen mit Autofahrer*innen und
2189 Fußgänger*innen. Vorbild dafür kann die Kreuzung
2190 Promenade/Bohlweg/Hörsterstraße sein, an der es Ampeln für Fußgänger*innen, den
2191 Autoverkehr und den Radverkehr gibt.
- 2192 • Diese Ampeln können, falls erforderlich, zu späteren Uhrzeiten ausgeschaltet werden,
2193 sodass dann die gewöhnliche Verkehrsregelung mit Vorfahrtberechtigung auf den
2194 Stichstraßen der Promenade gilt.
- 2195 • Das Projekt „Leezenflow“ ermöglicht es Radfahrer*innen abzuschätzen, ob sie eine
2196 Straße noch während einer Grünphase überqueren können oder schon abbremsen
2197 sollten. Dies stärkt nicht nur den Verkehrsfluss, sondern auch die Verkehrssicherheit.
2198 „Leezenflow“, bestenfalls sogar mit Sekundentimer, sollte es an allen Stichstraßen mit
2199 Ampel geben.

2200 **...für den Bereich des ÖPNV:**

- 2201 • Wiedereinführung der Ringlinien. Diese sollten künftig nicht mehr über den
2202 Hauptbahnhof verkehren, sondern nur über den Ring bzw. Weselter Straße,
2203 Moltkestraße, Ludgeriplatz und Hafestraße. Zum Beispiel am Ludgeriplatz können
2204 Fahrgäste dann bei Bedarf in andere Linien umsteigen.
- 2205 • Neuordnung des Liniennetzes. Statt einer Ausrichtung auf Bült und Hauptbahnhof soll
2206 es mehr periphere Stadtteillinien geben, die den Innenstadtbereich lediglich tangieren.
2207 So können zum Beispiel Gievenbeck und Aaseestadt, Kreuzviertel und Mauritz oder
2208 Hansaviertel und Südviertel besser verbunden werden.
- 2209 • Der Hauptbahnhof sollte weiterhin Mobilitätszentrum bleiben. Der Bahnhofsvorplatz
2210 sollte jedoch so gestaltet werden, dass ein sicheres und effizientes Umsteigen
2211 gewährleistet werden kann. Derzeit wird die Sicherheit vor allem durch den fließenden
2212 Autoverkehr direkt vor dem Bahnhof beeinträchtigt. Der Autoverkehr vor dem Bahnhof
2213 sollte daher eingeschränkt und die Autos über Parallelstraßen am Bahnhof
2214 vorbeigeleitet werden.

- 2215 • Neben Hauptbahnhof und Bült sollte es weitere Knotenpunkte am Ring für Bike and
2216 Ride oder Park and Ride geben. Solche Mobilitätstationen könnten zum Beispiel am
2217 Schlossplatz, Ludgeriplatz, Bohlweg, Yorkring Ecke Steinfurter Straße oder am
2218 Jungeblodtplatz eingerichtet werden.
- 2219 • Vor 22 Uhr sollten in einer Großstadt keine Nachtbusse unterwegs sein. Erst danach
2220 kann das Busangebot für die Nachtstunden reduziert werden.
- 2221 • Münster hat, anders als alle anderen Städte seiner Größenordnung, keinen
2222 schienengebundenen ÖPNV. Nichtsdestotrotz sollten auf viel befahrenen Straßen, so
2223 auch dem Ring, Metrobusspuren eingerichtet werden, die dem Busverkehr vorbehalten
2224 sind.
- 2225 • Die Universität Münster ist keine Campus-Universität. Umso wichtiger ist es daher, die
2226 Unistandorte miteinander zu verknüpfen. Wir machen uns daher stark für einen Uni-
2227 Shuttle-Bus, der (sei es On Demand) die Unischwerpunkte Juridicum/Medizin und
2228 Nawi/Sport/Leo-Campus und die Aaseemensa morgens und mittags miteinander
2229 verbindet.
- 2230 • Dort, wo sich der Linienverkehr rund um die Uhr nicht rentiert, sollte das schon
2231 bestehende Taxi-Bus-Netz ausgebaut werden. Dabei können Fahrgäste 15 bis 30
2232 Minuten vor Fahrtantritt ein Taxi bestellen, dass sie an einer ausgewählten Haltestelle
2233 abholt und sodann den Linienverlauf abfährt (On-Demand-ÖPNV).
- 2234 • Haltestellen müssen barrierefrei ausgebaut werden. Echtzeit-Anzeigen mit Audio-
2235 Informationen darf es nicht nur an den großen Haltestellen geben.
- 2236 • Zur Barrierefreiheit zählt auch die bessere Erkentlichkeit von Haltestellennamen und
2237 Liniennummern an den Haltestellen. Es muss sich auf den ersten Blick erkennen
2238 lassen, welche Linien an der Haltestelle verkehren.

2239 **...für den Bereich des Autoverkehrs:**

- 2240 • Stadtteilgaragen, um die Autos von der Straße zu holen. Dies betrifft insbesondere die
2241 Wohngebiete Hansaviertel, Kreuzviertel und St. Mauritz.
- 2242 • Mehr autofreie Verkehrsversuche.
- 2243 • Die Salzstraße sollte für den Autoverkehr vollständig gesperrt werden. Die
2244 Klosterstraße und Winkelstraße bleiben über die Windthorststraße ohnehin erreichbar.
2245 Die Sperrung der Salzstraße sollte mit einer Vorfahrtsberechtigung des Radverkehrs
2246 auf der Promenade einhergehen.
- 2247 • Im Interesse der Lärmreduzierung sollte die Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h
2248 auf weiteren Straßen geprüft werden, so zum Beispiel auf der Gartenstraße zwischen
2249 22 Uhr und 6 Uhr.

- 2250
- Umgestaltung des Ludgerikreisels, um allen Verkehrsteilnehmer*innen eine sichere
- 2251
- Querung zu ermöglichen.

2252 **A13 Psychologie macht Schule - Für eine gestärkte**
2253 **Schulpsychologie**

2254

2255 **Antragssteller*innen: Ronja Mühlinghaus, Guiliano Groer, Ayşegül Paran**

2256

2257 Die psychologische Versorgungslage in Deutschland ist prekär. Therapieplätze sind
2258 Mangelware und das nicht erst seit dem Ukraine-Krieg oder der Corona-Pandemie. Das
2259 Problem und seine Ursachen sind bekannt und werden an diversen Stellen, so auch in einigen
2260 Anträgen der Jusos, bereits adressiert.

2261 Neben der offensichtlichen Verfehlung der angemessenen psychotherapeutischen
2262 Versorgung der Gesamtgesellschaft, ist die Lage aber besonders auch in einem Bereich
2263 prekär, der bisher nur eine untergeordnete Rolle spielte. Diesem Themenbereich soll sich
2264 dieser Antrag widmen. Ferner soll er die Dringlichkeit der übrigen Anträge zur Lage der
2265 Psychotherapie unterstreichen. Es bedarf einer Vielzahl neuer kassenbezahlter
2266 Therapieplätze in Deutschland, welcher der Allgemeinheit zugänglich sein müssen.

2267

2268 Auch Kinder und Jugendliche leiden unter den aktuellen Krisen. Gerade während der
2269 Pandemie wurde der Jugend dieses Landes vieles abverlangt. Online-Unterricht,
2270 Kontaktsperren, Lockdown waren zusätzliche Stressoren, denen sich Kinder und Jugendliche
2271 während der Pandemie ausgesetzt sahen. Schule ist jedoch auch an sich kein spannungsfreier
2272 Raum, kommen hier doch junge Menschen in großer Zahl auf engem Raum zusammen. Wir
2273 erleben gerade einen neuen Höchststand psychischer Erkrankungen im Kindes- und
2274 Jugendalter, beispielsweise ist die Anzahl der neu an Essstörungen erkrankten Mädchen in
2275 Deutschland zwischen den Jahren 2019 und 2021 um 54% gestiegen, die an Angststörungen
2276 erkrankten um 23 %. (DAK Kinder- und Jugend-Report). Auch für Kinder und Jugendliche sind
2277 freie Therapieplätze schwer aufzutreiben, häufig muss für die Therapie auch auf private Mittel
2278 zurückgegriffen werden. Mittelfristig wird dieser Umstand durch eine angemessene
2279 Bedarfsrechnung und die Schaffung neuer Therapieplätze, auch im Kinder- und
2280 Jugendbereich, aufgefangen werden müssen. Ein wichtiger Teil psychologischer Arbeit,
2281 besonders im Kinder- und Jugendbereich, ist jedoch die Aufklärung und Prävention, ein
2282 Bereich, dem sich besonders die Schulpsychologie widmet. In diesem Sektor sieht es jedoch
2283 ähnlich schlecht aus wie im Regelsektor Psychotherapie, daher soll dieser Antrag sich für eine
2284 Stärkung der schulpsychologischen Arbeit in Deutschland stark machen.

2285

2286 **Die psychotherapeutische Versorgung muss sich verbessern**

2287 Circa 18 Millionen Menschen in Deutschland sind psychisch erkrankt ([RKI - Psychische](#)
2288 [Gesundheit und psychische Störungen](#)) und müssen sich daher mit ihrer veränderten

2289 psychischen Gesundheit befassen. Dabei ist ein stabiles psychisches Gesundheitsniveau
2290 entscheidend für Lebensqualität, Wohlbefinden, körperliche Gesundheit und auch soziale
2291 Teilhabe. Vielen der Betroffenen bleibt der Zugang zu einem (psycho)therapeutischen
2292 Hilfesystem untersagt, denn es herrscht akuter Therapieplatzmangel. Die Gründe dafür sind
2293 seit Jahren Teil des politischen Diskurs: Gesetzliche Krankenkassen halten an ihren veralteten
2294 Bedarfsberechnungen für Therapieplätze fest, dadurch mangelt es an wertvollen
2295 Kassenplätzen. Am psychotherapeutischen Versorgungssystem im Regelsektor (private
2296 psychotherapeutische Versorgung ausgenommen) verbessert sich seit Jahren nichts. Dazu
2297 kommen Pandemien, Kriegslagen, Inflation und Energiekrise, die gesondert herausfordernd
2298 wirken. Für verschiedene Zielgruppen und in verschiedenen thematischen Kontexten wurde
2299 diese Problematik bereits ausreichend adressiert: [Antragsbuch_aoMV_2021final-1.pdf \(jusos-](#)
2300 [muenster.de\)](#) (siehe A8).

2301

2302 Erwachsene Menschen können, zumindest zu einem gewissen Maße, zunächst selber nach
2303 (alternativer) Hilfe suchen oder persönliche Strategien in psychischen Krisen entwickeln und
2304 anwenden. Dagegen sind Kinder und Jugendliche im Hinblick auf ihre psychische Gesundheit
2305 als eindeutig vulnerable Gruppe einzuordnen: Um Hilfe in psychischen Krisen zu bekommen,
2306 sind sie deutlich mehr auf das Einschreiten und Handeln externer Personen angewiesen
2307 (siehe Perspektive Prävention: Psychische Gesundheit von Schülerinnen und Schülern in
2308 Deutschland).

2309

2310 **Präventiv handeln!**

2311 Schulpsychologie bekleidet im Bereich der Kinder- und Jugendpsychologie eine wichtige
2312 Sonderrolle, findet sie doch an einem Ort statt, an dem junge Menschen mit signifikanten
2313 psychischen Herausforderungen konfrontiert sind. Nur ein Beispiel: 23 % der Befragten einer
2314 Statista Umfrage gaben an, mehrmals im Monat Opfer von Mobbing zu werden. Die Vielfalt
2315 der Themen macht klar, dass Schulen mittlerweile neben Lern-, auch Lebensraum für
2316 Schüler*innen (kurz: SuS) geworden sind. Etwa 4 % der SuS verweigern in weiterführenden
2317 Schulen chronisch ihre Anwesenheit in der Schule, was häufig auch als Ausdruck psychischer
2318 Krise gedeutet werden kann ([Schulverweigerung: „Schulversagen ist der größte Risikofaktor für Schulabsentismus“ \(deutsches-schulportal.de\)](#)). Dazu kommen auch (politische)
2319 Forderungen und Handlungsaufträge, um das deutsche Bildungssystem inklusiver und
2320 gerechter zu gestalten. Auch bei der Erarbeitung von Konzepten zu diesen
2321 Themenschwerpunkten wirken schulpsychologische Beratungen strukturell stützend und
2322 fördern somit auch Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen.

2324 Schulpsychologie kann und soll besonders da, wo die Schule mit eigenen Mitteln nicht
2325 weiterkommt, in der Prävention und Fallbearbeitung tätig werden. Dazu braucht es jedoch eine

2326 breite Basis an Stellen für Schulpsycholog*innen, da ansonsten wenig Zeit für die Bearbeitung
2327 solcher Fälle bleibt.

2328 In vielerlei Hinsicht unterscheidet sich die Schulpsychologie hierbei von anderen Akteur*innen
2329 in und außerhalb von Schulen. Anders als klassische Anlaufstellen für Kinder- und
2330 Jugendpsychologie findet Schulpsychologie in einem Rahmen außerhalb des Elternhauses
2331 der SuS statt. Auch ist die Anbahnung eines beratenden Gesprächs mit einem/einer
2332 Schulpsycholog*in niederschwelliger als etwa ein Erstgespräch mit einem/einer Kinder- und
2333 Jugendpsycholog*in. Für diese ist es i.d.R. erforderlich, dass die Eltern der SuS einen Termin
2334 für diese arrangieren. Schulpsychologie bietet also gerade SuS aus Haushalten mit einer
2335 problematischen Einstellung zu psychischen Erkrankungen und Störungen die Möglichkeit,
2336 ohne das Wissen ihrer Eltern professionelle psychologische (Erst-) Beratung in Anspruch zu
2337 nehmen. Dies ist insbesondere wichtig, wenn psychische Problematiken familiären Ursprungs
2338 sind.

2339 Schulpsychologie leistet durch ihre sensibilisierende Arbeit und individuelle Beratung von SuS,
2340 Schulen und Lehrkräften einen enorm wichtigen Beitrag zur Prävention psychischer
2341 Erkrankungen. Die gesellschaftlichen Folgen einer solchen Präventionsarbeit sind schwer
2342 sichtbar, jedoch unverkennbar vorhanden. Ein Blick auf andere OECD-Länder, die bei
2343 internationalen Schulleistungsvergleichen wie PISA besonders gut abschneiden, zeigt, dass
2344 diese den Bedarf bereits erkannt und entsprechendes unternommen haben. Hier besteht
2345 anstelle des deutschen Schulpsycholog*innen-SuS-Verhältnisses von 1:5439 ein Verhältnis
2346 von 1:1000, die Schweiz strebt laut Recherche des ZDF ein Verhältnis von 1:500 an,
2347 Dänemark eines von 1:800. (<https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/schulpsychologe-ukraine-corona-100.html>)
2348

2349 Dem Report Psychotherapie 2020 der deutschen Psychotherapeuten Vereinigung [sic] DPtV
2350 ist zu entnehmen, dass die direkten Kosten zur Behandlung psychischer Erkrankungen in der
2351 gesetzlichen Krankenversicherung jährlich 44 Milliarden Euro betragen. Sie werden dabei nur
2352 noch von Herz-Kreislauferkrankungen übertroffen. Durch frühzeitige Prävention und
2353 ambulante Psychotherapie können die gesellschaftlichen Folgekosten stark verringert werden.
2354 Laut einer Studie von Nübling et al. (2014) beträgt das Return-on-Investment für jeden in
2355 Psychotherapie investierten Euro 1:2 bis 1:5,5. Das bedeutet, jeder in Psychotherapie
2356 investierte Euro ergibt einen gesamtgesellschaftlichen Nutzen von 2 bis 5,5 €, es sollte also
2357 auch aus wirtschaftlicher Sicht von Interesse sein, Beratungs- und Therapieangeboten auch
2358 für Kinder und Jugendliche stark auszuweiten. Die Arbeit der Schulpsychologie ist
2359 insbesondere dann besonders wertvoll, wenn kassenbezahlte Therapieplätze schwer zu
2360 ergattern sind. Eine breit aufgestellte Schulpsychologie kann durch ihre Arbeit das ohnehin
2361 überlastete System zumindest teilweise entlasten.

2362

2363 **Gründe für die Stärkung der Schulpsychologie**

2364 Jede*r SuS sollte bei (psychischen) Problemen jemanden zum Sprechen haben. Durch eine*n
2365 Schulpsycholog*in können SuS individuelle Hilfe und Förderungen erhalten.
2366 Schulpsycholog*innen sind wichtige Ansprechpartner*innen an Schulen, da auch viele der
2367 Probleme der Kinder an Schulen entstehen können. So ist Mobbing ein bekanntes und
2368 belastendes Phänomen wo Schulpsycholog*innen vor Ort den betroffenen Kindern helfen
2369 können. Nicht jedes Kind spricht über Mobbing etc. mit den Eltern und versucht auf diese Art
2370 und Weise sich Hilfe zu verschaffen.

2371 Mit der Hilfe von Schulpsycholog*innen werden den SuS auch Hilfe unabhängig von den
2372 Eltern und/oder Geschwistern gewährleistet. Es wird den SuS eine Option angeboten, um über
2373 ihre Gefühle zu sprechen. Außerdem erhalten sie professionelle Hilfe, wie man genau mit dem
2374 Problem, welches sie belastet, umgeht. An einigen Schulen gibt es zudem
2375 Schulsozialarbeiter*innen deren Aufgaben auch sehr wichtig sind, sich jedoch im
2376 Handlungskonzept deutlich von der Schulpsychologie unterscheiden. Während
2377 Schulsozialarbeiter*innen wichtige Arbeit im Bereich von Lern,- Motivationsproblematiken und
2378 im Umgang mit schulischen Anforderungen leisten, ist das Alleinstellungsmerkmal der
2379 schulpsychologischen Unterstützung der Fokus auf emotionale Probleme, samt Möglichkeit
2380 einer Krisenintervention und psychosozialen Diagnostik. Aus Sicht der Prävention ist es enorm
2381 wichtig, Probleme bereits am Anfang zu behandeln. Das sorgt dafür, dass akute Probleme
2382 nicht verdrängt, sondern behandelt werden, um das Kind vor schwerwiegenden psychischen
2383 Erkrankungen in der Zukunft zu schützen. Mehr Schulpsycholog*innen heißt auch, dass es
2384 von frühem Alter an Kinder mit psychischen Erkrankungen in Berührung kommen und merken,
2385 dass es kein Tabuthema ist, über das man nicht sprechen könne. So sorgt man einerseits für
2386 mehr Sensibilisierung bei den SuS gegenüber ihren Schulkamerad*innen und andererseits
2387 können Kinder unbürokratisch und schneller professionelle Hilfe bekommen.
2388 Wegen der genannten Gründe sollte es mehr Schulpsycholog*innen geben!

2389

2390 **Forderungen**

2391 Schulpsychologie ist als Präventionsfeld und Interventionsfeld am Lern,- und Lebensraum
2392 Schule von zentraler Wichtigkeit. Wir fordern daher:

2393 Das Ziel muss sein, den Betreuungsschlüssel von eins zu 5437 Kinder deutlich zu reduzieren!

2394 Es kann nicht sein, dass ein*e einzige*r Schulpsycholog*in theoretisch für mehr als 5000 SuS
2395 Ansprechpartner*in ist. Eine Person kann nicht so viel Kapazitäten haben und sich um alle
2396 betroffenen SuS kümmern. So stellen wir die Forderung, dass Schulpsychologie mehr
2397 gefördert wird und mehr Kindern an Ort und Stelle geholfen wird.

2398 Das Betreuungsverhältnis von Schulpsycholog*in zu SuS soll an das Niveau besser
2399 abschneidender OECD-Staaten angepasst werden, sodass im Idealfall ein Schlüssel von

2400 1:1000 angenähert wird. Dabei müssen insbesondere ländliche Gebiete und Kreise mit großen
2401 Fahrstrecken besonders unterstützt werden, um eine praktische Realisierung dieses
2402 Vorhabens überhaupt zu gewährleisten. Dafür müssen die Länder/NRW entsprechende neue
2403 Stellen einrichten. Des Weiteren muss die benötigte Infrastruktur bereitgestellt werden um
2404 Schulpsycholog*innen eine adäquate Ausführung ihres Berufs zu ermöglichen.
2405 Die durch die Corona-Pandemie erlangten Fortschritte in der Digitalisierung müssen auch im
2406 Bereich der Schulpsychologie eine Rolle spielen. Dazu muss Infrastruktur bereitgestellt
2407 werden, die es erlaubt in Krisen- und Ausnahmesituationen flexibel reagieren zu können und
2408 auch außerhalb dieser im Bedarfsfall auf ein breites digitalisiertes Angebot zurückgreifen zu
2409 können. Dazu gehören zusätzliche digitale Beratungsprogramme, chat-basierte Anlaufstellen
2410 für junge Menschen und ähnliche weitere Programme. Diese dürfen nicht zu Lasten der
2411 "klassisch-analogen" schulpsychologischen Arbeit gehen, sondern sollen das Angebot
2412 erweitern.

2413

2414 Quellen:

2415 [Antragsbuch_aoMV_2021final-1.pdf \(jusos-muenster.de\)](#)

2416 Reiß, F., Napp, AK., Erhart, M. *et al.* Perspektive Prävention: Psychische Gesundheit von
2417 Schülerinnen und Schülern in Deutschland. *Bundesgesundheitsbl* 66, 391–401 (2023).

2418 <https://doi.org/10.1007/s00103-023-03674-8>

2419 [Schulverweigerung: „Schulversagen ist der größte Risikofaktor für Schulabsentismus“](#)

2420 deutsches-schulportal.de:<https://deutsches-schulportal.de/schulkultur/heinrich-ricking->

2421 [projekt-hamburg-jeder-schultag-zaehlt-schulabsentismus-schwaenzen/](https://deutsches-schulportal.de/schulkultur/heinrich-ricking-projekt-hamburg-jeder-schultag-zaehlt-schulabsentismus-schwaenzen/)

2422 <https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/schulpsychologe-ukraine-corona-100.html>

2423 [RKI - Psychische Gesundheit und psychische Störungen:](#)

2424 https://www.rki.de/DE/Content/GesundAZ/P/Psychische_Gesundheit/Psychische_Gesundheit_node.html

2425 [https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1244298/umfrage/haeufigkeit-von-mobbing-in-](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1244298/umfrage/haeufigkeit-von-mobbing-in-schulen/)

2426 [schulen/](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1244298/umfrage/haeufigkeit-von-mobbing-in-schulen/)

2428 Nübling, R., Bär, T., Jeschke, K., Ochs, M., Sarubin, N. & Schmidt, J. (2014). Versorgung
2429 psychisch kranker

2430 Erwachsener in Deutschland: Bedarf und Inanspruchnahme sowie Effektivität und Effizienz
2431 von

2432 Psychotherapie.

2433 *Psychotherapeutenjournal*, 4, 389–397.

2434 **A14 Gegen antisemitische Hetze und palästinensischen Terror - Für ein**
2435 **Betätigungsverbot von Samidoun**

2436

2437 **Antragssteller*innen: Jan Malte Immink, Lina Eilers**

2438

2439 “Tod den Juden, Tod Israel” - Diese antisemitischen Ausrufe konnte man von den etwa 300
2440 Teilnehmer:innen einer pro-palästinensischen Demonstration am 8. April 2023 in Berlin
2441 vernehmen. Hinzu kommen Sprechchöre und Plakate, die palästinensischen Terror gegen
2442 Israel glorifizieren und zu offener Gewalt aufrufen. So wird sich im Laufe der Demonstration
2443 immer wieder positiv auf die Qassam-Brigaden bezogen, den militärischen Arm der Hamas,
2444 welcher von der EU als Terrororganisation eingestuft wird. Hinzu kommen Forderungen nach
2445 der Befreiung palästinensischer Terrorist:innen. Die Polizei griff trotz der antisemitischen,
2446 israelfeindlichen und gewaltverherrlichenden Ausrufe nicht ein.

2447

2448 Unter anderem hat die Gruppierung *Samidoun* zur Demonstration aufgerufen und diese
2449 maßgeblich mitgestaltet. *Samidoun* wurde 2011 in einem israelischen Gefängnis gegründet
2450 und ist mittlerweile international in über 10 Ländern, beispielsweise in den USA, Schweden,
2451 Frankreich und Kanada, aktiv. In Deutschland weist *Samidoun* Aktivitäten in Berlin, aber auch
2452 in Frankfurt am Main, Hamburg und Köln auf. Auch auf Social Media ist *Samidoun* sehr aktiv.

2453

2454 *Samidoun* nimmt also nicht erst seit der Demonstration im April eine entscheidende Rolle in
2455 der israelfeindlichen Szene in Deutschland ein, sondern ist ein bekannter Akteur und
2456 international gut vernetzt. Dabei versucht *Samidoun*, sich auf den ersten Blick als harmlos,
2457 beinahe humanitär darzustellen. Laut der eigenen Website bezeichnet sich *Samidoun* als
2458 “Palestinian Prisoner Solidarity Network” und kämpft offiziell für die Befreiung
2459 palästinensischer Gefangener in Israel. Auf Demonstrationen und Veranstaltungen will
2460 *Samidoun* die Solidarität mit den Gefangenen ausdrücken. An dieser Stelle muss jedoch
2461 genau hingesehen werden. Denn was *Samidoun* in der Solidarisierung gerne verschweigt, ist
2462 der Grund der Inhaftierung der Gefangenen: die Beteiligung oder Organisation antisemitischer
2463 Terroranschläge. Ein prominentes Beispiel stellt Georges Abdallah dar, dessen Name und
2464 Konterfei immer wieder im Umfeld von *Samidoun* auftauchen. Georges Abdallah war einst
2465 Mitglied der PFLP, der *Volksfront zur Befreiung Palästinas*. Die PFLP wird von der
2466 Europäischen Union und den USA als Terrororganisation eingestuft. Zudem galt Abdallah als
2467 Anführer der FARL, der *Libanesischen Revolutionären bewaffneten Fraktion* und wurde 1987
2468 aufgrund der Beihilfe zum Mord eines israelischen Diplomaten verurteilt. Georges Abdallah ist
2469 dabei kein Einzelfall. Die Liste an palästinensischen Terrorist:innen, die durch *Samidoun*
2470 glorifiziert und als Märtyrer überholt werden, ist lang.

2471

2472 Die Nähe und Verherrlichung antisemitischen Terrors durch *Samidoun* ist kein neues
2473 Phänomen, sondern lässt sich bereits in der Gründungsgeschichte von *Samidoun* erkennen:
2474 Von Beginn an weist *Samidoun* mindestens eine personelle Nähe zur bereits genannten
2475 Terrororganisation PFLP auf. Nicht selten wird *Samidoun* gar als Vorfeldorganisation oder
2476 Tarnorganisation der PFLP im Ausland angesehen (siehe hierfür Berichte der Wertelinitiative
2477 oder des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus). Die PFLP vertritt laut
2478 einer Kurzmitteilung des Deutschen Bundestages im Jahr 2021 eindeutig eine antizionistische
2479 Politik, die sich dem Kampf gegen Israel verschrieben hat. Bekannt wurde die PFLP vor allem
2480 durch Flugzeugentführungen und Anschläge, wie beispielsweise das Münchner Olympia-
2481 Attentat 1972 und die Entführung des Lufthansa-Flugzeugs "Landshut" 1977.

2482

2483 So sind die Ausrufe "Tod den Juden, Tod Israel" zwar aufs Schärfste zu verurteilen, jedoch im
2484 Kontext der Gruppierung *Samidoun* keine Überraschung. Ebenfalls zu verurteilen ist die
2485 Akzeptanz dieser antisemitischen Hetze und Glorifizierung von Terror durch Teile von politisch
2486 linken Kreisen. Gerade in Berlin wird die Bewegung von Organisationen wie "Palästina spricht"
2487 in antiimperialistischen Kreisen hofiert, während Terror gegen israelische Zivilist:innen und
2488 offener Antisemitismus glorifiziert werden. Wir verurteilen sowohl die antisemitische Ideologie
2489 und den wahnhaften Hass auf Israel, den einzig jüdischen Staat, durch die Gruppierung
2490 *Samidoun*, als auch dessen Akzeptanz und Anschlussfähigkeit in antiimperialistischen Kreisen
2491 aufs Schärfste.

2492

2493 **Deshalb fordern wir:**

2494

- 2495 - Ein Betätigungsverbot der Gruppierung *Samidoun*.
- 2496 - Schulung und Sensibilisierung von Polizist:innen bundesweit, um antisemitische
2497 Inhalte auf Demonstrationen erkennen zu können und daraufhin zu handeln.
- 2498 - Die konsequente Auflösung von Demonstrationen, die offen zur Gewalt gegen den
2499 Staat Israel und dessen Bevölkerung aufrufen.
- 2500 - Eine Unvereinbarkeit unserer politischen Arbeit mit den Zielen der Gruppe *Samidoun*
2501 und allen mit ihr verwandten Gruppierungen und den Ausschluss der Zusammenarbeit
2502 auf Unterbezirksebene mit jenen.

2503 **A15 Wir bleiben alle LinX! 2.0**

2504

2505 **Antragssteller*in: Carlos Apel**

2506 Auch nach der Verurteilung von Lina E. darf unsere Kritik an dem gegen links gerichteten
2507 repressiven Staat nicht abreißen. § 129a StGB muss weiterhin abgeschafft und die Verfolgung
2508 von Antifaschist*innen beendet werden! Gerade vor dem Hintergrund des auf der Türschwelle
2509 stehenden Faschismus in Deutschland und Europa und der mangelnden Reaktion staatlicher
2510 und gesellschaftlicher Institutionen muss unsere Solidarität mit allen Antifaschist*innen
2511 ungebrochen sein und bekräftigt werden! Gegen Staat, Kapital und für eine gerechtere Welt!

2512

2513 **Alerta alerta antifascista!**